

Die Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der Staatswissenschaften

der Philosophisch-Historischen Fakultät

der Universität Basel

vorgelegt

von

Myrthe Kahn

von Basel

Die Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der Staatswissenschaften

der Philosophisch-Historischen Fakultät

der Universität Basel

vorgelegt

von

Myrthe Kahn

von Basel

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen
Fakultät auf Antrag des Herrn Prof. Dr. E. Salin.

Basel, den 8. Juli 1955

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan

*Dem Andenken meines lieben Vaters
in Dankbarkeit gewidmet*



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	1
Einleitung	3
I. Die allgemeine Wertung der Frau und ihrer Arbeit	3
II. Die historischen Ursachen der Frauenerwerbsarbeit	4
III. Die öffentlich- und die privatrechtliche Stellung der Frau in der schweizerischen Wirtschaft	6
1. Teil: Die Stellung der erwerbstätigen Frau	8
Einleitung	8
1. Kapitel: Die Ursachen der weiblichen Berufstätigkeit	9
Vorbemerkungen	9
I. Der Frauenüberschuss	9
II. Das Freiwerden von weiblichen Arbeitskräften infolge der fortwährenden Einengung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit	10
III. Die Verfeinerung der Lebenshaltung als Folge des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts	11
Schlussbemerkungen	11
2. Kapitel: Bevölkerungs- und statistische Zahlen	11
Vorbemerkungen	11
I. Die Bevölkerung	12
A. Die Wohnbevölkerung	12
B. Die Sexverhältnisse	12
C. Der Zivilstand und die Altersstruktur	13
II. Die Frauenerwerbsarbeit	14
A. Die Erwerbsbevölkerung	14
B. Die Stellung der erwerbstätigen Frauen im Berufsstand	17
C. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen	18
Schlussbemerkungen	21
3. Kapitel: Die Frauenerwerbsarbeit in den einzelnen Berufsgruppen	21
Vorbemerkungen	21
I. Die Urproduktion	24
A. Die Landwirtschaft	24
B. Der Gartenbau	25
II. Industrie und Handwerk	25
A. Die Frauenarbeit im allgemeinen	26
B. Die Stellung der weiblichen Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk	28
1. Die Arbeiterin	28
2. Die Betriebsleiterin	30
3. Die selbständig Erwerbstätige	30
4. Die Fabrikfürsorgerin	31
C. Die Heimarbeit	31

	Seite
III. Handel, Banken- und Versicherungswesen	33
A. Allgemeine Bemerkungen	33
B. Die Stellung und Bedeutung der erwerbstätigen Frauen in Handel, Banken- und Versicherungswesen	34
1. Die Verkäuferin	34
2. Die Büroangestellte	35
3. Die Betriebsleiterin und Einkäuferin	36
4. Die selbständig tätige Handelsfrau	36
5. Andere im Handel tätige Frauen	37
IV. Hotel- und Gastgewerbe	37
A. Allgemeine Bemerkungen	37
B. Die einzelnen Tätigkeitsbereiche im Hotel- und Gastgewerbe	38
V. Öffentliche Verwaltung, Verkehrswesen und öffentliche Anstalten	39
A. Allgemeine Bemerkungen	39
B. Der Bund	40
1. Bahn, Schiff und Flugzeug	40
2. Post, Telegraph und Telephon	41
3. Die engere Bundesverwaltung	42
C. Die Kantone und Gemeinden	42
1. Die öffentliche Verwaltung	42
2. Unterricht und Wissenschaft	43
3. Die Gesundheitspflege	45
VI. Freie Berufe	46
A. Die Wissenschaft	46
B. Die Kunst	48
VII. Hausdienst und private Pflegeberufe	49
A. Allgemeine Bemerkungen	49
B. Der Hausdienst	49
1. Die Hausangestellte	49
2. Die Hausbeamtin	50
3. Die Wasch- und Stundenfrau	51
C. Die Pflegeberufe	51
Schlussfolgerungen	52

2. Teil: Wirtschaftliche Probleme der erwerbstätigen Frau 53

4. Kapitel: Der Stand der Frauenerwerbsarbeit in wirtschaftlichen Notzeiten:

Weltwirtschaftskrise 1929—1936

Zweiter Weltkrieg 1939—1945 53

Vorbemerkungen 53

I. Die Weltwirtschaftskrise 1929—1936 53

 A. Allgemeine Bemerkungen 53

 B. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die schweizerische Arbeitsmarktpolitik 54

 C. Die Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz während der Weltwirtschaftskrise 56

 1. Die Beschäftigungslage 56

	Seite
2. Die Anfeindung der weiblichen Erwerbstätigkeit während der letzten Weltwirtschaftskrise	58
D. Das Doppelverdienertum	59
1. Der Begriff des „Doppelverdienertums“	60
2. Die Verhältnisse in der Schweiz	60
3. Die Rechtfertigung des Doppelverdienertums	63
E. Krisenmildernde Möglichkeiten für den Arbeitsmarkt	65
Folgerungen	66
II. Der zweite Weltkrieg 1939—1945	67
A. Allgemeine Bemerkungen	67
B. Die Beschäftigungslage während des zweiten Weltkrieges	68
1. Die Industrie	68
2. Das Gewerbe	69
3. Handel und Verwaltung	70
4. Die Landwirtschaft	70
5. Das Hotel- und Gastgewerbe	72
C. Spezifische Merkmale der Kriegswirtschaft in der Schweiz	72
Schlussbemerkungen	73
5. Kapitel: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	74
Vorbemerkungen	74
1. Das Problem des gerechten Lohnes	74
2. Die Komponenten der Lohnbildung und der Lohnhöhe	74
I. Gleicher Lohn für Männer und Frauen?	75
A. Die Gründe für die niedrigere Entlohnung des weiblichen Personals	76
B. Die Folgen einer gleichen Entlohnung für Männer und Frauen	76
1. Im allgemeinen	76
2. Gleiche Entlohnung und Vollbeschäftigung	77
3. Gleiche Entlohnung auf den verschiedenen Arbeitsgebieten der Frau	77
II. Die hauptsächlichsten Gründe für die herrschenden Lohnunterschiede zwischen den beiden Geschlechtern	77
III. Massnahmen in der Angelegenheit „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“	78
A. Allgemeine Massnahmen	78
B. Die schweizerische Stellungnahme	79
1. Das schweizerische Lohnniveau	79
2. Die Stellungnahme der Schweiz zur Konvention No. 100 und zur Empfehlung No. 90	79
Schlussbemerkungen	80
6. Kapitel: Die weibliche Berufsausbildung	81
Vorbemerkungen	81
I. Die historische Entwicklung der Berufsausbildung	83
II. Die Berufsberatung	85
III. Die Berufsausbildung der Mädchen	86
A. Die Berufe auf gesetzlicher Grundlage	86
1. Die vom Berufsbildungsgesetz erfassten Berufe	86

	Seite
2. Die von den kantonalen Schulgesetzen erfassten Berufe	88
3. Die akademischen Berufe	89
B. Die Berufsgruppen ohne gesetzliche Ausbildungsgrundlage	89
1. Die hauswirtschaftlichen Berufe	89
2. Die Pflegeberufe	89
3. Die medizinischen Hilfsberufe	90
4. Die Sozialarbeit	90
5. Die künstlerischen Berufe	90
Schlussbemerkungen	91
7. Kapitel: Die Organisierbarkeit der erwerbstätigen Frauen	91
Vorbemerkungen	91
I. Die schweizerischen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen	92
II. Die Beteiligung der erwerbstätigen Frauen an den Wirtschafts- und Berufsorganisationen	93
A. Im allgemeinen	93
B. Die einzelnen Verbände	93
1. Die Berufsverbände	93
2. Die Produzenten- und Konsumentenverbände	94
3. Vereinigungen zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens in verschiedenen die Frauen betreffenden Fragen	95
4. Die katholischen Frauenvereine	95
5. Die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vereine	96
III. Das Wirken der Organisationen und Frauenverbände für die Besserung der wirtschaftlichen Berufsposition der erwerbstätigen Frauen	98
A. Im allgemeinen	98
B. Die Aufstellung von Grundsätzen für die Frauenerwerbsarbeit	99
C. Die Erledigung von behördlichen Spezialaufgaben, welche die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage der erwerbstätigen Frauen betreffen	100
1. Die Aufgaben der Geschäftsstelle des B. S. F. V. in Zürich	100
2. Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen schweizeri- schen Arbeitsrechtes	101
3. Die Sozialversicherung	102
4. Probleme der Heimarbeit	104
Schlussbemerkungen	104
Schlussbetrachtungen	106
Literaturverzeichnis	110

VORWORT

Während mannigfacher Beschäftigungen und Betriebsbesichtigungen im In- und Ausland stellte ich mir wiederholt die Frage nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz. Es schien mir deshalb das Nächstliegende, dieses Thema zu untersuchen, obwohl ich mir dabei bewusst sein musste, dass ich dem umfassenden Problemkreis nie ganz gerecht werden könnte.

Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn Professor Salin an dieser Stelle dafür zu danken, dass er mir bei der Bearbeitung des Themas völlig freie Hand liess, mir aber ein paar wertvolle, sachliche Anregungen gab. Ferner möchte ich den Herren Professoren Brogle, Salin, Wagner und Max Weber für die mir während des Studiums ermöglichte Teilnahme an aufschlussreichen Betriebsbesichtigungen und Studientagen meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Die Frage nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit besitzt heute einen besonderen Anreiz, weil in der Schweiz immer noch um die politische Gleichberechtigung der Frauen gekämpft wird. Ich beabsichtige nicht, hier für das Frauenstimmrecht Propaganda zu machen. Wer aber als Ökonom von der Frauenerwerbsarbeit spricht, denkt zwangsläufig auch an die politische Frage des Frauenrechts; deshalb möchte ich an dieser Stelle den klassischen Nationalökonom *John Stuart Mill* zitieren, der sich folgendermassen äusserte: „Als gewiss und unumstösslich lässt sich eines festhalten: die Frau wird dadurch, dass man der Entfaltung ihrer Natur einfach freien Lauf lässt, nicht verleitet werden, etwas zu tun, was durchaus gegen dieselbe ist“¹. Es scheint mir selbstverständlich, dass der Besitz eines Rechtes zum richtigen Gebrauch desselben erzieht und befähigt. So hat sich z. B. die gleiche Schulbildung beider Geschlechter auch für beide gleich bewährt.

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich nur um eine Betrachtung vom gegenwärtigen Standpunkt aus. Da sich die wirtschaftlichen Daten stetig verändern und entwickeln, müssen wir uns mit dem abfinden, was *Jacob Burckhardt* wie folgt festgestellt

¹ Aus einer Parlamentsansprache, zitiert in „Das Frauenstimmrecht in der Schweiz“, S. 14.

hat: „Unser Urteil und unser Gefühl können je nach Lebensalter, Erkenntnisstufen etc. sehr stark schwanken, beide unter sich uneins und mit dem Urteil und Gefühl aller andern im Zwiespalt sein, weil eben unser und aller Ausgangspunkt die Kleinheit eines jeden ist“².

² „Grösse, Glück und Unglück in der Weltgeschichte“, S. 5.

EINLEITUNG

Wer sich die Frage nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz stellt, ist sich bewusst, dass die Frauenerwerbsarbeit nicht nur objektiv wissenschaftlich betrachtet werden kann. Es handelt sich auch dabei um ein soziales Problem, und jedes soziale Problem verlangt von uns gleichzeitig Verstand und Gefühl. Bei aller Objektivität in der Motivierung einzelner Fragen muss dieser Tatsache Rechnung getragen werden.

Es sei noch erwähnt, dass hier das Wort „Frau“ jede im erwerbsfähigen Alter stehende weibliche Person bezeichnet.

Die vorliegende Untersuchung gliedert sich in zwei Teile: in einen ersten, der die Erwerbsursachen, die quantitativen und die qualitativen Merkmale der Frauenerwerbsarbeit bespricht, und in einen zweiten Teil, der die wesentlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen darstellt, welche mit der weiblichen Berufstätigkeit zusammenhängen. Zum besseren Verständnis des ganzen Problemkreises sei einleitend kurz auf einige allgemeine, historische und rechtliche Fakten hingewiesen, welche der Frauenerwerbsarbeit ihr Gepräge verleihen.

I. Die allgemeine Wertung der Frau und ihrer Arbeit

Es ist natürlich, dass die Frauenarbeit besondere Probleme aufwirft, hat doch die Natur die Frau zu anderen Aufgaben vorgesehen als den Mann. Für den Mann existiert heute nur eine Lebensform: der Beruf, die Arbeit. Männer, welche nicht im Erwerbsleben stehen, zählen zu den verschwindenden Ausnahmen. Für die Frau aber existieren die mannigfaltigsten Lebensformen. Für sie bedeutet der Beruf keineswegs die einzige Lebensform und kann es vielleicht ihrer Naturgebundenheit wegen nie vollständig werden. Für die Frau spielt das Privat- und Gefühlsleben eine viel wesentlichere Rolle als für den Mann. Vom Mann fordert die Heirat keine Umänderung seiner bisherigen Lebens- und Arbeitsweise. Die Frau hingegen übernimmt beim Eingehen einer Ehe gewöhnlich die Verpflichtung der Haushaltsführung. Die Leistungen, Nöte und Sorgen der Hausfrau als Gattin, Erzieherin ihrer Kinder und Verwalterin

des Einkommens ihres Mannes können leider hier nicht dargestellt werden — nicht aus einer Geringschätzung der volkswirtschaftlich so wichtigen Hausfrauenfunktion —, sondern in der Absicht, das zur Behandlung stehende Thema auf die direkte wirtschaftliche Bedeutung der erwerbstätigen Frauen zu beschränken.

Bei der Untersuchung der Frauenerwerbsfrage fällt von Anfang an auf, dass der Mann im Berufsleben nur als Einzelwesen um eine Position zu kämpfen hat, die Frau aber, sei sie alleinstehend oder nicht, als Vertreterin des als schwächer qualifizierten Geschlechts. Trotz überkommenen Rest von Mutterrecht, trotz christlichem Einfluss, trotz allen Tendenzen zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter, leben nämlich die westlichen Hochkulturen heute noch im Zeichen des Patriarchalismus. In der neuzeitlichen Machtorganisation, im Staat, gilt politisch immer noch die Minderbewertung der Frau, und die Frau bleibt wirtschaftlich solange entrechtet, als man im Manne allein den Ernährer sieht.

Die teilweise Neubewertung der Frau begann mit ihrem Eintritt ins ausserhäusliche Berufsleben. Mit der Aufklärung und ihrer Neubewertung des Individuums und mit der durch die französische Revolution ausgelösten Gesellschaftskritik war auch die Forderung nach grösserer Selbständigkeit der Frau innerhalb der Gesellschaft entstanden. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts setzte in allen Kulturstaaten (zuerst in den angelsächsischen und in den skandinavischen) die neue Bewegung ein und breitete sich aus, je mehr die Industrialisierung der Wirtschaft die Frau zur ausserhäuslichen Arbeit zwang. Obwohl die Industrialisierung, wie viele andere wirtschaftliche Veränderungen, technisch-ökonomisch betrachtet ohne Zweifel einen Fortschritt bedeutet, hat sie wegen der unverhältnismässig kurzen Zeit, in der sie sich entwickelte, schwerwiegende soziale Folgen nach sich gezogen.

II. Die historischen Ursachen der Frauenerwerbsarbeit

Wir Menschen betrachten die Vergangenheit von der Gegenwart aus, und es fällt uns schwer, uns in den Geist und in die Verhältnisse früherer Jahrhunderte zu versetzen. Die Geschichte lehrt uns aber, dass es schon früher erfolgreich tätige Frauen gegeben hat. Karl Bücher schildert z. B., dass im Mittelalter die Frauen nicht nur als Hebammen, Krankenpflegerinnen, Ärztinnen und Lehrerinnen, sondern auch als Inhaberinnen von Geldwechselgeschäften, als Turmwächterinnen und Zöllnerinnen amtierten. Es entstand also schon mit

dem Aufblühen der Städte und der Abzweigung der Handwerke vom Bauernhofe eine Frauenberufsfrage. Es bildete sich neben der Arbeitsteilung in der Familie eine neue volkswirtschaftliche Arbeitsteilung.

In der Zunftzeit lag die Textilarbeit, wie das Spinnen und die Vorarbeiten für die Weber, in der Hand des weiblichen Geschlechts; in diesen Berufen bildeten sich deshalb oft Frauenzünfte. Um 1500 trat dann eine ungünstige Wendung ein, welche die Frau aus den Zünften ausschloss und die Frauenzünfte zum Verschwinden brachte: Die bisher rein beruflichen Zünfte gewannen nämlich mehr und mehr politische Bedeutung als beruflich gegliederte Organisationen waffentragender Männer.

Jahrhundertlang bestand aber für die Frau eine tiefe Einheit zwischen den biologischen Grundgesetzen und den tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In der geschlossenen Hauswirtschaft stand die Familie im Mittelpunkt der ganzen Wirtschaft. Die Familie war nicht nur biologisch eine Einheit und wirtschaftlich eine Konsumgemeinschaft, sondern sie war auch Produktionsgemeinschaft. Mit der fortschreitenden Arbeitsteilung ging die geschlossene Hauswirtschaft immer mehr in die Stadtwirtschaft über, und man versuchte, die Frau vom ausserhäuslichen Handwerk abzuhalten, um wenigstens sie auf die häusliche Sphäre zu beschränken.

Mit dem Aufkommen der Maschine änderte sich die gesamte wirtschaftliche Situation. Durch die Maschine und das Fabrikssystem ist nämlich der Mann in ein uraltes Reservat der Frau eingedrungen: Bis dahin war das gesamte Gebiet der Textiltechnik den Frauen vorbehalten gewesen. Erst die weitere technische Entwicklung mit ihrer weitgehenden Automatisierung des Arbeitsprozesses ermöglichte der Frau wieder den Zugang in ihr früheres Arbeitsgebiet. Dies geschah allerdings unter etwas anderen Verhältnissen, denn der Frau wurde zunächst zu ungünstigen Bedingungen industrielle Hilfsarbeit zugewiesen. Seither hat die erwerbstätige Frau in mühevoller Arbeit ihren beruflichen Wirkungskreis über den Bereich der Fabrikarbeit hinaus auf weitere Berufszweige ausgedehnt. Diese Entwicklung wurde noch durch die Berufsbildung und die beiden Weltkriege beschleunigt.

Für die Erscheinung der Frau im heutigen Erwerbsleben lassen sich historische, wirtschaftliche und psychische Gründe anführen; dazu kommt, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung Plätze ge-

schaffen hat, welche am rationellsten von weiblichen Arbeitskräften ausgefüllt werden.

III. Die öffentlich- und die privatrechtliche Stellung der Frau in der schweizerischen Wirtschaft

Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich die Schweiz vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt. Das Land ist klein und sein Boden karg, und doch ist es reich, weil es durch die Arbeit seiner Bevölkerung mit der ganzen Welt Güter austauscht. Ein Drittel der schweizerischen Bevölkerung lebt allein von den Exportindustrien (Uhren-, Textil-, Maschinen- und chemische Industrie), obwohl diese dem Ausland gegenüber durch drei wesentliche Nachteile belastet sind:

1. Sie verfügen über keine nennenswerten einheimischen Rohstoffe.
2. Sie müssen das, was sie zur Verarbeitung brauchen, zu hohen Preisen und mit beträchtlichen Transportkosten herbeischaffen.
3. Der hohe schweizerische Lebensstandard bedingt hohe Löhne und hohe Preise.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft bildet heute einen Bundesstaat mit eigenen Zielsetzungen und verfassungsmässigen Aufgaben; er ist aber erst im Jahre 1848 aus einem Bund von 25 bisher souveränen Kleinstaaten herausgewachsen. Die förderative Struktur der Schweiz wurzelt in ihrer Vergangenheit und in ihrer Verschiedenheit der Sprachen, Konfessionen, Weltanschauungen und geographischen Lebensbedingungen. Die Kantone und der Bund verkörpern Referendums-Demokratien und seit 1914 besteht sogar die Möglichkeit, die Volksabstimmung über Staatsverträge mit anderen Ländern zu verlangen.

Die Frau hat in der Schweiz noch nicht dieselbe öffentlich-rechtliche Stellung wie der Mann. Die in der Bundesverfassung garantierten Freiheitsrechte, die Garantie der Rechtsgleichheit, das Recht auf Armenunterstützung, das Recht auf Schutz gegen das Ausland, das Verbot der Auslieferung eines Schweizerbürgers an das Ausland etc. gelten für Männer und Frauen, für Voll- und Minderjährige. Der Frau obliegt die allgemeine Treuepflicht gegen Bund, Kanton und Gemeinde, hingegen ist sie von der obligatorischen Wehrpflicht befreit. Die Pflicht zur Steuerzahlung und Leistung anderer öffentlicher Abgaben betrifft die Frau genau so wie den Mann. Im Luftschutz kann sie ebenfalls zu Dienstleistungen heran-

gezogen werden; allerdings nicht als Angehörige der Luftschutztruppe, sondern nur als Angehörige der Luftschutzformation. Der Frauenhilfsdienst (FHD) wurde 1938 gegründet und ist seit 1940 der Armee angegliedert. Er beruht aber nicht auf gesetzlichem Aufgebot, sondern auf Freiwilligkeit.

Bis heute sind jedoch die Frauen vom aktiven wie auch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen geblieben, obwohl sich seit dem zweiten Weltkrieg die Anstrengungen für ihre Gleichberechtigung verstärkt haben. In den einzelnen Kantonen versucht man auch, die Wählbarkeit der Frauen in die Gerichte durchzusetzen.

Der Grundsatz der Bundesverfassung (Art. 4), dass alle Schweizer vor dem Gesetze gleich seien, schliesst auch andere Unterschiede nicht aus. Namentlich das Familien- und Eherecht behandelt Mann und Frau recht verschieden. In der Ehe ist der Mann das Haupt der Gemeinschaft. Er bestimmt die eheliche Wohnung, und sein Domizil gilt als dasjenige der Frau. Will die Frau einen Beruf ausüben oder ein Gewerbe betreiben, so braucht sie die Einwilligung ihres Gatten, bei Eintragung ins Handelsregister sogar der ausdrücklichen Bestätigung. Schadet die Berufsausübung der Ehe, so kann der Ehemann diese der Frau durch den Richter untersagen lassen. Der Verdienst der Ehefrau ist ihr gesetzliches Sondergut.

Die güterrechtliche Stellung der Ehefrau variiert je nach dem Güterstand. Beim Normalfall der Güterverbindung behält sie das Eigentum an ihrem eingebrachten Gut, sowie an allem, was ihr während der Ehe aus Erbschaften, Schenkungen etc. unentgeltlich zufällt. Die Verwaltung und Nutzniessung des Frauengutes steht aber dem Manne zu. Nur bei Gütertrennung, welche durch einen Ehevertrag oder ausnahmsweise von Gesetzes wegen errichtet wird, kann die Ehefrau über ihr Vermögen völlig selbständig verfügen.

Die übrigen Gebiete des Zivilrechtes kennen nur vereinzelte Unterschiede zwischen Mann und Frau. So sind z. B. die Frauen im Gegensatz zu den Männern zur Übernahme einer Vormundschaft berechtigt, nicht aber verpflichtet. Ferner werden im bürgerlichen Erbrecht bei der Zuweisung eines landwirtschaftlichen Gewerbes die Töchter nur dann berücksichtigt, wenn keiner der Söhne das Heimwesen selbst bewirtschaften will. Auf die besonderen Regelungen des Schweizerischen Arbeits- und Sozialrechts werden wir im zweiten Teil der Arbeit zu sprechen kommen.

I. TEIL

Die Stellung der erwerbstätigen Frau

Einleitung

Laut Volkszählung von 1950 gibt es in der Schweiz 640 424 berufstätige Frauen, was rund 30 % aller Erwerbstätigen (2 155 656) ausmacht*. Doch ist es infolge der Begrenzung der quantitativen wirtschaftlichen Kenntnisse schwer, eindeutige Resultate im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit zu erzielen. Wir sind deshalb gezwungen, aus der Masse von wirtschaftlichen Daten Einzelheiten zu abstrahieren.

Man behandelt die Frauenerwerbsarbeit deshalb als ein Problem für sich, weil die Frau einerseits andere Begabungen hat, ihr Leben anders auffasst und anders führt als der Mann und weil sich andererseits die Umwelt und der Staat zu ihr und ihrer Arbeit ganz anders einstellen als zu ihrem männlichen Kollegen.

Daraus ergibt sich die zweifache Frage:

1. Was bedeutet die Erwerbsarbeit für die Frau?
2. Was bedeutet die Erwerbsarbeit der Frau für die Gesellschaft?

Dass unsere kleine Schweiz mit ihrer typisch konservativen Haltung nicht als Musterbeispiel in der Geschichte und der fortschrittlichen Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit hingestellt werden kann, muss nicht ausdrücklich betont werden. Doch selbst die Schweiz, die ja im Unterschied zu den meisten andern Ländern seit 150 Jahren von den direkten Verheerungen und wirtschaftlichen Nöten des Krieges verschont geblieben ist, konnte sich den Einflüssen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht entziehen.

* Nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes steht Österreich unter allen Ländern der Erde, abgesehen vom sowjetischen Machtbereich, mit dem Anteil der Frauenarbeit an der Spitze. In Österreich stellen die Frauen 39,3 Prozent der Erwerbstätigen, es folgen Deutschland mit 37,5 Prozent, Frankreich mit 34,8 Prozent, England mit 30,8 Prozent. Nach der Schweiz mit 29,7 Prozent kommen die USA mit 27,5 Prozent, Schweden mit 26,4 Prozent, Italien mit 25,4 Prozent, Australien mit 23,4 Prozent und Canada mit 22,1 Prozent.

I. Kapitel:

Die Ursachen der weiblichen Berufstätigkeit

Vorbemerkungen:

Der Mensch erkennt in seiner Arbeit einen doppelten Sinn, einen ideellen und einen materiellen.

Nach dem Sündenfall im Paradies sprach Gott zu Adam: „Im Schweisse deines Angesichts sollst du Brot essen, bis du zum Erdboden zurückkehrst, denn von ihm bist du genommen“³. Zuerst wurde also die Arbeit als Lebensinhalt, als von Gott geschickt, aufgefasst. Mit der Zeit betrachtete man aber die Berufsarbeit als Mittel zum materiellen Erwerb und zur Befriedigung der verschiedenen Ansprüche.

Für die heutige weibliche Erwerbsarbeit können wir neben dem ideellen und dem materiellen Gesichtspunkt drei eng miteinander verwandte Ursachen unterscheiden:

- I. den Frauenüberschuss,
- II. das Freiwerden von weiblichen Arbeitskräften infolge der fortwährenden Einengung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit,
- III. die Verfeinerung der Lebenshaltung als Folge des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts.

I. Der Frauenüberschuss

In der Schweiz treffen durchschnittlich auf 1000 männliche Einwohner 1075 weibliche. Da sich der starke Frauenüberschuss hauptsächlich auf die mittleren und älteren Altersklassen bezieht, sieht sich der grosse Rest der zwangsweise unverheiratet bleibenden Frauen genötigt, sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Wieviel dann der Beruf der alleinstehenden Frau ersetzen muss, die ja durch keine eigenen Kinder unmittelbar mit der Zukunft verbunden wird, braucht wohl kaum speziell hervorgehoben zu werden. Die Frage nach Sinn und Wert ihres Daseins wird die alleinstehende Frau viel freudiger bejahen, wenn sie durch ihre Berufsarbeit Anteil an Glück und Leid der Menschheit nimmt; wenn sie empfindet, dass zwischen ihr und ihrer Umwelt die menschlich schönen Beziehungen herrschen, die sich auf die Achtung und die Anerkennung ihrer Berufstätigkeit und Lebenstätigkeit gründen.

³ Genesis 3.

Der Frauenüberschuss ist im allgemeinen keine für die Neuzeit typische Erscheinung. Schon das Mittelalter kannte einen erheblichen Frauenüberschuss, weil Kriege und Epidemien die männliche Bevölkerung stärker als die weibliche in Mitleidenschaft zogen. Heute kommt zum Frauenüberschuss die wirtschaftliche Unsicherheit als wesentliches Moment hinzu, was umso schwerwiegender erscheint, je weniger die Familienbande eine Rolle spielen. Heute, wo die Familie oft nur eine Zweckgemeinschaft darstellt, hat die ledige, erwerbslose Tochter, Schwester oder Tante einen schwierigen Stand. Deshalb muss die Frage nach der Berufswahl heute an jedes junge Mädchen herantreten, unabhängig der gesellschaftlichen Schicht, dem es, bzw. seine Familie, angehört. Auch in der Schweiz ist infolge der Entwertung des Kapitals die Zahl derjenigen, deren materielle Lage eine berufliche Tätigkeit verlangt, überraschend gross geworden, und Schätzungen lauten sogar dahingehend, dass mindestens 85 % der Unverheirateten auf das Einkommen ihrer Berufstätigkeit angewiesen sind.

Trotz des grossen Frauenüberschusses besteht die viel verbreitete Meinung, dass für die Frauen der Beruf nur das Übergangsstadium zwischen Schulentlassung und Ehe sei. Die Wertung des Berufs als Provisorium bewirkt daher oft, dass ein junges Mädchen die lange Berufs- und Ausbildungszeit scheut und eine ihm auf kurze Sicht einträglicher erscheinende, rasch zu erlernende Arbeit aufnimmt, welche ihm aber auf die Dauer keinerlei menschliche Befriedigung bieten kann.

II. Das Freiwerden von weiblichen Arbeitskräften infolge der fortwährenden Einengung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit

Früher beschaffte der Einzelhaushalt viele Güter, welche heute fast ausschliesslich auf dem Markte vorzufinden sind. Das Brot wurde selbst gebacken, man pflanzte sämtliches Gemüse und Obst im eigenen Garten an, man hielt Kleinvieh, wob die Stoffe selbst etc. Auch erleichterten damals keine hauswirtschaftlichen Maschinen und Apparate die Arbeit der Hausfrau. Trotz solchen Erleichterungen gehen heute die Ehefrauen in der Schweiz meistens erst unter wirtschaftlichem Zwange der Erwerbsarbeit nach. Im Ganzen stehen laut statistischen Zahlen nur 9 % aller verheirateten Frauen im Berufsleben. Doch fällt es wegen der Vereinfachung der Haushaltsführung und der Geburtenregelung den jungverheirateten Frauen

leichter, noch ein paar Jahre erwerbstätig zu sein, um dadurch zu den Anschaffungen, welche heute ein moderner Haushalt erfordert, beisteuern zu können.

III. Die Verfeinerung der Lebenshaltung als Folge des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts

Objektiv betrachtet ist die Verfeinerung der Lebenshaltung eine Folge der der maschinellen Produktion innewohnenden Tendenz zur Erweiterung der Produktion und des Absatzes; das subjektive Bedürfnis nach maximalem Wohlstand bildet dazu die andere Komponente.

Schlussbemerkungen:

Die Progression der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus, respektive die der industriellen Produktion innewohnende Tendenz zur vermehrten Rationalisierung, bedingt also einerseits die weibliche Erwerbstätigkeit; andererseits ist für die alleinstehende Frau die Notwendigkeit entstanden, sich die erforderlichen Geldmittel zum Eintausch der für den Lebensunterhalt notwendigen Gütermengen selbst zu beschaffen.

Nicht ausser Acht lassen darf man übrigens eine wiederum weitgehend durch die Entwicklung der Wirtschaft bedingte Wandlung der Moral- und Lebensauffassung, welche manche Frau wirtschaftliche Unabhängigkeit ersehnen lässt und sie auch aus diesem Grund der beruflichen Arbeit zuführt.

Der Kapitalismus schuf also eine Frauenberufsfrage in der besitzenden Klasse, im Mittelstand und in den besitzlosen Schichten. Die Schweiz zählt aber noch bis jetzt zu den wenigen glücklichen Ländern, in welchen die verheirateten Frauen an eine gewisse traditionelle Sicherheit glauben dürfen.

2. Kapitel:

Bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Zahlen

Vorbemerkungen:

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stellung der erwerbstätigen Frau kann nach Alter und Zivilstand, Beschäftigungsart und Aufstiegsmöglichkeiten und nach dem Einkommen bestimmt werden. Vor allem kommt es aber auf die Wertung an, welche die Frauenerwerbsarbeit in sozialer und sittlicher Hinsicht erfährt.

Die vorliegende Arbeit stützt sich hauptsächlich auf die Ergebnisse der Volkszählung, da die Betriebszählungen keinerlei Aufschluss über wesentliche Merkmale der Berufstätigen wie z. B. Zivilstand und Alter, geben. Zudem erfassen sie bedeutende Gebiete der Frauenarbeit: die Hausangestellte, die Angestellte der öffentlichen Verwaltung etc., nicht.

Die wichtigsten Grundlagen bieten die durch die Volkszählung im Dezember 1950 vom Statistischen Amt in Bern ermittelten Zahlen.

I. Die Bevölkerungsverhältnisse:

A. Die Wohnbevölkerung

Bei der letzten Volkszählung anfangs Dezember 1950 beherbergte die Schweiz eine Wohnbevölkerung von 4 714 992 Personen mit 1 312 204 Haushaltungen. Vor 100 Jahren, also im Jahr 1850, wohnten 2 392 740 Personen mit 485 087 Haushaltungen in der Schweiz. Demnach besteht heute eine Haushaltung durchschnittlich aus 3,6 Mitgliedern, während sie sich 1850 aus 4,9 zusammensetzte.

B. Die Sexualproportion

Im Dezember 1950 wohnten 2 272 025 Personen männlichen Geschlechts und 2 442 967 Personen weiblichen Geschlechts in der Schweiz, was ein Verhältnis von 1075 Frauen zu 1000 Männern ergibt.

Der Frauenüberschuss an sich ist keine neue Erscheinung. Schon Lapidén, der Bearbeiter der Volkszählung von 1850, stellte fest: „Es sind im Ganzen 28 918 Weiber mehr als Männer“⁴. Den Frauenüberschuss führt man auf drei Gründe zurück:

- a) es sterben mehr männliche als weibliche Kinder;
- b) mehr Männer wandern ins Ausland ab;
- c) mehr Frauen wandern aus dem Ausland als Gattinnen und als Haus- und Hotelangestellte zu.

Interessanterweise bestehen in der Schweiz selbst örtliche Unterschiede im Geschlechtsverhältnis der Bevölkerung. Die Städte und vor allem die industriellen Bezirke stellen einen höheren Frauenanteil als das Land. Dieser Unterschied zwischen Stadt und Land hat folgende Gründe:

⁴ „Statistik der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1. Theil“, Tafel 2, Bern 1851.

1. die Frauen stellen in der Industrie verhältnismässig mehr Arbeitskräfte als in der Landwirtschaft;
2. Stadt und Land haben eine verschiedene Altersstruktur;
3. die städtische Bevölkerung ist von Ausländern stärker durchsetzt als die ländliche.

In den unteren Bevölkerungsschichten ist zudem der Frauenüberschuss wesentlich geringer als in den mittleren und oberen Schichten. Infolge der stärkeren Überalterung des weiblichen Bevölkerungsteiles wird aber die schweizerische Frauenquote aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zeit wieder sinken.

C. Der Zivilstand und die Altersstruktur

Während die Sexualproportion je nach Landesgegend ein anderes Verhältnis aufweist, erkennen wir im Zivilstand eine Funktion des Lebensalters. Die Altersstruktur einer Bevölkerung wird primär durch Geburt und Tod und sekundär durch Wanderungen bestimmt. Ein junges, wachsendes Volk steht auf breitem Fundament. Sein Altersaufbau gleicht einer Pyramide, deren Basis durch die jüngsten, deren Spitze durch die ältesten Jahrgänge gebildet werden; von unten nach oben nehmen die Altersstufen regelmässig, treppenförmig ab.

Auch der Altersaufbau der schweizerischen Bevölkerung hatte einst diese gesunde Gestalt. Nach der Jahrhundertwende aber begann unter dem Einfluss des Geburtenrückganges und der Lebensverlängerung eine Deformierung des Pyramidenaufbaus, und der Schwerpunkt des Volkskörpers verlagerte sich in die höheren Altersklassen. Der beträchtliche Anstieg der Verheiratetenquote ist z. B. nichts anderes als der Ausdruck für die seit 1900 eingetretene Altersumschichtung der Bevölkerung. Seit 1945, dem Ende des zweiten Weltkrieges, setzte allerdings ein durch Kriegsende und Hochkonjunktur bedingter Geburtenanstieg ein, welcher aber nur vorübergehender Natur zu sein scheint.

Die Heiratshäufigkeit der Frauen in der Schweiz ist aber seit der Jahrhundertwende ständig gesunken. Dafür macht man die verschiedensten Ursachen verantwortlich. So stellt man z. B. vermehrte Heiraten zwischen Schweizern und Ausländerinnen fest, während umgekehrt die Schweizerin die Ehe mit einem Miteidgenossen vorzieht. Vielfach sieht man auch in der Emanzipation der Frau, in ihrem beruflichen Aufstieg und ihren vermehrten Unterhalts- und Unterstützungspflichten gegenüber den eigenen Angehörigen Gründe

zum Verzicht auf die Ehe. Doch alle diese Fälle bedeuten wenig, im Vergleich zu den Verschiebungen im Geschlechtsverhältnis. Vor allem zieht eine Erhöhung des Heiratsalters bei der Frau leicht nachteilige Folgen für die eheliche Fruchtbarkeit nach sich.

Auch anerkennt man die statistisch erhärtete Tatsache, dass in den unteren Bevölkerungsschichten die Heiratshäufigkeit grösser und das Heiratsalter tiefer ist als in den oberen Klassen. Dies mag davon herrühren, dass der Arbeiter sein Maximaleinkommen in relativ jungen Jahren erreicht und die junge Arbeiterin von ihrer Verheiratung weit weniger erwartet als die Frau der oberen Stände.

Bildet die Ausübung eines Berufes für den Mann die Voraussetzung zur Gründung einer Familie, so bedeutet die Heirat für die Frau im allgemeinen die Aufgabe der beruflichen Karriere. Fast drei Viertel der im Berufsleben stehenden Frauen sind ledig, während bei den Männern der Ledigenanteil nur halb so gross ist. Heute kann der Bevölkerungsstatistiker mit besonderer Genugtuung feststellen, dass verhältnismässig mehr ledige Frauen im Berufsleben stehen als um die Jahrhundertwende. Ein grösserer Prozentsatz der Ehefrauen widmet sich nur ihrer Familie, worin man eine soziale Errungenschaft, sowohl in bevölkerungspolitischer als auch in volksgesundheitlicher Hinsicht, erkennen darf.

Gegen die Hälfte aller weiblichen Berufstätigen hat das 30. Altersjahr noch nicht erreicht, während bei den Männern nicht einmal ein Drittel der im Erwerbsleben Stehenden auf diese Altersklasse entfällt. Da nun die für die Frauenerwerbsarbeit in Frage kommenden Altersklassen wegen des Geburtenrückganges der letzten 30 Jahre schwächer vertreten sind, können wir in der Volkszählung von 1950 einen etwas geringeren Prozentsatz erwerbstätiger Frauen am Total der Erwerbstätigen feststellen.

II. Die Frauenerwerbsarbeit

A. Die Berufsgruppen

Da die Frauen in fast allen Berufsgruppen Eingang gefunden haben, ergibt sich aus der Statistik ein erstaunlich vielseitiges Bild. Freilich lässt sich die Frauenerwerbsarbeit nur sehr schwer erfassen, denn die Grenze zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit ist in vielen Fällen selbst für das geübteste Auge kaum erkennbar.

Der prozentuale Anteil der Frauenarbeit am Erwerbsleben der Schweiz hat sich seit 1870 kaum verändert, obwohl sich die Anzahl

der berufstätigen Frauen vermehrt hat. Die Zahl der berufstätigen Männer ist jedoch seit der Jahrhundertwende stärker angestiegen und der Anteil der Frauenerwerbsarbeit sogar etwas (von 32,0 % im Jahre 1900 auf 29,7 % im Jahre 1950) zurückgegangen.

Bei diesen Untersuchungen darf man nicht ausser Acht lassen, dass neben dem Zähljahr auch die Wahl des Zähltages einen besonderen Einfluss hat, weil das Wirtschaftsleben grossen saisonalen Schwankungen unterworfen ist, an denen auch die erwerbstätigen Frauen einen gewissen Anteil nehmen. Im Dezember, wo die Volkszählungen gewöhnlich durchgeführt werden, weisen besonders Landwirtschaft, Hotelgewerbe und Baugewerbe eine saisonbedingte, schwache Beschäftigung auf.

Während sich der quantitative Anteil der Frauenerwerbsarbeit in den letzten 50 Jahren nicht wesentlich verändert hat, zeigt die Statistik bei näherer Betrachtung aber eine auffällige Verschiebung innerhalb der einzelnen Erwerbsgruppen zu Gunsten der qualifizierten weiblichen Arbeit.

Tabelle 1

Berufstätige Frauen in der Schweiz nach Erwerbszweigen

Erwerbszweig	1900	1930	1950
Urproduktion	80 371	51 377	30 172
Industrie und Handwerk	233 973	228 966	232 039
Handel, Banken und Versicherung	24 879	67 410	95 574
Gastgewerbe	36 492	63 329	61 473
Verkehr	3 729	7 512	10 028
Öffentl. Verwaltung und freie Berufe	18 230	33 778	54 636
Hauswirtschaft und Tagelöhnerei	94 109	131 659	110 700
Anstalten *	5 930	27 237	43 282
Arbeitslose **	—	—	2 520
Total	497 713	611 268	640 424
Total an Erwerbstätigen	1 555 247	1 942 626	2 155 656

* = für die Jahre 1900 und 1930 teilweise Eingliederung in andere Erwerbsklassen.

** = 1900 und 1930 wurden die Arbeitslosen in die betr. Erwerbszweige eingegliedert.

Die Bedeutung eines Erwerbszweiges für die Frauenarbeit ist auch aus dem prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtheit der in dem betreffenden Zweig Beschäftigten ersichtlich. Folgende Zahlen geben darüber Aufschluss:

Tabelle 2

**Anteil der Frauenerwerbsarbeit an der Gesamtzahl der Beschäftigten
des betreffenden Erwerbszweiges in Prozenten**

Erwerbszweig	1900	1930	1950
Urproduktion	16,5	12,3	8,3
Industrie und Handwerk	33,7	26,8	23,2
Handel, Banken und Versicherung	29,5	35,5	37,9
Gastgewerbe	64,2	67,1	67,7
Verkehr	6,1	8,9	10,2
Öffentl. Verwaltung und freie Berufe	28,7	33,0	33,3
Hauswirtschaft, Tagelöhnerie	94,5	93,1	94,9
Anstalten *	69,3	64,1	66,8
Arbeitslose **	—	—	28,2
Anteil am Total der Erwerbstätigen	32,0	31,5	29,7

* = für die Jahre 1900 und 1930 teilweise Eingliederung in andere Erwerbsklassen.

** = 1900 und 1930 wurden die Arbeitslosen in die betr. Erwerbszweige eingegliedert.

Die meisten weiblichen Erwerbstätigen finden wir immer noch in Industrie und Handwerk, obwohl wir dort, wie wir aus Tabelle 2 ersehen können, trotz einer absolut starken Zunahme eine relative Abnahme feststellen müssen. Hingegen verzeichnen der Handel, das Banken- und Versicherungswesen einen relativen wie auch absoluten Aufschwung, denn Schreibmaschine, Telephon und Verkaufsrationalisierung haben der Frau den Weg in Büro und Detailgeschäfte geebnet. In der Urproduktion muss man wegen der Landflucht der Bauerntöchter und der Änderung in der Praxis der statistischen Angaben von Seiten der Bauernschaft einen Rückgang von über 50 % an weiblichen Berufstätigen feststellen, während andererseits im Verkehrswesen, der öffentlichen Verwaltung und den freien Berufen mehr als doppelt so viele Frauen als um die Jahrhundertwende anzutreffen sind. Die Hauswirtschaft, das Gastgewerbe und das Anstaltswesen gelten heute genau wie vor 50 Jahren als Domäne der Frau. Allerdings sind gerade diese 3 Branchen wegen ihrer geringeren Aufstiegsmöglichkeiten von vielen Ausländerinnen durchsetzt, denn auf die Deutsche, die Italienerin und Österreicherin übt immer noch jede Erwerbsarbeit in der Schweiz eine starke Anziehungskraft aus, so dass diese Mangelberufe vorläufig durch Ausländerinnen besetzt werden können, während sich die Schweizerin vermehrt den qualifizierten und besser bezahlten Berufen zuwendet.

B. Die Stellung der erwerbstätigen Frauen im Berufe

In der Schweiz befindet sich die erwerbstätige Frau meistens als Arbeiterin oder untere Angestellte in unselbständiger Position. Im letzten halben Jahrhundert haben Verschiebungen in der sozialen Schichtung der weiblichen Erwerbstätigen stattgefunden, worüber die folgenden Zahlen Auskunft geben:

Tabelle 3

Die soziale Schichtung der weiblichen Berufstätigen

Stellung im Beruf	1900	1930	1950
Selbständige	89 493	89 028	67 935
Mitarbeitende Familienmitglieder	63 119	49 046	33 071
Angestellte und Arbeiter	261 842	362 603	450 138
Hausangestellte	83 256	110 591	89 280

Vergleicht man die weiblichen Angehörigen einer Berufsstellung mit der Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen, so lassen sich, wie Tabelle 4 zeigt, verschiedene Verschiebungen in der Zusammensetzung der sozialen Schichtung erkennen:

Tabelle 4

Die soziale Schichtung der weiblichen Berufsarbeit in Prozenten

Stellung im Beruf	1900	1930	1950
Selbständige	18,0	14,6	10,6
Mitarbeitende Familienmitglieder	12,7	8,0	5,2
Angestellte und Arbeiter	52,6	59,3	70,3
Hausangestellte	16,7	18,1	13,9
	100,0	100,0	100,0

Diese Zahlen weisen nach, dass unter den Frauen die Angestellten- und Arbeiterschaft auf Kosten der Selbständigen und der mitarbeitenden Familienmitglieder absolut und relativ stark zunimmt. Auch unter den männlichen Berufstätigen verlieren als Folge der Entpersönlichung und der Rationalisierung der Wirtschaft die selbständig Erwerbenden und die mitarbeitenden Familienmitglieder immer mehr an Bedeutung. Doch da die weiblichen Selbständigen in der Hauptsache zu den kleineren Detaillisten und zu den Grenzproduzenten gehören, büssen sie im heutigen Wirtschaftsprozess immer mehr ihre Daseinsberechtigung ein. Die Abnahme der mit-

arbeitenden Familienmitglieder kommt vom Rückgang der selbständig arbeitenden Männer, von der Landflucht der Bauerntöchter und von der vermehrten ausserhäuslichen Tätigkeit der ledigen Töchter.

Betrachten wir die soziale Schichtung aller Erwerbstätigen, so ergibt sich folgender Anteil der Frauen:

Tabelle 5

**Der prozentuale Anteil der weiblichen Berufstätigen
an der sozialen Schichtung der Gesamtheit der Berufstätigen**

Stellung im Beruf	1900	1930	1950
Selbständige	21,1	20,7	16,8
Mitarbeitende Familienmitglieder	34,5	30,9	25,2
Angestellte und Arbeiter	30,4	29,1	29,5
Hausangestellte	98,1	99,4	99,8

Im Verhältnis zu den männlichen Erwerbstätigen haben in der Hauptsache die selbständig erwerbstätigen Frauen und die weiblichen mitarbeitenden Familienmitglieder abgenommen, während die weiblichen Angestellten- und Arbeiterschaft wie auch die Hausangestellten ihren prozentualen Anteil behielten. Doch wollen wir bei dieser quantitativen Betrachtung nicht weiter auf die soziale Schichtung eingehen, da die Gliederung der Berufsstatistik ohne Berücksichtigung der einzelnen Berufe fragwürdig bleibt.

C. Das weibliche Erwerbseinkommen

Die erwerbstätige Frau stellt sich im Durchschnitt aus zwei Gründen finanziell ungünstiger als der Mann. Einerseits bekleidet sie vorwiegend untergeordnete und schlecht bezahlte Positionen, und andererseits wird sie bei gleicher Arbeit niedriger entlohnt. Die Ursache für diese finanzielle Schlechterstellung der Frau muss unter anderem darin gesucht werden, dass zu dem Zeitpunkt, wo die Frau als Arbeiterin in den kapitalistischen Produktionsprozess eintrat, sie ihre Arbeitskraft nicht richtig einzuschätzen wusste; sie war daran gewöhnt, nur Helferin zu sein, ohne ihre Arbeit unmittelbar in Geld umgesetzt zu sehen.

Auskunft über die verschiedenen Lohnhöhen der männlichen und der weiblichen Arbeiterschaft gibt die folgende Statistik:

Tabelle 6

Die Löhne der verunfallten Arbeiter in Schweizerfranken ⁵

Zeit	gelernte und an- gelernte Arbeiter	an- und unge- lernte Arbeiter	Frauen über 18 Jahren
Juni 1939	1.55	1.18	— .75
Oktober 1953	3.11	2.58	1.83 (a)
Oktober 1955	3.25	2.72	1.88 (b)

Seit dem Kriege sind die Stundenverdienste der Frauen ohne Zweifel am meisten gestiegen, was der Tendenz entspricht, die Lohnempfänger mit den geringsten Löhnen am meisten zu berücksichtigen, damit sich diese mit der eingetretenen Teuerung besser abfinden.

Zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien, wie auch zwischen den einzelnen Erwerbszweigen bestehen grosse Lohnunterschiede. So werden z. B. die Frauen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie niedriger bezahlt als ihre Kolleginnen in der Bekleidungsbranche oder in der chemischen Industrie; die Uhrenarbeiterinnen beziehen die durchschnittlich höchsten Arbeiterinnenlöhne. Zur Illustrierung dienen die folgenden Angaben:

Tabelle 7

Stundenlohn der städtischen Arbeiterin (Oktober 1955) in SFR ⁶

Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1.76
Uhren und Bijouterie	2.34
Bekleidungsbranche	1.90
Chemische Industrie	2.05

Betrachten wir die Stundenverdienste im Hinblick auf die verschiedenen Ortsverhältnisse, so stossen wir erwartungsgemäss entsprechend der unterschiedlichen Lebensbedingungen auf eine mehr oder weniger deutliche Differenzierung zwischen Stadt und Land, wobei im allgemeinen die relativen Lohnunterschiede zwischen den drei Ortsklassen (städtisch, halbstädtisch und ländlich) mit abnehmender Lohnhöhe sich verringern. So sind bei den gelernten Arbeitern die Löhne in halbstädtischen Verhältnissen um 6 % und in ländlichen Verhältnissen um 11 % geringer als in der Stadt, bei den an- und ungelernten Arbeitern betragen die Differenzen 5, bzw. 10 % und bei den Frauen 6, bzw. 9 %.

⁵ „Die Volkswirtschaft“, a) Heft 6, Juni 1954, S. 231 ff.; b) Heft 4, April 1956, S. 183 ff.

⁶ „Die Volkswirtschaft“, Heft 6, Juni 1956, S. 242 ff.

Für die Angestellten gelten die das durchschnittliche Arbeitseinkommen beeinflussenden Faktoren in noch vermehrtem Masse als für die Arbeiter. Dies deshalb, weil die Gliederung nach der Stellung im Berufe, der Art der Beschäftigung, der beruflichen Qualifikation und der gestellten Anforderungen zwischen den einzelnen Erwerbszweigen und innerhalb derselben bedeutende Unterschiede aufweist. Besonders ausgeprägt war z. B. für die Frauen die Zunahme der Durchschnittsgehälter in den Nachkriegsjahren, denn ähnlich wie bei den Arbeitern weisen auch die untersten Angestelltenkategorien die relativ stärkste Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit auf.

Tabelle 8

Durchschnittliche Monatsgehälter der Angestellten nach Angestelltenkategorie und Geschlecht für die städtischen Verhältnisse (Oktober 1955) ⁷.

Männer	totaler Durchschnitt	Fr. 873.—
	Kategorie 1	Fr. 1 017.—
	Kategorie 2	Fr. 726.—
	Kategorie 3	Fr. 640.—
Frauen	totaler Durchschnitt	Fr. 528.—
	Kategorie 1	Fr. 658.—
	Kategorie 2	Fr. 490.—
	Kategorie 3	Fr. 421.—

Die meisten Betriebe stufen die Gehälter nach dem Alter der Angestellten, der Dienstdauer und der Stellung ab. Die weibliche Angestelltenschaft kann allerdings nur eine sehr kleine Stufenleiter absolvieren. Hier sei einzig erwähnt, dass der Büroberuf wesentlich besser bezahlt wird als die Verkaufstätigkeit, und dass im Büro eher die Möglichkeit besteht, auf einen höher entlöhnten Posten aufzurücken.

In den vergangenen 10 Jahren wurden die Löhne der Hausangestellten ebenfalls deutlich gesteigert. Eindeutige Vergleichsmöglichkeiten bestehen hier jedoch nicht, da die Hausangestellten und das Angestelltenpersonal zumeist am Arbeitsplatz Kost und Logis geniessen.

Über die Einkommen der selbständig erwerbstätigen Frauen sind nirgends aufschlussreiche Angaben erhältlich. Doch müssen diese erheblich unter dem Einkommen der selbständig erwerbstätigen

⁷ „Die Volkswirtschaft“, Heft 6, Juni 1956, S. 25.

Männer liegen, da die Mehrzahl der Frauen kleine, unbedeutende Unternehmen und Betriebe führt.

Dr. Koller, der Direktor des Eidgenössischen Statistischen Amtes, versuchte für das Jahr 1944 den Anteil des Ertrages der Frauenarbeit am gesamtschweizerischen Erwerbseinkommen zu messen, um den ungefähren Wert der weiblichen Berufsleistungen kennen zu lernen. Die damalige Untersuchung ergab, dass die berufstätigen Frauen sich mit erheblich kleinerem Berufseinkommen begnügen müssen, denn während der weibliche Anteil am Gesamterwerbseinkommen 17 % ausmacht, beträgt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 30 %.

Schlussbemerkungen:

Wir dürfen unser Urteil über die Frauenerwerbsarbeit und ihren Anteil am Aufbau der schweizerischen Volkswirtschaft nicht nur nach den numerischen Grundlagen fällen, sondern wir müssen auch berücksichtigen, wieviel die mithelfenden Ehefrauen ihren Männern an beruflicher Arbeit abnehmen und an Unkosten ersparen. Die Frau dient in der Hauptsache immer noch als stille Helferin, und in den seltensten Fällen tritt sie als Haupternährerin der Familie auf.

Im Rahmen einer statistischen Betrachtung sollten wir an dieser Stelle noch in der Lage sein, die Produktionskapazität der weiblichen Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen. Leider fehlen uns in der Schweiz dafür noch immer die nötigen Unterlagen. Vor allem fehlt uns eine Produktionsstatistik, welche uns allein die ökonomische Wertung der Erwerbsgruppen und der darin tätigen Frauen ermöglichen könnte.

3. Kapitel:

Die Frauenerwerbsarbeit in den einzelnen Berufsgruppen

Vorbemerkungen:

Nach der Darstellung der wichtigsten quantitativen Merkmale der Frauenerwerbsarbeit beschäftigt sich nun das folgende Kapitel mit einer vorwiegend qualitativen Betrachtung. Dabei soll die allgemeine Entwicklung innerhalb der einzelnen Berufsgruppen aufgezeigt werden, allerdings nicht in der genauen Reihenfolge, wie sie das Statistische Jahrbuch einhält.

Innerhalb der Frauenerwerbsarbeit der Schweiz haben sich im Laufe der letzten 50 Jahre grosse Verschiebungen ergeben. Als günstige Entwicklung lässt sich folgendes feststellen:

1. strukturell.

In der nicht landwirtschaftlichen Frauenerwerbsarbeit zeichnen sich drei Entwicklungslinien ab:

- a) ein Rückgang der weiblichen Selbständigen und der Heimarbeiterinnen,
- b) eine relativ geringe Zunahme der Arbeiterinnen,
- c) eine fortdauernd starke Ausdehnung der weiblichen Angestelltenschaft.

Die Frauenerwerbsarbeit folgt demnach der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die auf eine Abnahme der selbständigen Existenzen und eine Verschiebung innerhalb der anwachsenden unselbständig tätigen Bevölkerungsschicht nach der Seite der Angestellten hin tendiert.

Der Handel ist für die Frau eines der wichtigsten Erwerbsgebiete geworden, denn er erfasst heute erheblich mehr Frauen als z. B. das Handwerk, das im Gegensatz zu früher an Bedeutung verloren hat. Noch im Jahre 1900 stand für die Frauen, abgesehen von der Landwirtschaft, die Industrie an erster Stelle, gefolgt vom Handwerk, während heute zwar noch immer die Fabrikarbeit den ersten Rang einnimmt, das Handwerk jedoch durch Handel und Gastgewerbe überflügelt worden ist.

Die Haus-, Landwirtschafts- und Pflegeberufe verzeichnen eine Berufsfucht, da diese Berufe lange und anstrengende Arbeit erfordern, ohne verlockende Arbeitsbedingungen zu bieten. Aus der Statistik lässt sich, wie schon erwähnt, diese Berufsfucht nicht ablesen, da vorläufig noch Ausländerinnen die Lücken ausfüllen.

2. sozial.

Zwischen die grosse Masse der Fabrikarbeiterinnen und die kleine Minderheit der in freien, gelehrten und künstlerischen Berufen tätigen Frauen hat sich eine breite Schicht weiblicher Angestellter eingeschoben; dies nimmt erfreulicherweise der Frauenerwerbsarbeit sowohl den Charakter der reinen Verdienstarbeit, wie auch den des Zufälligen, Ausserordentlichen.

3. beruflich.

Die gelernte, weibliche Berufsarbeit hat sich in den vergangenen 50 Jahren sehr erweitert, so dass man, berufsmässig gesehen, von einem Aufschwung der Frauenerwerbsarbeit reden kann.

Die Einteilung in Männer- und Frauenberufe gehört der Vergangenheit an, denn dank der technischen Verbesserungen können alle Berufe, in denen die Muskelkraft nicht ausschlaggebend ist, ebensogut von Frauen wie von Männern ausgeübt werden. Allein ihrer Neigung nach passen die Frauen nicht zu jedem Tätigkeitsbereich. Die Psychologin Franziska Baumgarten-Tramer⁸ trifft mit folgenden Worten auf das Wesen der Frage: „Die Trennung der Berufe in weibliche und männliche liegt viel mehr im Bereiche des Gefühlslebens als auf dem Gebiete der körperlich-geistigen Anforderungen“. Die Frau ist in höherem Masse auf die körperlich-seelische Harmonie angewiesen als der Mann und erfährt die Verbundenheit der biologisch wichtigen Funktionen, die Abhängigkeit des Seelisch-Geistigen vom Körperlichen, in ihrem eigenen Lebensgefühl. Auch bestätigen Werkmeister und Arbeitsleiter, welche in grösseren Betrieben viel mit Frauen zu tun haben, dass unter ungünstigen Verhältnissen die Frauen mehr zu Krisenstimmungen neigen als die Männer. Auch der Arbeitsrhythmus ist bei den meisten Frauen anders als bei den Männern. Zudem ist bei der Frau der Elastizitätskoeffizient, die Fähigkeit, sich zu erholen, den Aufgaben der Mutterschaft angepasst und besonders gross, so dass der Gesamtverlauf des Lebensgefühls, die seelische Stimmung, die Verteilung von Spannkraft und Mattigkeit, andere Schwankungen aufweist als beim Manne.

Die weibliche Eigenart hat für alle sozialen Bindungen, für Aufopferung, Einfühlung und Verständnis für andere grössere Neigung und Fähigkeit. Aus der Verschiedenheit der Antriebe können verschiedene Interessen und infolgedessen auch verschiedene Leistungen der beiden Geschlechter entstehen; deshalb bringt das männliche Geschlecht mit seinen vermehrt sachlich gerichteten Interessen bessere Leistungen auf jenen Gebieten hervor, die sachliche Anforderungen an den Menschen stellen, so z. B. alles Technisch-Konstruktive. So findet man leider die Frauen weniger unter den Technikern und Ingenieuren, den gegenwärtig bevorzugten und aussichtsreichsten Berufen, vertreten.

⁸ „Zum Problem der Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften“, in „Gesundheit und Wohlfahrt“, Heft 11, 1943.

I. Die Urproduktion

Unter der Urproduktion verstehen wir die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, die Arbeit in den Steinbrüchen und Gruben und den Bergbau. In Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau sind die Frauen nur schwach vertreten, an der Landwirtschaft und am Gartenbau jedoch beteiligen sie sich in hohem Masse.

A. Die Landwirtschaft

Die Mithilfe in der Landwirtschaft zählt wohl zu den ältesten Frauenarbeiten. Doch ist es schwierig, diese Tätigkeit zahlenmässig zu erfassen, weil viele Bäuerinnen sich auf den eidgenössischen Volkszählkarten nicht eintragen, obwohl sie das Recht hätten, als Berufstätige und als den Ertrag mitbestimmend gewertet zu werden.

In Wirklichkeit dürften in der Landwirtschaft die Verhältnisse so liegen, dass während der Erntezeit alle im Bauernhaushalt lebenden Frauen in der Landwirtschaft mitarbeiten. Heute stehen der Landwirtschaft infolge des Geburtenrückganges und der Landflucht weniger Arbeitskräfte zur Verfügung als gegen Ende des letzten Jahrhunderts.

Als während des zweiten Weltkrieges der Plan Wahlen in der Schweiz durchgeführt wurde, konnten 110 000 Frauen mehr als sonst nebenberuflich in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Vorläufig stehen alle Berufe, die auf der Hauswirtschaft aufbauen, noch ausserhalb des Berufsbildungsgesetzes. Deshalb erhält die landwirtschaftliche Ausbildung weder die organisatorische Hilfe noch die erheblichen finanziellen Leistungen, die Bund und Kantone für die Ausbildung jener Berufe aufbringen, deren Lehrgänge gesetzlich geregelt sind⁹. Auch die Berufsbezeichnung ist nicht geschützt und kann von Leuten ohne berufliche Vorkenntnisse geführt werden.

Diesen Nachteilen stehen aber auch Vorteile gegenüber. Die Gesetzgebung bewirkt immer eine Einschränkung der Freiheit, und so ergibt sich aus der gesetzlichen Regelung des Berufsbildungswesens eine strenge Abgrenzung und eine straffe Berufsgliederung, ja oft sogar eine gewisse Versteifung. Dies könnte jedoch der Bäuerinnenberuf nicht brauchen.

Während unsere Zeit in allen Berufen ein immer umfangreicheres Spezialistentum heranbildet, bringt der Bäuerinnenberuf eine ganze

⁹ Siehe Kapitel 6.

Reihe mannigfaltiger und abwechslungsreicher Tätigkeiten mit sich, wie Brot backen, Hühner aufziehen, Schweine mästen, Getreide und Gemüse bauen, Eier, Kleinvieh, Gemüse und Früchte zu Märkte bringen, Früchte ernten und trocknen, melken, kochen, putzen, nähen und Kinder erziehen. Dies ist der urtümliche Frauenberuf, heute zwar unterstützt und rationalisiert durch neue maschinelle Einrichtungen, jedoch noch immer in seiner jahrhundertealten Arbeitsform als letzte Bedürfnisbefriedigung des Menschen innerhalb eines bestimmten Lebenskreises. Die Bäuerin geniesst in der Schweiz auch ein verhältnismässig grosses Ansehen, da die mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe überwiegen und der Grossgrundbesitz keine wesentliche Rolle spielt.

B. Der Gartenbau

Die Gärtnerin arbeitet ähnlich wie die Bäuerin fast immer im Freien.

Der Gartenbau bietet mancherlei Möglichkeiten zur Berufsausübung. Für Gärtnerinnen, die Freude an sozialer Arbeit oder an erzieherischer Tätigkeit haben, bieten Anstalten ein schwieriges, aber auch dankbares Arbeitsfeld. Ein solcher Posten ist eher erhältlich als eine Lehrstelle an Schülergärten oder als Kursleiterin. Gern gesehen ist auch die Mitarbeit der Gärtnerinnen in Samenhandlungen, Blumengeschäften und grossen Gartenbaubetrieben.

II. Industrie und Handwerk

Die Gruppe Industrie und Handwerk erscheint wegen ihrer Gliederung in 19 Untergruppen der Arbeitsbedingungen und der beruflichen Stellung der in diesem Erwerbszweig tätigen Frauen bedeutend differenzierter als alle anderen Erwerbszweige. Anstatt von „Industrie und Handwerk“ spricht man auch oft von „Gewerbe und Industrie“, da keine scharfe Grenze zwischen Fabrik, handwerksmässiger Werkstätte und Gewerbe gezogen werden kann, obwohl diese Unterscheidung juristisch nicht unwichtig ist. Es bestehen nämlich besondere gesetzliche Bestimmungen, einerseits für das Handwerk (Lehrverträge, Meisterprüfungen etc.) und andererseits für die Fabrikbetriebe (Fabrikgesetz). In soziologischer Hinsicht wäre es ebenfalls interessant, eine Unterscheidung zwischen der fabrik- und der handwerksmässig betriebenen Arbeit zu treffen. Vor allem könnte man dann die Entwicklung verfolgen, welche infolge

der Steigerung der Produktivität und der Massenproduktion zu einem Mehreinkommen führte, das seinerseits eine steigende Individualisierung der Bedarfsdeckung verursachte, und endlich, wie vielfach behauptet wird, wieder der Qualitätsarbeit und dem Handwerk zugute kommt, so dass das Handwerk ebenfalls aus der gesteigerten Produktivität einen indirekten Vorteil ziehen kann. Doch beschäftigen die Fabrikbetriebe so viele Handwerker, Techniker, kaufmännische Angestellte und Heimarbeiter, dass es schwierig wird, die Industriearbeit für sich zu behandeln.

A. Die Frauenarbeit im allgemeinen

Meist trifft man dort weniger Frauen an, wo schwere, körperliche Arbeit verlangt wird. Wo aber feine Arbeit Qualitätserzeugnisse hervorbringt, wird oft die weibliche Arbeitskraft eingesetzt.

Eine Reihe von Industrien wird als Domäne der Frau bezeichnet, etwa die Bekleidungs- und Wäschereiindustrie, die Textilindustrie und die Tabakindustrie, die bis zu 75 % weibliche Arbeiter beschäftigen. Auch die Uhrenindustrie und die Nahrungs- und Genussmittelbranche bietet den Frauen viele Arbeitsmöglichkeiten, und sie stellen dort mindestens einen Drittel der Arbeitskräfte. Gertrud Niggli erwähnt¹⁰, dass die weibliche Begabung besonders bei der Arbeit mit Textilfasern (als Spulerin, Zettlerin, Weberin etc.) zum Ausdruck kommt, weil die Frau durch ihre Erziehung und generationenlange Gewöhnung und Betätigung mit Haushaltsarbeiten hierin gefördert wurde. Für zahlreiche Arbeiten verwendet man die Frauen nicht nur, weil sie billiger arbeiten; man würde auch unabhängig von Lohnansprüchen für die feineren Verrichtungen die dafür begabten Frauen solange als möglich heranziehen. Mehr oder weniger stark findet die Frau auch auf den typisch männlichen Berufsgebieten Beschäftigung. In der Metall- und Maschinenindustrie waren z. B. im Jahre 1950 7 617 bzw. 17 758 Frauen tätig, was nur 7,9 bzw. 10,5 % der in diesem Zweig Beschäftigten ausmacht.

Während die Gesamtzahl der in der Gruppe „Industrie und Handwerk“ Beschäftigten im 20. Jahrhundert ständig wächst, haben sich die weiblichen Erwerbstätigen relativ vermindert. Diese Abnahme des relativen weiblichen Anteils an der Fabrikarbeitschaft wurde vor allem durch die Maschinenindustrie verursacht, welche im Vergleich zu den übrigen Industrien einen grossen Aufschwung

¹⁰ Aufsatz „Die Schweizerfrau in Arbeit und Beruf“, in Bd. 1 „Völker an der Arbeit“, S. 251 ff.

verzeichnet, sich aber vorwiegend der männlichen Arbeitskräfte bedient.

Über die wirtschaftliche Entwicklung der für die Frauenarbeit hauptsächlich in Frage kommenden Industrie- und Handwerkszweige ist Folgendes zu sagen:

Die Textilindustrie kann heute, nachdem sie mehrere Krisen durchgemacht hat, nicht einmal mehr halb so viele Frauen beschäftigen wie in ihrer Blütezeit vor dem ersten Weltkrieg. Dies will aber nicht bedeuten, dass die Textilindustrie eine starke Beeinträchtigung ihres Arbeitsvolumens erlitten hat. Ausnahmen bilden lediglich die Stickerei- und die Bandindustrie, die sich von der Krise nicht mehr erholen konnten. Die Seidenweberei jedoch hat ihren Maschinenpark stark modernisiert; die Baumwollindustrie ihrerseits erzeugt mit reduzierter Spindel- und Arbeiterzahl sogar noch mehr als vor 30 Jahren. Trotzdem hat die Textilindustrie ihre Vorrangstellung, welche sie jahrzehntelang als Verdienstquelle für die Frauen innehatte, verloren, und an ihren Platz trat die Bekleidungsindustrie, die sich auf Kosten des Bekleidungsgewerbes entwickelt hat. Tausende von selbständigen Damenschneiderinnen, Modistinnen, Weissnäherinnen, Wäscherinnen und Glätterinnen gaben frei- oder unfreiwillig ihre Selbständigkeit auf, weil Kleider- und Wäschefabriken, Grosswäschereien und Grossglättereien die Kundschaft an sich rissen. Gerade hier lässt sich die moderne Entwicklung erkennen, der sich auch die weibliche Berufstätigkeit unterwerfen musste.

Auch die Metall- und Maschinenindustrie kennt gewisse Arbeiten, für die geschickte Frauenhand sich am besten eignet. Vor allem die Fabrikation von Drahtwaren, von Schrauben, eisernen Kurzwaren, von elektrischen und Radioapparaten liegt in Händen weiblicher Fabrikarbeiter. Die Uhrenindustrie beschäftigt heute mehr Frauen als vor 30 Jahren. Allerdings ist diese exportorientierte Industrie von den internationalen Zollmassnahmen abhängig, so dass die in der Uhrenindustrie beschäftigten Frauen immer einen plötzlichen Konjunktumschwung gewärtigen müssen. Freilich erscheint heute die Entlassung nicht mehr als das gleiche Schreckgespenst wie früher, da der Wohlfahrtsstaat mit seinen sozialen Institutionen als Retter in der Not einspringt.

In der Nahrungs- und Genussmittelbranche arbeiten sechsmal so viele Frauen als um die Jahrhundertwende. Entsprechend der mannigfaltigen Zusammensetzung dieses Zweiges, der sowohl Chocolate-, Zucker- und Konservenfabriken, als auch ausgesprochen

gewerbliche Betriebe, wie Bäckereien, Metzgereien etc., angehören, ist auch die berufliche Stellung der in diesen Betrieben tätigen Frauen recht ungleich. Fast 20 % sind mitarbeitende Ehefrauen und Töchter, gegen 25 % sind als Verkäuferinnen tätige Angestellte und der Rest Fabrikarbeiterinnen. In der Papeterie- und Lederwarenindustrie, sowie in der Korbwarenfabrikation eröffneten sich sogar neue Möglichkeiten zur Heimarbeit, was allerdings nur für eine äusserst bescheidene Anzahl Frauen gilt.

Die Frauen beginnen heute auch, als Schreinerinnen, Optikerinnen, Drechslerinnen, Konditorinnen u. a. aufzutreten. Wenn sie also nach und nach in den meisten Erwerbszweigen Betätigung gefunden haben und zweifellos noch finden werden, so hängt dies wohl damit zusammen, dass als Folge der technischen Verfeinerungen, der arbeits-erleichternden Vorrichtungen, der Aufteilung der Arbeitsvorgänge etc., die Muskelkraft für die menschliche Arbeit immer weniger ausschlaggebend wird.

B. Die Stellung der weiblichen Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk

1. Die Arbeiterin.

Anfänglich trug die Frauenarbeit in der Industrie einen stark proletarischen Charakter. Die Frau verschaffte sich zunächst überall da Eingang, wo die Einfachheit und Leichtigkeit der Arbeit eine un-gelernte, anspruchslose Kraft erforderte. Auch war früher das Los der Fabrikarbeiterin wegen der langen Arbeitszeit und den schlechten sanitären Verhältnissen in den Fabriken äusserst beklagenswert. Die Frauen traten im Zeitalter der grössten Ausbeutung in die Industrie ein; erst die Sozialgesetzgebung befreite sie aus diesen unerquicklichen Zuständen. Kein Gebiet weiblicher Tätigkeit wurde deshalb so viel erörtert, wie gerade die Fabrikarbeit. Vor allem hat man immer wieder der Arbeit und der sozialen Lage der verheiraten Arbeiterin Beachtung geschenkt. Für diese kommt z. B. ein Arbeitsplatzwechsel und ein damit verbundener Wechsel des Wohn-ortes kaum in Frage, so dass sie sich bei einem Stellenwechsel in einer verhältnismässig ungünstigen, wirtschaftlichen Lage befindet. Die vielerorts eingeführte englische Arbeitszeit und die 5-Tagewoche bedeuten eine wesentliche Entlastung für alle diejenigen, welche einen weiten Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Die neue Gesetzgebung sucht die verheiratete Frau und Mutter auf alle mögliche Weise zu schonen und in Notzeiten zu unterstützen.

Einfacher gestalten sich die Verhältnisse bei der unverheirateten Frau. Für sie ist die Fabrikarbeit Beruf und meist auch, wenn sie die ersten Jugendjahre hinter sich hat, Lebensinhalt.

Die Fabrikberufe sind nicht mehr scharf voneinander abgegrenzte Arbeitsgebiete, sondern oft nichts anderes als leere Namen. Deshalb fordern viele Kreise, dass die jungen Menschen aus dem Industriesektor ferngehalten werden. Man bedenkt aber kaum, dass die jungen Leute möglichst früh mit ihrer Arbeit zum Familienunterhalt beisteuern müssen. Es ist zwar schade, dass diese jungen Leute keinen Beruf erlernen können, andererseits braucht aber die Industrie solche Arbeiter und richtet ihnen deshalb auch einen anständigen Lohn aus.

Heirat oder Mutterschaft der Arbeiterin bedingt einen fortlaufenden Wechsel an weiblichem Personal. Der Betriebsinhaber muss sich daher dauernd um die Gewinnung von Nachwuchs bemühen, was auch die relativ gute Entlohnung der jungen Arbeiterinnen verständlich macht.

9 0/0 der Arbeiterinnen sind ungelernte; der Hauptteil, ca. 75 0/0, sind angelernte Kräfte, die man vielleicht am besten als Facharbeiterinnen bezeichnet. Diese werden im Betrieb zur Bedienung bestimmter Maschinen oder für gewisse Teilfunktionen des Arbeitsprozesses angelernt und bleiben dann an diesem Posten. Margaritha Schwarz-Gagg kennzeichnet die un- und angelernte Maschinenarbeit folgendermassen ¹¹: „Der Begriff ‚Fabrikarbeiterin‘ wird volkstümlich vielfach unrichtig eingeschätzt, insofern, als ihre Arbeit in uneingeweihten Kreisen als ungelernte und angelernte Maschinenarbeit angesehen wird. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass eben diese Arbeit eine berufsmässige Vervollkommnung mit sich bringt, durch die viele Frauen zu ihren spezifischen Berufen gelangen, welchen die vom Manne ausgeführte Arbeit in keiner Weise nachsteht. Diese qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte umfassen alle Spielarten moderner Fabrikarbeit. Die Schuhfabrik teilt ihre Arbeiterinnen in ungelernte und ausgesprochen qualifizierte Teile ein. Gummieren der Lederstücke, Schäfteschnüren etc. werden von den Anfängerinnen besorgt; dagegen ist das Steppen Qualitätsarbeit, die mehrere Jahre Ausbildung bedarf, denn die Arbeit der Näfte ist bei jedem Stich ersichtlich“.

Jene 16 0/0 Arbeiterinnen, welche eine Berufslehre hinter sich haben, mögen im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft wenig scheinen. Doch rücken die gelernten Kräfte häufig zu Vertrauenspositionen auf und figurieren deshalb unter der Angestelltenrubrik.

¹¹ Schwarz-Gagg M. in „Leben und Wirken der Frauen in der Schweiz“, S. 160 ff.

2. Die Betriebsleiterin.

Die Betriebsleiterinnen, welche in der Statistik gewöhnlich als höhere Angestellte bezeichnet werden, sind im industriellen und handwerklichen Sektor meist mit gewerblichen Arbeiten oder mit der Oberaufsicht über solche betraut. Das kaufmännisch-organisatorische Element tritt dabei vielfach in den Hintergrund. Die weiblichen Betriebsleiter sind überall dort in der Mehrzahl, wo sich die Leitung hauptsächlich auf die gewerbliche Arbeit bezieht und diese einen ausgesprochen weiblichen Charakter trägt¹².

3. Die selbständig Erwerbstätige.

Die gelernten Arbeiterinnen werden oft zu selbständig Erwerbstätigen, was wir vor allem im Handwerk beobachten können. Doch auch in den spezifisch industriellen Betriebsarten trifft man eine grössere Anzahl selbständiger Betriebsinhaberinnen. Dies gilt vor allem für die Textilindustrie und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Sogar im Baugewerbe und in der Metall-, Maschinen- und Apparateindustrie begegnet man selbständig erwerbstätigen Frauen. Grösstenteils sind jedoch diese Frauen infolge ganz bestimmter einmaliger Ursachen wie Witwenschaft, Übernahme einer Hinterlassenschaft etc. zu Betriebsinhabern geworden. In den Berufen, die den Frauen geläufig sind, und in denen sie sich ausbilden können, reichen ihre Fachkenntnisse aus. Wo sie aber, wie z. B. im Baugewerbe, einen ihrer Natur weniger gelegenen Beruf auszuüben haben, brauchen sie häufig die Hilfe tüchtiger, erfahrener Angestellter. Neben den Schwierigkeiten und Problemen, welche das selbständige Unternehmertum zu meistern hat, neben Konkurrenzkampf, Produktionsfragen, Einkauf und Absatz, Personalfragen etc., werden die selbständig erwerbstätigen Frauen noch mit anderen Sorgen privater Natur belastet. Es fehlt ihnen zudem oft an der Geschäftserfahrung, den nützlichen Geschäftsverbindungen und an der Übersicht der wirtschaftlichen und politischen Lage. Umso erfreulicher berührt uns daher die Beobachtung, wie tapfer sich die Mehrzahl dieser Frauen trotz alledem bewährt und sich in ihrem Aufgabenkreis behaupten kann.

¹² Siehe Näheres bei Galli Beatrice „Die Schweizerfrau im Handels- und Büroberuf“, S. 90 ff.

4. Die Fabrikfürsorgerin.

Unter den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Frauen in Industrie und Handwerk muss man auch den der Fabrikfürsorgerin berücksichtigen. Sie gehört unstreitbar zu den vornehmsten Einrichtungen der fabrikbetrieblichen Wohlfahrt und bildet das Bindeglied zwischen der Leitung und der Arbeiterschaft und deren Familien. Sie richtet vielerorts Näh- und Arbeitsstunden ein, sorgt für Kinderrippen und Kindergärten und kontrolliert sie. Vor allem muss die Fabrikfürsorgerin über ein grosses Mass von Menschenkenntnis und Geduld verfügen.

C. Die Heimarbeit

Die Heimarbeit wird oft als Übergangsstadium vom Handwerk zur Industrie angesehen, da sie auf dreifache Weise entstanden ist:

1. stellte sich die Heimarbeit auf dem Entwicklungsgange vom Handwerk zur Grossindustrie als Zwischenstufe ein, teilweise nur dazu bestimmt, den Übergang zur Fabrikunternehmung zu erleichtern. Teilweise war aber auch die Heimarbeit dazu auserlesen, eine selbständige Form zu bilden, welche die Berechtigung ihrer Existenz in sich trägt,

2. entwickelte sich die Heimarbeit aus einer ursprünglichen Nebenbeschäftigung des Bauern. Wenn nämlich das dem Bauer zur Verfügung stehende Land seine Arbeitskraft nicht erschöpfend in Anspruch nimmt, oder seine Familie nicht ernährt, betreiben er und die Seinen etwas Heimarbeit, um mit deren Ertrag ihr Einkommen zu erhöhen,

3. findet man neuerdings ebenfalls gewisse Fabrikbetriebe, welche es für vorteilhafter halten, gewisse Arbeiten durch Heimarbeiter verrichten zu lassen, um so in Krisenzeiten keine unnützen Arbeitskräfte beschäftigen zu müssen, bevor man sie entlassen kann.

Das Heimarbeitsverhältnis kann unter verschiedenen Bedingungen bestehen. Entweder liefert der Unternehmer den Arbeitern das Rohmaterial, bestimmt die Art und die Form der Produkte und zahlt für die fertige Arbeit einen verabredeten Stücklohn, oder der Arbeitgeber liefert auch die Werkzeuge, wie Webstühle, Nähmaschinen etc., und der Arbeiter kann diese durch allmähliche Abzahlung zu dauerndem Eigentum erwerben. Unter folgenden Umständen scheint Heimarbeit vorteilhaft zu sein:

1. wenn Frauen- und Kinderhände bei der Arbeit mithelfen können,

2. wenn eine einfache Technik verlangt wird, die es erlaubt, dass mit wenigen und nicht kostspieligen Vorkehrungen gearbeitet wird,
3. wenn günstige Transportverhältnisse die Produktionsstätten mit dem Verleger und diesen mit dem Konsumenten verbinden.

Von Volkszählung zu Volkszählung nehmen die Heimarbeiter ab, vor allem weil die Heimarbeit aus ihren ältesten Zweigen, nämlich der Textil- und Uhrenindustrie, verschwindet. Im Bekleidungsgewerbe ging die Heimarbeit weniger zurück, weil diese meist in der Stadt ausgeführt wird und in der letzten Zeit einen konjunkturbedingten Aufschwung erlebte. Eine rückläufige Bewegung kann man heute auf dem Gebiete der Handstrickerinnen und in der Spielzeugbranche feststellen.

Trotz ihrer zahlen- und einkommenmässig geringen Bedeutung (im Ganzen figurieren in der Statistik von 1950 12 226 Heimarbeiter, wovon zwei Drittel Frauen sind), ist die Heimarbeit nicht aus der schweizerischen Volkswirtschaft wegzudenken. Der Schutz der Heimarbeit gestaltete sich besonders schwierig, da sich hier die Schutzbestimmungen auf Arbeiten erstrecken müssen, welche in der Wohnung des Arbeitnehmers ausgeführt werden. Diesem Umstande ist es auch weitgehend zuzuschreiben, dass die Heimarbeiter — obwohl offenkundige Übelstände vorlagen — während langer Zeit keinen anderen Schutz genossen, als den des Schweizerischen Obligationenrechts. Eine umfassende arbeitsrechtliche Regelung der Heimarbeit brachte dann das Bundesgesetz vom 12. Dezember 1940, das am 1. April 1942 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz gilt für alle in Heimarbeit ausgeführten industriellen und gewerblichen Verrichtungen.

Da die Heimarbeit erfahrungsgemäss in sehr vielen Fällen unter ungenügender Entlohnung zu leiden hat, fallen die Vorschriften des Heimarbeitsgesetzes besonders ins Gewicht. Sind die Löhne und Entgelte in der Heimarbeit eines Erwerbszweiges aussergewöhnlich niedrig und erscheint ihre wirkliche Regelung durch die beteiligten Arbeitgeber und Heimarbeiter selbst nicht möglich, so kann der Bundesrat auf Grund des Gesetzes über die Heimarbeit unter Wahrung des Gesamtinteresses und nach Anhörung der zuständigen Fachkommission und der Kantone die Löhne von Gesetzes wegen entweder durch die Verordnung von Mindestlöhnen oder durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen festsetzen. Ausser den Vorschriften über die Bildung von Fachkommissionen und die Festsetzung von Löhnen enthält das Heim-

arbeitsgesetz eine Regelung, welche z. B. den Bundesrat befugt, zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Personen weitgehende Anordnungen über die Lieferfristen und die Arbeitsausgabe zu treffen.

In den schweizerischen Berggegenden begegnet man immer noch relativ vielen Heimarbeiterinnen. Die Belegung der Heimarbeit in diesen ärmeren Gebieten ist ein Teil der Berghilfeaktion, welche mit der Selbstversorgung der Bergbevölkerung während des zweiten Weltkrieges einsetzte, und sich heute als Heimarbeitszweig ausgebaut hat.

Zusammenfassend sei noch einmal auf die Vielgestaltigkeit der Frauenerwerbsarbeit in Industrie und Handwerk hingewiesen. Mag die Zahl der Arbeiterinnen auch relativ zurückgehen (heute stellen nämlich die Frauen in Handwerk und Industrie nur noch einen Viertel anstatt wie vor 50 Jahren einen Drittel der Arbeiterschaft), so wird doch dieser Rückgang durch den Zuwachs der Frauenarbeit in einem anderen Erwerbszweig wettgemacht.

III. Handel, Banken- und Versicherungswesen

A. Allgemeine Bemerkungen

Die innere Organisation eines Handelsbetriebes unterscheidet sich wesentlich von derjenigen eines industriellen oder handwerklichen Betriebes. Im Handels-, Banken- und Versicherungswesen spielt sich die Haupttätigkeit in den Büros und in den Verkaufsräumen ab. Hier ist auch die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 24 879 im Jahre 1900 auf 95 574 im Jahre 1950 angestiegen. Doch diese Zahl verlangt eine Korrektur nach zwei Seiten hin; einmal nach oben, wenn man die in Industrie, Gastgewerbe etc. auf dem Büro arbeitenden weiblichen Angestellten miteinbezieht, und nach unten, denn rund 53 300 Verkäuferinnen sind in der Zahl von Handels-, Banken- und Versicherungsangestellten mitinbegriffen.

Wenn auch die Frauen immer noch vorwiegend für die Verkaufstätigkeit herangezogen werden, nimmt seit 1930 die Zahl der Büroangestellten stärker zu als die der Verkäuferinnen und der männlichen Büroangestellten. Vor allem fand die weibliche Angestellte Aufnahme in die Büros und Verkaufsräume wie z. B. der Warenhäuser, der Spezerei- und Modegeschäfte, der Papeterien und der Buch- und Antiquitätenhändler.

Das eigentliche Tor zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg im Handels- und Büroberuf öffnet zweifellos die kaufmännische Lehre und die Handelsschule. In der Volkszählung von 1950 wurden ohne Berücksichtigung der Handelsschüler rund 9 500 männliche und 12 750 weibliche kaufmännische Lehrlinge gezählt. Der Kleinbetrieb vermittelt immer noch am besten eine gründliche und vielseitige kaufmännische Bildung, während sich der schwer übersichtliche Grossbetrieb weniger dazu eignet. Die Grossbetriebe ziehen die Ausbildung männlicher Lehrlinge vor, da bei diesen eher die Möglichkeit besteht, auf lange Sicht dem Unternehmen erhalten zu bleiben.

Der Schweizerische Kaufmännische Verein beschloss erst 1918, die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen. Seit diesem Zeitpunkt vertreten die kaufmännischen Berufsverbände auch die Interessen des weiblichen Personals.

In soziologischer Hinsicht fällt auf, dass die weiblichen Angestellten im Handels-, Banken- und Versicherungsberuf grösstenteils denjenigen Kreisen entstammen, welche ihre Auffassung über die Aufgabe der Frau an der früheren wirtschaftlichen Sicherheit des Mittelstandes gebildet haben.

B. Die Stellung und Bedeutung der erwerbstätigen Frauen in Handel, Banken- und Versicherungswesen

1. Die Verkäuferin.

Der Verkäuferinnenberuf scheint für die Frauen sehr geeignet zu sein. Das Verkaufspersonal muss im dauernden Umgang mit den Menschen auf deren individuelle Wünsche eingehen, sie freundlich beraten und ihnen helfen. Die soziale Wertung des Berufes ist durch die Verkäuferinnenlehre erheblich gestiegen. Dem hat aber die wirtschaftliche Stellung in bezug auf die Entlohnung noch nicht völlig folgen können. Das Einkommen der Verkäuferin ist von Branche zu Branche, von Alter zu Alter, von Gegend zu Gegend verschieden. In gewissen Berufszweigen, wie z. B. der Modebranche, werden neben dem Gehalt noch Umsatzprämien ausgerichtet.

Geduld, Gesundheit, keinerlei Beinbeschwerden, ein sicherer Geschmack, ein gepflegtes, freundliches und flinkes Wesen werden in der Hauptsache von der Verkäuferin verlangt. Doch sollte sie auch über gewisse rechnerische Fähigkeiten verfügen.

2. Die Büroangestellte.

Die Hinwendung der erwerbstätigen Frau zur Büroarbeit ist einer der auffälligsten Züge der modernen Frauenarbeit. Obwohl sich die Unterschiede in der letzten Zeit zu verwischen beginnen, lässt sich immer noch sagen, dass die Büroangestellte ein durchschnittlich höheres Berufseinkommen erzielt als die Verkäuferin.

Für das junge Mädchen bietet das Büro Vorteile verschiedenster Art. Vor allem besteht die Ausbildung aus weniger strenger und doch abwechslungsreicher Tätigkeit mit relativ grosser Freizeit. Nach Absolvierung der Lehrzeit erwarten dann im allgemeinen die junge Angestellte gutbezahlte Positionen.

Je nach den Leistungen und Anforderungen kann die Büroangestellte recht unterschiedliche Aufgaben erfüllen, als Sekretärin oder Buchhalterin, als einfache Büro- oder Hilfsangestellte. Die mit Verhandlungs- und Entscheidungsbefugnis ausgerüsteten Positionen bleiben bis jetzt im grossen Ganzen den Männern vorbehalten, so dass die Prokuristin, der weibliche Personalchef oder Direktor noch zu den Ausnahmeerscheinungen der schweizerischen Wirtschaft gehören, obwohl es einige wenige erfolgreiche Frauen gibt, die es dank ihrer Intelligenz und Tüchtigkeit zu Spitzenpositionen gebracht haben.

Zum Nachteil des Büroberufes muss man leider immer wieder feststellen, dass die mechanischen Arbeiten viel stärkere Ermüdungserscheinungen verursachen als eine gewerbliche Tätigkeit. Die grossen Bürofabriken mit ihrer rationalisierten und mechanisierten Arbeitsweise bieten auf die Dauer für die Frau kein gedeihliches Arbeitsklima und bewirken höchstens eine sinkende Wertung der Angestelltenarbeit. Dies zeigt sich am deutlichsten in der raschen Ersetzbarkeit der einzelnen Arbeitskraft im durchrationalisierten Betrieb. Dagegen können auch die besten Bestrebungen, wie etwa diejenigen der „human relations“, nur wenig ausrichten. Als besonders ermüdend gilt auch die Buchhaltungsarbeit, welche allerdings auf die Frauen keine besondere Anziehungskraft ausübt, da sie meist weniger hoch als die andere Büroarbeit bezahlt wird und sich das weibliche Geschlecht selten für blosse Zahlenarbeit interessiert.

Die weiblichen Angestellten zeichnen sich vor allem durch Gewissenhaftigkeit und Exaktheit aus; es fehlt ihnen jedoch vielfach an der nötigen geschäftlichen Initiative und dem geübten Weitblick. In kleineren Handelsbetrieben, Verwaltungsbüros und Sekretariaten

kann sich die Frau noch am ehesten die ihr angemessene Atmosphäre schaffen. Im Handel bieten sich der Frau vielfache Aufstiegsmöglichkeiten, während z. B. im Versicherungswesen nur selten, bei den Grossbanken praktisch nie, höhere Posten an Frauen vergeben werden. Für die einfachen Büroarbeiten hingegen bedienen sich sowohl die Banken, wie auch die Versicherungen in der Hauptsache weiblichen Personals.

Die Frau eignet sich speziell für die iuristische Hilfsarbeit; sie besitzt ein gutes Gedächtnis für Fristen und Termine, und mit ihrer Gewissenhaftigkeit bedeutet sie für den Anwalt und Treuhänder eine wertvolle Hilfe.

3. Die Betriebsleiterin und Einkäuferin.

Sofern die kleineren Betriebe nicht vom Inhaber selbst geleitet werden, zählt man in ihnen immer einen Betriebsleiter, selbst dort, wo niemand im Personal diesen Titel ausdrücklich führt. So gelten z. B. die Hauptverkäuferinnen einer Filiale, die Leiterinnen eines Kioskes als Betriebsleiterinnen, weshalb wir behaupten können, dass während der letzten Jahrzehnte immer mehr Frauen für diese Positionen herangezogen wurden. Die weiblichen Rayonschefs in den Warenhäusern gehören noch zu den seltenen Erscheinungen, währenddem sich aber gerade in den Warenhäusern Anzeichen dafür bemerkbar machen, dass der Einkauf bestimmter Artikel Einkäuferinnen mit sicherem Geschmack anvertraut wird.

4. Die selbständig tätige Handelsfrau.

Während wir mit den meisten in der Produktion selbständig tätigen Frauen selten in Berührung kommen, kennen wir doch manche Ladeninhaberin, die uns bei unseren Einkäufen behilflich ist. Ähnlich wie in Industrie und Handwerk schafft auch im Handel der Kleinbetrieb den Frauen Möglichkeiten zur selbständigen Erwerbstätigkeit. Oft bleibt der Frau keine andere Wahl, als sich selbständig zu machen, wenn sie wegen ihres Alters, ihrer Familienpflichten oder ihrer mangelnden Berufskenntnisse keine Anstellung mehr finden kann.

Viele Witwen führen auch den Betrieb ihres verstorbenen Mannes weiter, und nicht selten muss ein Unternehmen auf den Namen der Ehefrau lauten, wenn der Gatte in Konkurs geraten ist und für eine bestimmte Zeit kein eigenes Geschäft führen darf.

5. Andere im Handel tätige Frauen.

Neben den Verkäuferinnen, Büroangestellten, Betriebsleiterinnen und selbständig tätigen Frauen begegnen wir im Handel auch den Packerinnen, Reisevertreterinnen, Zeitungsverträgerinnen, Hausiererinnen und mitarbeitenden Familienmitgliedern. Der Beruf der Reisevertreterinnen und Hausiererinnen gehört zu den anspruchsvollsten und aufreibendsten, denn bei Wind und Wetter müssen sie, ähnlich wie die Zeitungsverträgerinnen, auf mühsamen Gängen und nach vielfach anstrengenden Bahnfahrten ihren Geschäften nachgehen. Wirtschaftlich gesehen, erscheint der Vertreter- und Hausiererberuf als die schwierigste und krisenanfälligste Tätigkeit, wo oft der momentane Vorteil durch einen deprimierenden Geschäftsgang wettgemacht wird.

Die weibliche Tätigkeit in Handel, Banken- und Versicherungswesen bedeutet also gesamthaft gesehen eine für die schweizerische Volkswirtschaft wichtige, meist aber nur sekundäre Hilfe. Die Frauen ersetzen wohl ein Minus an physischer Leistungsfähigkeit durch ein Plus an Ausdauer und gutem Willen, doch ist in den aufstiegsreicheren Berufen die Kontinuität eine Hauptbedingung zum Vorwärtkommen, und gerade diese Kontinuität können die weiblichen Erwerbspersonen nicht immer bieten, da sie ihrer Natur entsprechend in erster Linie auf ihre privaten Anliegen und Familienverhältnisse Rücksicht nehmen.

IV. Hotel- und Gastgewerbe

A. Allgemeine Bemerkungen

Die meisten Zweige des Gastgewerbes sind ein vorwiegend weibliches Betätigungsfeld; in der ländlichen Gartenwirtschaft, im Gasthof, im Tea-Room, im städtischen Restaurant, in den Bars, den kleineren und grösseren Hotels, den Bahnhofbuffets, den Pensionen oder Kantinen werden überall die drei grössten Bezirke, Küche, Service und Zimmerdienst, durch weibliches Personal betreut.

Das Gastgewerbe und die Hotellerie, eine der Quellen des unsichtbaren schweizerischen Exports, bieten den Frauen viele leitende Posten.

Obwohl das Gastgewerbe konjunkturrempfindlich ist, kann es sich in Krisenzeiten besser erhalten als die Hotellerie, wo sich z. B. während des zweiten Weltkrieges viele Hotelangestellte dazu gezwungen sahen, in ein anderes Arbeitsgebiet hinüberzuwechseln.

Ausserhalb der erstrangigen Hotels und exklusiven Speiserestaurants wird der Kellner immer mehr eine Seltenheit, und an seine Stelle tritt das weibliche Servierpersonal. Die Hotelangestellten, wie alle im Gastgewerbe tätigen Angestellten, sind infolge des Trinkgeldsystems persönlich am Geschäftsgang mitinteressiert, und das Resultat einer Feriensaison wirkt sich bis in die hintersten Bergtäler der Schweiz aus, zumal das Hilfspersonal der Hotels von überall herbeigezogen wird.

B. Die einzelnen Tätigkeitsbereiche im Hotel- und Gastgewerbe

Der geistig anregendste Zweig des Hotelfaches liegt in der Arbeit der Hotelsekretärin. In den kleineren Hotels empfängt die Sekretärin die Gäste, führt die Buchhaltung, stellt die Rechnungen aus, besorgt die Korrespondenz und verwaltet die Zimmerschlüssel. In den Gaststätten, wie auch in den Hotels fungieren, je nach der Grösse des Betriebes, einer oder mehrere Köche mit weiblichen Küchenhilfen. In den kleineren Betrieben findet man meist nur Köchinnen.

Unter der Aufsicht eines Oberkellners oder einer Buffetdame amtet im Speisesaal das Servierpersonal. Immer wieder sollte man betonen, welch grosse Anforderungen an die Serviertochter gestellt werden. Ein gutes Gedächtnis, ein freundliches Wesen, Sprachentalent, Geduld, Takt und eine ausgezeichnete Gesundheit gehören zu den wichtigsten Erfordernissen dieses Berufes. Auch darf das ständige späte Zubettgehen nicht gescheut werden. Früher konnte das Servierpersonal lediglich von seinem Trinkgeld den Lebensunterhalt bestreiten. Heute ist dies nicht mehr möglich, und der Wirt oder Hotelier ist deshalb verpflichtet, ein Fixum auszurichten und einen minimalen Verdienst zu garantieren.

Bei der Besprechung des Gastgewerbes darf man die Person der Wirtin nicht vergessen. Sie ist es, die dem Lokal eine Atmosphäre verleiht, und von ihr hängt es ab, ob sich die Gäste wohl fühlen. Gerade in einem an Fremdenverkehr so reichen Land wie die Schweiz sind tüchtige Wirtinnen nötig, welche mit Kennerblick den ganzen Betrieb übersehen, ihre Gäste mit Zuvorkommenheit behandeln und das Personal richtig anweisen.

Für die erwerbstätige Frau wird das Gastgewerbe in der Schweiz immer eine wesentliche Rolle spielen, auch wenn es periodisch von äusseren Einflüssen, wie Wetter, Jahreszeit, Konjunktur und politischer Lage beeinflusst wird. Hotel- und Gastgewerbe üben vor allem

auf die unternehmungslustigen Elemente einen starken Anreiz aus und fördern deshalb oft den internationalen Personenaustausch.

V. Öffentliche Verwaltung, Verkehrswesen und öffentliche Anstalten

A. Allgemeine Bemerkungen

Wohl erstreckt sich das Recht der Frau auf jede freie Erwerbstätigkeit. Erhebt der Staat aber eine Tätigkeit zu einer amtlichen, so fällt sie automatisch aus Artikel 31 der Bundesverfassung (betr. Handels- und Gewerbebefreiheit). Sie ist nicht mehr Gewerbeausübung im Sinne des genannten Artikels, sondern Durchführung von Staatsaufgaben. Es steht dem Staate dann frei, die Voraussetzungen zu bestimmen, unter welchen er jemandem ein Amt übertragen will. Durch den Ausschluss von den politischen Rechten werden die berufstätigen Frauen in Staatsdiensten benachteiligt. Wo nämlich eine Beamtung durch Volks- oder Parlamentswahl bestellt wird, sind Frauen nicht wählbar; eine Ausnahme bilden lediglich ein paar Ansätze im kantonalen Richteramt.

Höhere Beamtungen, die keine Volks- oder Parlamentswahl erfordern, wären sowohl im Bund als auch in den Kantonen den Frauen zugänglich. Tatsächlich haben aber in Bund und Kantonen aus Traditionsgründen fast ausschliesslich Männer diese Posten inne, und nur einige wenige Juristinnen sind im höheren Bundesdienst beschäftigt. Nach den Ergebnissen einer Personalerhebung vom 1. Oktober 1952 waren in der Eidgenössischen Verwaltung 36 weibliche Personen in einer über der Kanzlistin stehenden Gehaltsklasse eingereiht.

Ausser der besoldeten Beamtung kennen sowohl die Eidgenossenschaft wie auch die Kantone ständige Kommissionen, deren Mitglieder ehrenamtlich fungieren. In diesen Kommissionen finden wir auch einige Frauen, so z. B. in der Schul-, der Hygiene- und der Filmkommission.

Seit einigen Jahren pflegt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement auch Frauen als Vertreterinnen von Frauenverbänden und Konsumenten in ihre Kommissionen zu berufen.

Wo keine besonderen Wahlerfordernisse bestehen, sind die Frauen unter dem gleichen Rechte wie die Männer zu den Staatsstellen zugelassen. Dagegen kann bei den weiblichen Staatsangestellten die Heirat als wichtiger Grund für die Umgestaltung oder Auflösung des Dienstverhältnisses geltend gemacht werden.

Zwischen dem Prozentsatz des in eidgenössischen öffentlichen Diensten und demjenigen in kantonalen öffentlichen Diensten stehenden weiblichen Personals besteht zu gunsten des letzteren ein grosser Unterschied. Dieser rührt davon her, dass zum Bundespersonal die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Verkehrsanstalten und Militärstätten gehören, wo verhältnismässig wenig Frauen arbeiten, während die zum kantonalen Dienstbereich zählenden Kranken-, Schul- und anderen Anstalten mehr Frauen beschäftigen.

B. Der Bund

Obwohl die Posten beim Zoll, bei Bahn, Schiff und Flugzeug, Post, Telephon und Telegraph zu den traditionellen Männerberufen gehören, beschäftigen sie doch mehr weibliche Angestellte als die engere Bundesverwaltung. Nur ein Zehntel der vom Bund beschäftigten Angestellten sind Frauen, während die Frauen ein Drittel der in der privaten Wirtschaft unselbständig Erwerbenden stellen.

1. Bahn, Schiff und Flugzeug.

Es liegt in der Natur des Bahnbetriebes, dass er den Frauen nur wenige Arbeitsmöglichkeiten bietet — in erster Linie als Barrièrenwärterinnen, Haltestellenvorsteherinnen, Stewardessen und Büroangestellte.

Der Beruf der Barrièrenwärterin wird nur selten gebührend beschrieben. Es ist auch ein Beruf, den man im Gegensatz zu anderen nicht in jahrelanger Lehrzeit erlernen kann. Disziplin, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Exaktheit gelten als Eigenschaften, welche man von der Barrièrenwärterin erwarten muss. Über die Gefahren dieses Berufes äusserte sich eine Schrankenwärterin einmal dahingehend, dass sie bei ihrer Tätigkeit stets mit einem Bein im Grabe und mit dem anderen im Gefängnis stehe. Auch hat sich schon manche Barrièrenwärterin durch das feuchtkalte Wetter gesundheitliche Schädigungen zugezogen.

Der Stewardessenberuf übt auf junge, unabhängige Mädchen einen besonderen Reiz aus. Ähnlich wie der Hoteldienst fordert dieser Beruf Sprachenkenntnisse, ein freundliches und zuvorkommendes Wesen, Gewandtheit, Unerschrockenheit und Hilfsbereitschaft. Die Flugstewardess kann ihren Beruf in der Regel nicht lange ausüben, denn die vielen Höhendifferenzen wirken sich häufig gesundheitschädigend aus.

2. Post, Telegraph und Telephon.

Bis vor kurzem wurden bei der Post die Schalterbeamtinnen noch als Ersatz betrachtet. Heute aber, 11 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, haben sich die Postgehilfinnen immer mehr eingebürgert. In der engeren Postverwaltung beschäftigt man z.B. auch Bürogehilfinnen für Kanzleiarbeiten, Buchhaltungskontrolle und Revisionsdienst. Auf der Oberpostkontrolle und dem Postscheckinspektorat besorgen weibliche Angestellte das Einstellen der Postanweisungen, die Einzahlungsmaschine und die Zahlungsanweisungen nach Alphabet, Nummer, Postkreis und Land. Ferner obliegt diesen Gehilfinnen die Rechnungsprüfung, die Währungsfrankatur und die Unterschriftenkontrolle.

Die Arbeit der Telegraphistin setzt sich aus Schalterdienst, Apparatendienst und der Vermittlung von Telegrammen per Telephon, Rohrpost oder Fernschreiber zusammen. Von ihr wird daher das Beherrschen von zwei bis vier Hauptsprachen, Kenntnis der Geographie, Gewandtheit im Rechnen, normale Hör- und Sehkraft und Maschinenschreiben verlangt. Die Telegraphistin wie die Telephonistin hat eine sehr unregelmässige Arbeitszeit. Der Ausbau des Telephonwesens brachte dem Telegraphendienst einen starken Betriebsrückgang, was sich in einer verringerten Nachrekrutierung von Personal auswirkte.

Vor allem bietet heute der Telephonbetrieb den Frauen ein vielseitiges Arbeitsfeld, wenn auch die Automatisierung des Telephonnetzes die verfügbaren Arbeitsplätze eher stagnierte als ausweitete. Neben dem technischen Personal finden wir auch viele Bürogehilfinnen und Angestellte für den Telephonfernverkehr, das Auskunfts- und Meldewesen. Eine angenehme Stimme, ein aufgewecktes Wesen und eine gute Allgemeinbildung sind die wichtigsten Anforderungen, welche an eine Telephonistin gestellt werden müssen.

Die Tätigkeit der Frau bei Post, Telegraph und Telephon wurde hier etwas ausführlicher beschrieben, um zu zeigen, an welchen Schlüsselpunkten der Wirtschaft heute überall Frauen eingesetzt werden. Wenn sie auch hier wieder meist nur als stille Hilfskräfte erscheinen, erweisen sie sich doch als unentbehrlich und tragen durch ihre Arbeit zum reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Apparates bei.

3. Die engere Bundesverwaltung.

Auch die Eidgenössische Zentralverwaltung beschäftigt weibliches Personal. Die Frau wird insbesondere in jenen Gebieten zugelassen, wo es sich um die Wahrung der Interessen von Frauen und Kindern handelt, deren sich vor allem das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (B. I. G. A.) annimmt. So kommen für die Fabrikaufsicht (Eidg. Fabrikinspektorin), die berufliche Ausbildung der Mädchen, den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, für die Fragen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge, Beamtinnen in Betracht. Daneben besteht noch ein zahlenmässig unbedeutender Stab von Bürogehilfinnen.

C. Die Kantone und Gemeinden

Mit dem Ausschluss aus dem politischen Leben bleibt der Frau der Zugang zu vielen höheren Posten versagt. Trotzdem amten da und dort auf Grund gewohnheitsrechtlicher Übung Frauen im Lehr- und Fürsorgeberuf oder auf Grund ausdrücklich gesetzlicher Festlegung in der gewerblichen Schiedsgerichtsbarkeit, der Jugendrechtspflege und neuerdings auch im Richteramt.

In letzter Zeit werden, wie einleitend erwähnt, die Frauen auch zu gewissen kantonalen Kommissionen zugezogen. Bei der Wahl in diese Kommissionen, welche übrigens allein von Männern vorgenommen wird, entscheidet oft die Parteizugehörigkeit. Dies ist wohl auch mit ein Grund, weshalb sich einige Frauen der sozialistischen Partei anschliessen — von dort aus besteht die Möglichkeit, für ein Amt vorgeschlagen zu werden. Andererseits begegnet man auch zahlreichen äusserst begabten Frauen, denen der Beitritt zu einer Partei aus rein ambitiösen Gründen zuwider ist.

In der kantonalen und der Gemeindeverwaltung verteilen sich die Frauen hauptsächlich auf drei Gebiete: öffentliche Verwaltung, Unterricht und Wissenschaft und Gesundheitspflege, in Verbindung mit anderen sozialen Funktionen.

1. Die öffentliche Verwaltung.

Bürogehilfinnen, Sekretärinnen und Kanzlistinnen stellen das Hauptkontingent der in der öffentlichen Verwaltung tätigen Frauen. Dass die Frau auch als Richterin und Gerichtsschreiberin neuerdings zugelassen wird, dünkt uns selbstverständlich, denken wir doch in erster Linie an die zahlreichen Prozesse familienrechtlicher Natur,

wie Ehescheidungen, Vaterschaftsprozesse etc., und an die Gebiete des Strafrechtes, wie Kindestötung, Pflegekindermissbrauch, Heiratswindel etc.

In neuester Zeit werden die Frauen auch im staatlichen Polizeiwesen als Polizeiassistentinnen zugezogen. Diese Neuerung ergab sich als Forderung des modernen Polizei- und Gerichtswesens, dessen Ziel nicht nur die Erfassung und Strafverfolgung des Verbrechens ist, sondern auch die Verhütung von Verbrechen und Gesetzesübertretungen.

In gewissen Ämtern, wie z. B. dem Arbeitsamt und dem Gewerbeinspektorat begegnet man manchmal weiblichen Beamten. Dem Gewerbeinspektorat ist die Durchführung der Arbeiterschutz-, Gewerbe- und Lehrlingsschutzgesetzgebung übertragen. Die Basler kantonale Schutzgesetzgebung setzte um die Jahrhundertwende mit dem Arbeiterinnen- und dem Lehrlingsschutzgesetz ein. Zu den wichtigsten kantonalen Gesetzen dieser Art zählen ferner das Arbeitszeitgesetz, das Ferien- und das Wirtschaftsgesetz. Das Gewerbeinspektorat ist mit der Überwachung dieser Gesetze und mit dem Vollzug von eidgenössischen Gesetzen, wie dem Fabrikgesetz, dem Bundesgesetz über die wöchentliche Ruhezeit, dem Heimarbeitsgesetz, dem Berufsbildungsgesetz und der Arbeitslosenfürsorge betraut.

Am Basler Gewerbeinspektorat ist neben einigen Sekretären auch eine Sekretärin tätig. Die gesetzliche Grundlage ihrer Arbeit bildet das Arbeiterinnenschutzgesetz, das die Anstellung einer Beamtin verlangt. Die Hauptaufgabe dieser Sekretärin ist die Aufsicht über die Lehrtöchter und deren Lehrverhältnisse. Dabei handelt es sich sowohl um kaufmännische wie auch um gewerbliche Lehrtöchter. Als weitere Arbeit liegt dieser Beamtin ob, über die Hausdienstverhältnisse sowie über die Anwendung von Gesamtarbeitsverträgen Auskunft zu erteilen, so dass sich für diese Beamtin eine äusserst vielseitige Tätigkeit und ein reger Kontakt mit den Auskunftsuchenden ergibt.

2. Unterricht und Wissenschaft.

Der Lehrberuf bildet unbestreitbar einen der wichtigsten Berufe im öffentlichen Dienste. Da das Schulwesen nach Artikel 27 der Bundesverfassung den Kantonen überlassen bleibt, stellt die Lehrerschaft an den öffentlichen, kantonalen Schulen einen Teil des kantonalen Beamtenapparates dar. Von insgesamt rund 30 500 Lehrkräften waren 1950 13 000 Lehrerinnen. Zudem wurden noch ca. 2 250

Kindergärtnerinnen erfasst. Die Erziehung und Betreuung der Kleinsten im Kindergarten sowie der Primarschulunterricht waren schon lange weiblichen Lehrkräften anvertraut. Anfänglich durften solche nur an den unteren Mädchenschulen unterrichten. Mit der Zeit erschloss man den Lehrerinnen auch die gemischten und die höheren Schulen, und heute begegnet man sogar vereinzelt Hochschuldozentinnen. An den gewerblichen Berufsschulen, den Erziehungsanstalten und den Haushaltungsschulen hat man den Frauen ebenfalls ein ausgedehntes Arbeitsfeld geschaffen.

Die Lehrerin ist häufig, vor allem in ländlichen Bezirken, dazu gezwungen, an einem anderen Orte als dem elterlichen Wohnsitze zu leben und daher einen eigenen Haushalt zu führen. Dieser Umstand trägt viel dazu bei, den Eindruck der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit zu erwecken. Während das neue Beamtenengesetz bei der Besoldung von Sekretären, Assistenten, kantonalen Fürsorgern etc. zwischen männlichen und weiblichen Angestellten offiziell keinen Unterschied mehr macht, hat die Angestelltenbehörde des Kantons Basel-Stadt die Kompetenz, die Lehrerinnen in eine niedrigere Besoldungsklasse einzureihen und ihnen weniger Pflichtenstunden zuzuteilen, obwohl ihre Ausbildung die gleiche wie bei den Lehrern zu sein hat. Übrigens verlängert sich die Ausbildungszeit hier wie in allen anderen Berufen ständig, so dass eine Überalterung der Kandidaten, insbesondere der der Oberstufe, festzustellen ist. Die Verlängerung der Ausbildung verschiebt aber auch das Verhältnis von Lebens- und Dienstalter; d. h. sie wirkt sich in kleineren Gehältern und Pensionen aus. Zudem wird in vielen Gemeinden die Lehrerin bei ihrer Heirat zur Aufgabe des Berufes gezwungen. Hier muss man sich allerdings fragen, ob diese Vorschrift angemessen erscheint, denn gerade eine Gattin und Mutter versteht es in der Mehrzahl der Fälle aus eigener Erfahrung besser, sich in die ihr anvertrauten, jungen Menschen hineinzusetzen. Eine Norm wollen wir hier aber nicht aufstellen, denn es gibt auch Mütter, die absolut kein Verständnis für Kinder aufbringen und andererseits begegnet man ledigen Frauen, die geradezu für die Kindererziehung praedestiniert erscheinen. Der Lehrberuf fordert vor allem Einsatz der ganzen Person, pädagogische Begabung und Verständnis der menschlichen Natur. Eine Lehrerin ist verpflichtet, sich stets weiterzubilden und sich mit den verschiedensten Gebieten des Alltags zu befassen, um ihren Schülern Rede und Antwort stehen zu können. In ihrer Freizeit tragen die Lehrerinnen durch eigene, unbezahlte Arbeit viel an den freiwilligen, sozialen Werken der

Schweiz bei. Am häufigsten wird die Mitarbeit bei der *Pro Juventute*, den Frauen- und Frauenstimmrechtsvereinen, der Tuberkulose- und der allgemeinen Fürsorge genannt. Vielfach werden ferner Vormundschaften durch Lehrerinnen übernommen. Zweifellos ist also das Lehramt eine der bedeutendsten Aufgaben der Frau.

Bibliothekarinnen, Hochschuldozentinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Museumssekretärinnen und Angestellte der wissenschaftlichen Institute und Laboratorien werden ebenfalls in die Reihen der kantonalen Angestelltenschaft eingereiht. Teilweise werden wir noch im Abschnitt VI dieses Kapitels auf einige dieser Berufe zurückkommen.

3. Die Gesundheitspflege.

Das Personal der öffentlichen Spitäler und Anstalten, die Krankenschwestern, Röntgenassistentinnen, Zahnarztgehilfinnen, Laborantinnen zählen in der Hauptsache zu dem, was wir unter der Angestelltenschaft der Gesundheitspflege verstehen. Der Natur der Frau entspricht im allgemeinen das Bedürfnis, ihren Mitmenschen zu helfen und sie zu pflegen. Die Pflege von Kranken, Schwachen und Verwundeten war daher von jeher den Frauen anvertraut, obwohl eigentlich erst die christliche Ära den Krankenpflegerinnenberuf, welcher vom ärztlichen unterschieden wurde, geschaffen hat.

Aus dem religiösen Ursprung des Berufes erklärt sich, dass es heute noch viele private, konfessionell ausgerichtete Spitäler gibt, in welchen Nonnen oder Diakonissinnen pflegen. Da dieser Beruf aber grosse körperliche und menschliche Anforderungen stellt und keine entsprechende materielle Entschädigung bietet, gehört er zu den Mangelberufen.

Auch die Fürsorgerin übt eine anspruchsvolle Tätigkeit aus. Frauen können, wenn sie innerlich bereit sind, am Schicksal ihrer Mitmenschen unaufdringlich teilnehmen, denn ihr starkes Einfühlungsvermögen erlaubt es ihnen, aus Schwierigkeiten heraus intuitiv den richtigen Ausweg zu bahnen. Der Beruf der Fürsorgerin ist eng mit dem Wohlfahrtsstaat verknüpft. Er kommt aber auch in der privaten Wirtschaft vor¹³.

Selbst die öffentliche Verwaltung kommt also nicht mehr ohne weibliche Mitarbeit aus. Allerdings wird man noch umlernen müssen, um die Frauen ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechend zu bewerten.

¹³ Siehe auch unter Abschnitt II die Bemerkungen über die Fabrikfürsorgerin.

Das neue Eidgenössische Beamtengesetz vom 29. Januar 1954 macht keinen offiziellen Unterschied mehr zwischen den weiblichen und den männlichen Beamten, so dass die Aussicht besteht, auch in der Praxis einmal niemanden mehr begegnen zu müssen, welcher seinem gleichbegabten Studienkollegen in Rang und Entgelt untergeordnet wird, nur weil es sich um eine Frau handelt.

VI. Freie Berufe

A. Die Wissenschaft

Im Jahre 1868 liess die Hochschule von Zürich als erste Schweizer Universität einige junge Mädchen zum Studium zu. Fräulein Marie Vögtlin, die nachmalige Gattin des berühmten Geologen Albert Heim, war die erste Schweizer Studentin und zugleich die erste Medizinerin des Landes. Von diesem Zeitpunkt an nahmen nach und nach auch die anderen Schweizer Universitäten Studentinnen auf. Genf öffnete 1872 den Frauen seine Alma Mater, Bern im Jahre 1873, Neuchâtel folgte 1878, Basel und Lausanne 1890, während Fribourg die Frauen 1901 zuerst nur für bestimmte Fakultäten und dann 1905 für alle, mit Ausnahme der theologischen, zuliess.

Wenn auch die Schweiz eines der ersten Länder war, das den Frauen den Zutritt zu den Universitäten ermöglichte, kann man daraus doch keineswegs schliessen, dass die Akademikerin bei uns eine privilegierte Stellung einnimmt. Es besteht leider zwischen der fortschrittlichen Haltung, welche die Zulassung zu allen Hochschulen erwirkte, und den zugebilligten Wirkungskreisen immer noch ein erstaunlicher Kontrast, für den die verschiedensten Gründe angegeben werden:

1. die oekonomische Situation der Schweiz, welche den Männern die Konkurrenz der Frauen fernhalten will,
2. der Konservatismus,
3. das Vorurteil von der Unvereinbarkeit der Ehe mit der Berufsarbeit der Akademikerin.

Die Frauen in den höheren Berufen nehmen ihre Tätigkeit meist nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen auf, sondern sie wählen ihren Beruf aus Neigung und Eignung. Daher üben viele verheiratete Frauen den Beruf, für den sie ein langwieriges Studium aufgewendet haben, auch weiterhin aus. Meist hält sie dieser Beruf nicht den ganzen Tag von zuhause fern, so dass die Familie nicht unter der Berufstätigkeit der Gattin und Mutter zu leiden hat. Oft

kann sich die Akademikerin auch eine Haushalthilfe leisten. Gerade durch die Berufstätigkeit der akademisch gebildeten Ehefrau kann das Familienleben noch eine Vertiefung erhalten, und für viele junge Menschen bedeutet es einen grossen Vorteil, eine aufgeschlossene Mutter zu haben, mit der man über alles reden kann.

Das Hochschulstudium selbst, wie auch die Vorbereitungen dazu, verlangen körperlich gesunde und widerstandsfähige Mädchen, deren Intelligenz auch über dem Durchschnitt liegen sollte. Sie müssen zum logischen, klaren Denken und zur beharrlich ausdauernden Arbeit fähig sein. Die Voraussetzung für das Studium bildet die bestandene Maturität oder für einzelne Berufe ein Primarlehrerpatent.

Besitzt es ein solches Zeugnis, so kann sich ein Mädchen heute bei allen Fakultäten der Schweizerischen Universitäten und bei allen Abteilungen der Eidgenössischen Technischen Hochschule einschreiben. Da die Mehrzahl der Studentinnen der philosophisch-historischen Fakultät angehören, Literaturwissenschaft, alte und neue Sprachen, Geschichte und Kunstgeschichte, Philosophie und vereinzelt Volkswirtschaft studieren, widmen sie sich später mit Vorliebe dem Unterricht, dem Journalismus oder dem Bibliothekswesen. Auch die Medizin ist bei Mädchen ein beliebtes Studienfach, und in den meisten Fällen spezialisieren sie sich später als Kinder- oder Frauenärztinnen. Ausserdem gibt es eine ganze Reihe selbständiger und unselbständiger Zahnärztinnen. Die Naturwissenschaften erfreuen sich ebenfalls regen weiblichen Interesses. So begegnen wir z. B. in den meisten Apotheken Apothekerinnen, woraus sich schliessen lässt, dass sich die Frau besonders für den Pharmacieberuf eignet. Physik, Chemie, Biologie, Zoologie u. a. m. werden immer mehr als Studienfächer von den Studentinnen bevorzugt, während die Mathematik sich nur eines kleinen weiblichen Zustroms erfreut. Die meisten naturwissenschaftlichen Fächer führen die Studentinnen, ähnlich wie die philosophisch-historischen Gebiete, dem Lehrerberuf zu. Doch bieten wissenschaftliche Institute und industrielle Unternehmen den Akademikerinnen ebenfalls ein dankbares Wirkungsfeld. Das Studium der Jurisprudenz zieht wegen seiner vielseitigen Verwendbarkeit relativ viele Studentinnen an, obgleich sich nur deren kleinster Teil später als Advokatinnen etabliert.

Das Recht der Frau auf freie Erwerbstätigkeit erstreckt sich wohl auf alle wissenschaftlichen Berufsarten. Doch sind die Kantone befugt, die Ausübung solcher Berufe ausser von den polizeilichen

Erfordernissen zum Schutze der Allgemeinheit auch noch vom Befähigungsausweis abhängig zu machen. Erhebt der Staat eine Tätigkeit zu einer amtlichen, wozu er aus Gründen des öffentlichen Wohls befugt ist, fällt diese Tätigkeit aus dem Rahmen der Handels- und Gewerbebefreiheit. Der Staat entscheidet also frei, ob er auch Personen weiblichen Geschlechts zulassen will oder nicht. 1898 erlangte z. B. im Kanton Zürich die erste Advokatin Zutritt zu den Gerichten, worauf die anderen Kantone bald in dieser Beziehung nachfolgten. Ursprünglich verlangte man zur Rechtsvertretung vor Gericht das Aktivbürgerrecht. Dann aber glaubte man die Zulassung von weiblichen Rechtsvertretern damit begründen zu dürfen, dass die Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in sozialer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Frauen dazu genötigt habe, ihre Tätigkeit auf zusätzliche Gebiete auszudehnen, welche ehemals den Männern reserviert gewesen waren. Mit der Zeit kam man deshalb zur Erkenntnis, dass die Frau sowohl die intellektuellen als auch die moralischen Fähigkeiten zur korrekten Ausübung des Anwaltsberufes besitzt, und dass ihr Ausschluss mit der Handels- und Gewerbebefreiheit unvereinbar ist.

Es ist einigermassen begreiflich, dass es noch relativ wenige Theologinnen gibt, obwohl der Stand der Pfarrhelferinnen immer mit weniger Schwierigkeiten und Vorurteilen kämpfen muss. Die Frau ist eigentlich vom Pfarramt in allen Kantonen noch von Gesetzes wegen ausgeschlossen, doch hat sich die Praxis über diese Einschränkung hinweggesetzt.

Ein Beruf, für den die Frauen in mancher Beziehung geeignet scheinen, ist der einer Architektin. Allerdings haben sich bis heute nur ganz wenige Frauen dazu entschieden, was bedauerlich ist, zumal die Frau dank ihrem Sinn für Innenausstattung, praktische Einteilung und häuslicher Erfahrung in architektonischer Hinsicht bestimmt Wertvolles zu leisten imstande ist. Vielleicht scheuen aber die Frauen die mathematisch-technischen Anforderungen, die dieser Beruf stellt.

B. Die Kunst

Für einen künstlerischen Beruf entscheidet die überdurchschnittliche Begabung. In der Regel wird dann der Besuch der Kunstakademie, des Konservatoriums oder einer Schauspielschule in Frage kommen. Jede Zeitepoche und jedes Land bilden ihr eigenes künstlerisches Schaffen aus.

Im Beruf des Zeichners, Graphikers, Malers, Bildhauers, Schauspielers, Musikers, Sängers, Tänzers, Komponisten, Schriftstellers, Dichters, sieht man künstlerische Tätigkeiten. Es fällt allerdings schwer, den Bereich der künstlerischen Berufe zu bestimmen und etwa vom Kunstgewerbe abzugrenzen. Man kann deshalb keinen genauen Aufschluss über die Anzahl der Schweizer Künstler erhalten. Eine Eigenart unserer Schriftstellerinnen z. B. ist ihre behutsame Durchdringung eines begrenzten Stoffes, ihre stille, feine Beschreibung der Natur der Schweiz, der Familien und der Traditionen und ihre hervorragende Begabung, durch den Jugendroman die jungen Menschen zu fesseln und anzuregen. (Maria Waser, Lisa Wenger, C. Ines Loos, Ida Frohn Meyer, Johanna Spyri u. a. m.).

Gerade durch die Kunst erfährt man, wie vielen verschiedenen Einflüssen unser Land offen steht, zumal auch die französischen, italienischen und romanischen Sprach- und Wesensgebiete ihren eigenen Charakter ausbilden.

In den letzten Jahren scheinen die Schweizer Mädchen von den Ausbildungsmöglichkeiten in Wissenschaft und Kunst vermehrt Gebrauch zu machen. Die freien Berufe gelten zwar oft als überfüllt, und doch gibt es noch immer verhältnismässig wenige Frauen, die sie ausüben. Wirtschaftlich gesehen bieten sie übrigens recht unterschiedliche Vorteile, und nicht selten überwiegt das Einkommen in keinem Masse die aufgewendeten Ausbildungskosten.

VII. Hausdienst und private Pflegeberufe

A. Allgemeine Bemerkungen

Obwohl sich der Hausdienst und die Pflegeberufe für die weibliche Erwerbstätigkeit gut eignen, werden sie immer mehr von den Schweizerinnen gemieden und sind deshalb zu Mangelberufen geworden. Materieller Wohlstand, Unabhängigkeit und reichliche Freizeit sind Vorteile, welche die meisten jungen Mädchen erwarten, was jedoch die genannten Berufe heute noch nicht zu bieten vermögen.

B. Der Hausdienst

1. Die Hausangestellte.

Das Hausangestelltenproblem ist nicht aus der Berufsarbeit an sich entstanden, die vielseitig, abwechslungsreich und nützlich ist,

sondern aus dem Vergleich mit den anderen Erwerbsgebieten, in denen fortschrittlichere Arbeitsverhältnisse herrschen. Auf Arbeitgeber-, wie auch auf Arbeitnehmerseite muss ein tiefgreifender, psychologischer Entwicklungsprozess vor sich gehen, bevor jene Beziehungen geschaffen sind, welche den heutigen Arbeitsverhältnissen entsprechen. Während z. B. eine Fabrikarbeiterin bei einem Stellenwechsel an der neuen Arbeitsstätte mit den ungefähr gleichen Arbeitsbedingungen rechnen kann, muss sich die Hausangestellte mit einem grossen Spielraum zwischen guten und schlechten Arbeitsplätzen abfinden. In der Regel fällt es den jüngeren Hausangestellten leicht, wieder eine zusagende Stelle zu finden, während die älteren mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Zu den Nachteilen des Hausangestelltenberufes zählen eine beschränkte Freizeit, eine beschränkte Selbständigkeit, eine verhältnismässig geringe Entlohnung und leider immer noch eine wenig angesehene Position. Deshalb finden wir in diesem Beruf auch viele Ausländerinnen, während sich die Schweizer Mädchen anderen Berufszweigen zuwenden. Trotzdem scheint es, als werde der Hausangestelltenberuf in Zukunft ein höheres Ansehen erringen, da der Mittelstand immer mehr auf die Haushalthilfe verzichten will und muss, so dass die Knappheit des Angebotes an Arbeitskräften einerseits und die wenigen, jedoch gut bezahlten Hausstellen andererseits, zur Hebung des Hausangestelltenstandes führen könnten.

Der Hausangestelltenberuf zeigt die neue Entwicklung an: immer mehr arbeits- und zeitsparende Haushaltsapparate werden angeschafft, der Wohnraum und die Mahlzeiten werden eingeschränkt und der Lebensstandard mit Auto, Radio, Motorrad, Ferien etc. erhöht, so dass für eine Haushalthilfe weder genügend Verwendung, noch Wohngelegenheit vorhanden sind. Zudem verteuern die obligatorischen Sozialversicherungen das Halten eines Dienstmädchens, weshalb man es vielfach auch aus diesem Grunde vorzieht, sich mit einer Stundenfrau zu behelfen.

2. Die Hausbeamtin.

Die Hausangestellte ist eine einer Hausfrau unterstellte Haushalthilfe, die Hausbeamtin jedoch anordnende Leiterin. Diesen Beruf wählen jene Mädchen, welche über ein praktisches, selbstständiges Denken, über Organisationstalent, gute sprachliche Ausdrucksmöglichkeiten, ein heiteres Temperament, Selbstvertrauen, Autorität und über eine gute Beobachtungsgabe verfügen.

Die eigentliche Berufsausbildung beginnt im 18. Altersjahr und erfasst alle Hausarbeiten, wie Kochen, Waschen, Glätten, Krankenpflege und Gartenbau.

Auch der Hausbeamtenberuf ist immer noch ein Mangelberuf, obwohl die Entschädigungen im allgemeinen verlockend erscheinen.

3. Die Wasch- und Stundenfrau.

Wenn man bedenkt, dass rund ein Fünftel der Wasch- und Stundenfrauen und der weiblichen Hauswarte über 64 Jahre alt sind, darf man wohl mit Recht diese Berufe als Schicksalsberufe bezeichnen, zumal die meisten dieser Berufsangehörigen verwitwet oder geschieden sind.

Ähnlich wie beim Hausangestelltenberuf beschränkt auch hier die Anschaffung von arbeits- und zeitsparenden Haushaltmaschinen die Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze. Jedoch werden gerade dort, wo man sich früher einer ständigen Haushalthilfe bediente, heute Stundenfrauen eingesetzt, was dann wieder den Ausfall an anderen Arbeitsplätzen wettmacht.

Die Entlohnung der Wasch- und Stundenfrauen ist recht unterschiedlich, und bis heute bestehen ausser für die Grenzgängerinnen und die staatlichen Hilfskräfte keine festen Lohnvorschriften. Lediglich für die Ruhe-, Ferien- und Arbeitszeit findet man in der Mehrzahl der Kantone durch Normalarbeitsverträge festgesetzte bindende Bestimmungen.

C. Die Pflegeberufe

Die staatliche Gesundheitspflege wurde unter Abschnitt V dieses Kapitels bereits besprochen, so dass von den privaten Pflegeberufen wenig mehr zu sagen bleibt.

In der Privatwirtschaft arbeiten vor allem die Hebammen, die privaten Krankenschwestern, Fürsorgerinnen und Hauspflegerinnen. Von Bundes wegen ist für sie alle ein Normalarbeitsvertrag in Kraft gesetzt worden.

Der Hebammenberuf war von jeher eine der Frau zugewiesene Arbeit. Nur sah man früher in ihrer Funktion mehr eine menschliche Hilfe als ein materiell wertbare Berufstätigkeit. Heute steht bei einer Geburt der Arzt im Vordergrund, während die assistierende Hebamme kaum Erwähnung findet.

In den Städten bestehen für die Hauspflegerinnen besondere religiöse und neutrale Vereine, welchen viele Haushaltungen als Mitglieder angehören, wodurch sie im Krankheitsfalle sofortige Pflegehilfe gegen ein kleines Entgelt erhalten können. Diese Einrichtung bewährt sich sehr, denn oft sind die Spitäler überfüllt, und viele ziehen es immer noch vor, im eigenen Bett gepflegt zu werden.

Schlussfolgerungen

Betrachten wir die Stellung der erwerbstätigen Frau in der schweizerischen Wirtschaft, so müssen wir also feststellen, dass der Beruf nur in den allerseltensten Fällen aus wirklicher Berufung ausgeübt werden kann. Die erwerbstätigen Frauen in der Schweiz sind ungemein fleissig, pflichtgetreu und vielseitig, so dass man sie fast in jedem Beruf antrifft; jedoch entfalten sie wenig geschäftliche Initiative, begnügen sich mit untergeordneten Positionen und können deshalb nicht die ihren Leistungen angemessene Anerkennung finden.

Trotz alledem wird deutlich, dass die schweizerische Volkswirtschaft die Frauenerwerbsarbeit qualitativ wie auch quantitativ nötig hat, und wir hoffen, dass die Demokratisierung der Staaten in Verbindung mit der Wirkung der erfolgreichen Anstrengungen für die politische Gleichberechtigung der Frauen diesen mehr und mehr die Schranken öffnet und den Aufstieg in die sogenannten höheren Berufe gestattet. Das Streben der Frauen nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit wird ebenfalls dazu beitragen, den weiblichen Erwerbstätigen begreiflich zu machen, dass ihre Tätigkeit in Wirtschaftsleben für viele von ihnen nicht nur kurze Zeit währt, sondern dass sie oft für das ganze Leben notwendig ist.

2. TEIL

Wirtschaftliche Probleme der erwerbstätigen Frau

4. Kapitel:

Der Stand der Frauenerwerbsarbeit in wirtschaftlichen Notzeiten:

Weltwirtschaftskrise 1929-1936 — Zweiter Weltkrieg 1939-1945

Vorbemerkungen

Bei der Betrachtung aktueller Verhältnisse und Vorgänge besteht immer die Gefahr der Überschätzung nach der einen oder anderen Seite hin. Das Wirtschaftsleben steht nicht still, und wenn wir auch aus den Beispielen der Vergangenheit lernen sollen, können wir doch daraus allein nie für die Zukunft gültige Schlüsse ziehen. Die Weltwirtschaftskrise und der zweite Weltkrieg haben, wie alle wirtschaftlichen Notzeiten, zu natürlichen Korrekturen und neuen Tendenzen geführt. Wenn auch die wirtschaftlichen Faktoren von Krieg und Krise in manchem recht verschieden sind, so haben sie doch ein gemeinsames Merkmal: sie geben zu einer intensiveren Staatsintervention in das Wirtschaftsleben Anlass. Aus diesen Gründen scheint es besonders fruchtbar, den Stand der Frauenerwerbsarbeit für die Schweiz in diesen beiden Notzeiten näher zu untersuchen.

I. Die Weltwirtschaftskrise 1929—1936

A. Allgemeine Bemerkungen

Die moderne kapitalistische Wirtschaft verläuft, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, im steten Wechsel von Aufschwung und Depression. Man bezeichnet diese wirtschaftliche Bewegung als Konjunkturzyklus und versteht darunter eine in der Regel den

gesamten Wirtschaftsprozess ergreifende Erscheinung. Kein Konjunkturzyklus ist eine gleichförmige Wiederholung des vorhergehenden, und jeder Zyklus hat seine Eigentümlichkeiten. Die moderne Konjunkturforschung ist auch nicht mehr sicher, ob man überhaupt von einer Periodizität der Zyklen sprechen darf. Obwohl keine Krise der andern völlig gleicht, lassen sich doch an jeder Depression gewisse, immer wiederkehrende Merkmale feststellen: es sinken die Konsumation, die Produktion, das Volkseinkommen, die Rohstoffpreise, der Zinsfuss, und — was an dieser Stelle interessiert — es sinkt der Beschäftigungsgrad.

Die kapitalistischen Staaten sehen sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, Massnahmen zur Milderung der zyklischen Schwankungen des Wirtschaftsablaufes zu treffen, um in erster Linie die folgenschwere Arbeitslosigkeit abschwächen zu können. Die neueste Beschäftigungstheorie schlägt im Anschluss an die Keynes'sche makroökonomische Vollbeschäftigungstheorie „globale“ Massnahmen vor. „Doch für die Schweiz sind solche ‚globale‘ Lösungen nicht immer leicht durchführbar, da die Eidgenossenschaft gegenüber dem vordringenden Etatismus und Zentralismus nicht nur die Freiheit des Individuums, sondern auch die Freiheit und Rechte des Kantons zu wahren hat, und infolgedessen die Zentralgewalt auf die mehr oder minder freiwillige Mitwirkung von mehr oder minder autonomen Körperschaften zur Durchführung ihrer Politik angewiesen ist“¹⁴.

B. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die schweizerische Arbeitsmarktpolitik

Im Herbst 1929 trat die Weltwirtschaftskrise mit den Kurszusammenbrüchen an den Effekten- und Warenbörsen in den USA sichtbar in Erscheinung. Sie griff immer weiter um sich und zog allmählich auch die Schweiz in Mitleidenschaft. Zu Beginn der Krise stand unser Land insofern günstig da, als es während der Hochkonjunktur 1928/29 nicht nur keine nennenswerte Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften aufwies, während in einigen anderen Ländern die Arbeitslosigkeit bereits zu Dauererscheinungen geworden war. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage beschränkte sich zunächst auf die Exportindustrien und griff erst verhältnismässig spät auf die Inlandwirt-

¹⁴ Salin, S. 9 Einleitung zur „Vollbeschäftigung“.

schaft über. Betroffen wurde zuerst die Uhrenindustrie, etwas später einzelne Zweige der Textilindustrie und im Jahre 1931 auch die Metall- und Maschinenindustrie.

Erst der erste Weltkrieg hat die Voraussetzungen für eine staatliche Krisenpolitik geschaffen. Die damalige Kriegswirtschaft schlug die erste Bresche in die bisherige liberale Wirtschaftsverfassung und wurde so zur Wegbereiterin einer Entwicklung, deren Früchte erst in der Weltwirtschaftskrise zur Reife kamen. Der schweizerische Arbeitsmarkt hatte sich nämlich im 19. Jahrhundert ohne staatliche Eingriffe gestaltet. Unter dem Einfluss des offenen Weltmarktes und der liberalen Wirtschaftstheorie entwickelte sich die schweizerische Wirtschaft von einer vorwiegend kleinbäuerlichen zu einer vermehrt industriellen. Ein Eingriff des Staates in den Arbeitsmarkt, eine eigentliche Arbeitsmarktpolitik, war nicht notwendig. Wenn in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in den einzelnen Kantonen trotzdem Arbeitsämter entstanden, so geschah dies im wesentlichen aus sozialpolitischen Überlegungen. Das Gemeinwesen wollte den Arbeitssuchenden beistehen und sie vor der Ausbeutung durch private Vermittler schützen.

Diese Haltung änderte sich mit der Weltwirtschaftskrise. 1931 wurde ein dringlicher Bundesbeschluss über die Krisenmassnahmen gefasst, 1936 kam der Bundesbeschluss über die Krisenbekämpfung und die Arbeitsbeschaffung zustande und 1947 erhielt auch die schweizerische Bundesverfassung neue Wirtschaftsartikel, nachdem sich während der Krisen- und Kriegsjahre gezeigt hatte, dass die schweizerische Wirtschaft vermehrten staatlichen Schutzes bedurfte.

Der Staat kann im allgemeinen den Arbeitsmarkt von zwei Seiten her beeinflussen, nämlich von der Angebots- und von der Nachfrageseite. Die Angebotsseite wird durch die Unterstützung der Arbeitsnachweisstellen, durch die Regelung der Berufsbildung (Weiterbildung, Umschulung oder Anlernung) und der Arbeitszeit und durch die Kontrolle der ausländischen Arbeitskräfte beeinflusst.

Die Beeinflussung der Nachfrage erfolgt durch staatliche Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft. So wurde z. B. in der Weltwirtschaftskrise die Höhe der als produktive Arbeitslosenfürsorge eingeführten Exportzuschüsse nach der voraussichtlichen Ersparnis an Arbeitslosenunterstützungsgeldern berechnet (= Exportrisikogarantie der Unternehmer). Ferner konnte die Schweiz Notstandsarbeiten veranlassen.

C. Die Frauenerwerbsarbeit in der Schweiz während der Weltwirtschaftskrise

1. Die Beschäftigungslage.

Es ist äusserst schwierig, das Verhalten der erwerbstätigen Frauen während der Krise eindeutig festzustellen. Auf der einen Seite wird behauptet, die Frauenerwerbsarbeit werde durch die Krise stärker in Mitleidenschaft gezogen, weil es sich bei ihr in der Hauptsache um an- und ungelernte Arbeitskräfte handelt, auf die man bei einem Konjunkturrückgang eher verzichten kann. Andererseits betont man immer wieder, dass in der Krise der Arbeitsmarkt für die Frauen verhältnismässig günstig sei, da die weiblichen Arbeitskräfte zu billigeren Löhnen arbeiten und sich rascher umschulen lassen. Die Arbeitslosenstatistik der Weltwirtschaftskrise bestätigt diese letztere Hypothese.

Tabelle 9

Stellensuchende im Jahresdurchschnitt

	Männer	Frauen
	absolute	absolute
Jahr	Zahl	Zahl
1929	5 717	2 414
1930	8 971	3 910
1931	17 389	6 819
1932	42 257	12 109
1933	55 871	11 996
1934	55 641	9 799
1935	72 901	9 567
1936	84 162	8 847
1937	65 271	5 859
1938	59 417	6 166
1954	3 580 *	749 *
1955	2 252 *	461 *

* im Jahresdurchschnitt.

Die Statistik vermittelt — unter einem Vorbehalt — ein gutes Bild über die Entwicklung des Arbeitsmarktes: die starke Zunahme der Stellensuchenden hängt nicht nur mit der krisenhaften Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zusammen, sondern sie muss

z. T. auch auf die bessere Erfassung der Arbeitslosen durch die Arbeitsämter zurückgeführt werden. Der Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises, besonders aber auch die starke Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung, hat in den letzten Jahrzehnten die Erfassungsmöglichkeiten verbessert.

Tabelle 9 zeigt, dass sich während der Weltwirtschaftskrise die Arbeitsmarktlage für Männer und Frauen recht unterschiedlich entwickelt hat. Da ein Teil der Berufsgruppen, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt werden, wie z. B. die Landwirtschaft, die Hauswirtschaft, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, das Gastgewerbe, weniger stark von der Krise betroffen wurde, war die Arbeitsmarktlage der Frauen im ganzen erheblich günstiger als die der Männer. Zwar hatte in den ersten Krisenjahren die Arbeitslosigkeit der Frauen zugenommen, besonders infolge des Beschäftigungsrückganges in der Textil- und Uhrenindustrie. Doch war der Höchststand bereits im Jahre 1932 mit 12 109 Stellensuchenden erreicht. In den folgenden Jahren verminderte sich dann zusehends das Angebot an weiblichen Arbeitskräften. Interessanterweise fand sich aber selbst in Zeiten grösster Arbeitslosigkeit stets ein Überangebot an Hausdienststellen für weibliches Personal. Ebenfalls hatten es zeitweise einzelne Zweige des Bekleidungsgewerbes, wie auch das Hotel- und Gastgewerbe, schwer, Saisonpersonal aufzutreiben.

Dass neben beträchtlichem Stellenangebot Arbeitslosigkeit weiter bestehen kann, beruht einerseits auf objektiven, grösstenteils unvermeidbaren Hindernissen, andererseits auf der subjektiven, nicht durchwegs gerechtfertigten Einstellung der Stellenlosen zu ihren sozialen Rechten und Pflichten.

Für die weiblichen Berufstätigen kommen folgende Schwierigkeiten in Betracht:

- a) ungenügende berufliche Vorbildung,
- b) nicht durchwegs befriedigende Arbeitsbedingungen an den verfügbaren Arbeitsplätzen,
- c) die soziale Bindung der Arbeitslosen an ihr bisheriges Milieu,
- d) ein subjektives Misstrauen und eine Abneigung gegenüber einer Veränderung der bisherigen Lebenslage.

Die Versetzbarkeit der weiblichen Erwerbstätigen, d. h. ihre Bereitwilligkeit, bei Arbeitslosigkeit eine auswärtige Arbeit anzunehmen, ist äusserst gering. Von 100 stellensuchenden Frauen er-

klärten sich z.B. im Jahre 1932 nur 6 zur Annahme einer auswärtigen Arbeit bereit¹⁵.

Für den Konjunktur-, wie auch für den Sozialpolitiker, ist es von wesentlicher Bedeutung, neben dem Umfang der Arbeitslosigkeit auch deren Dauer zu kennen. Erst die Kombination der beiden Angaben gibt einen richtigen Begriff von der Schwere der Arbeitslosigkeit. Eine Ende 1936 durchgeführte Spezialerhebung hat hierüber einige aufschlussreiche Ergebnisse gezeitigt, aus welchen hervorgeht, dass die ungünstigsten Verhältnisse für die arbeitslosen Männer und Frauen in der Uhren- und der Textilindustrie lagen. In der Uhrenindustrie waren 86 % der arbeitslosen Männer und 83 % der arbeitslosen Frauen langfristig ohne Arbeit. In der Textilindustrie betrugen die entsprechenden Zahlen 55 % bei den Männern und 52 % bei den Frauen. Auch unter den stellensuchenden Männern der Berufsgruppe „Handel und Verwaltung“ (48 %) und des graphischen Gewerbes (46 %) gab es relativ viele langfristige Arbeitslose. Am geringsten war der Anteil der Stellensuchenden mit über 150 Arbeitslosentagen bei den Männern in der Berufsgruppe „Landwirtschaft“ (21 %) und bei den Frauen in den Gruppen „Bekleidung und Reinigung“ (14 %) und Haushalt (19 %).

In der Krise besitzen die Arbeitsnachweisstellen eine ungeheure Bedeutung. Die Vermittlung bildet ihre Hauptaufgabe, welche nach den Vorschriften des Bundes beide Geschlechter umfassen und unentgeltlich, wie unparteiisch, betrieben werden muss. Bei den meisten grösseren Arbeitsämtern bestehen getrennte Abteilungen für Männer und Frauen. Für den Arbeitsnachweis sind vor allem wirtschaftliche Grundsätze wegleitend; aber auch die sozialen Gesichtspunkte werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Die tiefgreifenden, wirtschaftlichen Veränderungen in der ganzen Welt führten in den Krisenjahren zu Abschliessungstendenzen gegenüber ausländischen Arbeitskräften, so dass auch die Schweiz gezwungen wurde, zum Schutze ihres gestörten Arbeitsmarktes der Überfremdung zu steuern.

2. Die Anfeindung der weiblichen Erwerbstätigkeit während der letzten Weltwirtschaftskrise.

Krisenzeiten fördern im allgemeinen den Egoismus, und im Kampf um die wirtschaftliche Existenz stellt der Einzelne seine

¹⁵ Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 81.

eigenen Sorgen und Bedürfnisse in den Vordergrund. Mancherorts geht dabei sogar der Gemeinschaftsgedanke verloren oder vermag sich wenigstens nicht genügend durchzusetzen. In der Krise sind die wirtschaftlichen Minderheiten auch der vermehrten Kritik ausgesetzt; z. B. wird die Berechtigung der weiblichen Erwerbstätigkeit, insbesondere in den sozial gehobeneren Berufen, in Frage gestellt. Hierin scheinen die herrschenden Ideologien über die Aufgabe der Frau nicht mit der ökonomischen Entwicklung in Einklang geblieben zu sein. Man hört auch oft die Behauptung, die Emanzipation der Frauen sei eine Krisenerscheinung. Die Industriearbeiterin wird jedoch in neuester Zeit von dieser Kritik nicht mehr betroffen, nachdem sie jahrzehntelang im Zentrum der Weltaufmerksamkeit gestanden hat. Heute ist ihre wirtschaftliche Notwendigkeit und der Zwang, der sie in die Erwerbstätigkeit treibt, erwiesen, und der Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen wird mit Erfolg geführt. Marguerite Thibert charakterisiert sehr gut die Anfeindung der weiblichen Berufstätigkeit: „Le problème de la suppression du travail féminin comme remède à la crise nous place sur un terrain terriblement tourmenté, strié de conceptions ou de préjugés philosophiques et sociologiques sur le rôle de la femme dans la famille et dans la société, secoué par les conflits des tendances contradictoires entre traditionalistes et évolutionnistes, féministes et antiféministes, agité par les passions que remue tout mouvement d'opinion de cette nature et labouré en outre par les égoïsmes plus ou moins avoués, que déchaînent les catastrophes“¹⁶.

Im Grunde wagt es niemand mehr, offen die Berechtigung der weiblichen Erwerbstätigkeit anzuzweifeln. Bei den ledigen, sowie bei den meisten geschiedenen und verwitweten Frauen besteht auch eine klare wirtschaftliche Notwendigkeit zur Berufsausübung. Doch indirekt, und dies betrifft vor allem die kaufmännisch und wissenschaftlich tätigen Frauen, wirft man den weiblichen Erwerbstätigen vor, sie würden als Konkurrentinnen der männlichen Stellenanwärter und als Lohndrückerinnen auftreten. Um dieser Behauptungen willen wird es noch einige Zeit brauchen, bis man die Frau als gleichberechtigt anerkennt.

D. Das Doppelverdienertum

Von der weiblichen Erwerbsarbeit im allgemeinen muss das sogenannte „Doppelverdienertum“ unterschieden werden. In der Tat

¹⁶ Revue Intern. du Travail, avril/mai 1933, S. 31: „Crise économique et travail féminin“.

verdiente dieses Problem, in einem eigenen Kapitel behandelt zu werden. Da es aber in engem Zusammenhang mit der Krise steht, lässt es sich an dieser Stelle gut einordnen.

1. Der Begriff des „Doppelverdienertums“.

Während man sonst den Doppelverdienst als jedes andere Einkommen, das nicht aus dem direkten Hauptberuf des offiziellen Ernährers einer Familie entsteht (Zinseinnahmen, Nebenverdienst, Verdienst der im Haushalt wohnenden Kinder etc.) auffasst, versteht man seit der Weltwirtschaftskrise unter dem Schlagwort „Doppelverdienertum“ hauptsächlich jene Frau, welche zum Arbeitseinkommen ihres Mannes noch ein eigenes Arbeitseinkommen hinzufügt.

2. Die Verhältnisse in der Schweiz¹⁷.

Allgemein betrachtet stellt die Berufstätigkeit der Ehefrauen in der Schweiz eine Abweichung vom Normalfalle der Aufgabenverteilung innerhalb der Familie dar. Sie ist jedoch keineswegs ein Ausnahmefall. Ganztätig gehen zwar nur 10 % aller verheirateten Frauen einem Berufe nach; daneben suchen sich manche einen nebenberuflichen, aushilfsweisen oder saisonbedingten Erwerb, und aus der Mitarbeit im Betriebe des Gatten ergibt sich eine Eingliederung der verheirateten Frau ins Erwerbsleben.

Eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften des vergangenen halben Jahrhunderts ist die relative Abnahme der verheirateten, erwerbstätigen Frauen. War noch um die Jahrhundertwende jede sechste Ehefrau berufstätig, so ist es heute nur noch jede zehnte. Dagegen sind von der ledigen, weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gut zwei Drittel in den Berufsprozess eingegliedert, während um die Jahrhundertwende kaum die Hälfte der ledigen Frauen erwerbstätig war. Diese Verschiebung zwischen den ledigen und verheirateten Berufstätigen ergab sich vor allem aus zwei Motiven: einerseits sieht sich heute die ledige Frau mehr als früher aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, einen Beruf zu ergreifen. Andererseits verdient der Ehemann infolge des sozialen Fortschritts heute im allgemeinen genug, um sich und seine Familie zu ernähren.

Genau vier Fünftel der verheirateten, berufstätigen Frauen stehen zwischen 20 und 49 Jahren, in jenem Alter also, das für die

¹⁷ Siehe Näheres Diss. Adam.

Berufsausübung das ergiebigste und zugleich für die Fortpflanzung das wichtigste ist. Die Zahl der lebendgeborenen Kinder der berufstätigen Frauen ist aber nur halb so gross wie die der nicht berufstätigen. Von den erwerbstätigen Ehefrauen sind fast die Hälfte kinderlos, von den übrigen Ehefrauen haben nur etwas mehr als 20 % keine Nachkommen. Während der Anteil der Einkinderehen bei beiden Kategorien (Berufstätigen und Nichtberufstätigen) kaum von einander abweicht, gehen die Quoten der Ehen mit mehr Kindern bei den berufstätigen Frauen mit zunehmender Kinderzahl rascher und stärker zurück als bei jenen Frauen, welche sich nur der Familie und dem Haushalt widmen. Es wäre aber nicht ganz richtig, für die Kinderlosigkeit aller erwerbstätigen Frauen die Berufstätigkeit verantwortlich zu machen. Die Erwerbstätigkeit kann sehr gut auch die Folge von Kinderlosigkeit sein, wenn sich die zu wenig beanspruchte Ehefrau ein Wirkungsfeld schaffen will, um so die versagte Mutterschaft besser verschmerzen zu können. Heute, wo das Erwerbsleben immer grössere Kräfte beansprucht, wird eine Gattin und Mutter nur dann ihren Beruf auf lange Sicht ausüben, wenn sie aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen ist, — es sei denn, sie habe zu ihrer Tätigkeit ganz besondere Eignung und Neigung.

Die Berufstätigkeit der Ehefrau wird vielfach als Erscheinung der Städte angesehen. Zwar bestehen weder bei den Nahrungskosten, noch bei den Ausgaben für Kleidung und Licht wesentliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. Dagegen erfordert die Wohnungsmiete in den Städten mehr Geldmittel. Auch regt die städtische Umgebung mehr zu Kulturausgaben an.

Die verheiratete Industriearbeiterin ist in den Kleinstädten und den ländlichen Siedlungen absolut häufiger als in den Gross- und Mittelstädten. Dies hängt mit der örtlichen Verteilung der schweizerischen Industrie zusammen. Die typisch städtischen Siedlungen geben einer grossen Anzahl Ehefrauen Gelegenheit, sich in kaufmännischen Berufen zu betätigen. 1941 waren 70 % der berufstätigen Ehefrauen Angestellte oder Arbeiterinnen, 10 % Mitarbeiterinnen ihres Mannes und ca. 20 % selbständig. Aus diesen Zahlen können wir schliessen, dass in jenen Berufen, bei welchen die Zahl der Selbständigen und Mitarbeitenden verhältnismässig gross ist, der Anteil der verheirateten Frauen über dem Durchschnitt liegt. Die Volkszählung von 1950 weist eine Zunahme der verheirateten, kaufmännisch tätigen Frauen nach, dabei ist der Anteil der Ehefrauen bei der grossen Masse der angelernten Fabrikarbeiterinnen immer noch sehr beachtlich geblieben. Diese über-

raschende Tatsache dürfte so zu erklären sein, dass aus wirtschaftlichen Gründen immer mehr Arbeiterinnen nach ihrer Heirat eine Zeit lang ihren Beruf weiter ausüben. Zudem können Frauen, welche während ihrer Ehe plötzlich zum Verdienen gezwungen werden, für gewisse industrielle Vorrichtungen leicht angelernt werden. Vielfach kommt es auch vor, dass Mann und Frau im gleichen Betrieb beschäftigt werden. Einige Fabriken hingegen ziehen es vor, keine verheirateten Frauen zu beschäftigen, denn sie suchen kontinuierliche Arbeitskräfte, während die Ehefrauen in den meisten Fällen aus Familienrücksichten plötzlich aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Andere Fabriken wieder beschäftigen mit Vorliebe die Ehefrauen ihrer Arbeiter. Die Kinder werden in den Fabrikkindergarten gebracht, und so fühlt sich die ganze Familie als Teil des Betriebes, besonders, wenn sie auch am Jahresgewinn beteiligt wird.

Unter den Serviertöchtern, Dienstboten, Kranken- und Säuglingspflegerinnen, Fürsorgerinnen, Lehrerinnen etc. gibt es wenig Ehefrauen, denn diese Berufe lassen sich in den seltensten Fällen mit den Anforderungen einer Ehe vereinen.

Bei der Untersuchung des „Doppelverdienertums“ ist es wesentlich, etwas über die Berufsstellung der Ehemänner der erwerbstätigen Frauen zu erfahren. Laut einer Statistik des Direktors des Eidgenössischen Statistischen Amtes, Dr. A. Koller, waren im Volkszählungsjahr 1941

- 68 % der Ehemänner Arbeiter
- 15 % der Ehemänner untere Angestellte,
- 14 % der Ehemänner selbständig Erwerbende,
- 2 % der Ehemänner leitende Angestellte,
- 1 % der Ehemänner mitarbeitend¹⁸.

In den Krisenjahren wie auch heute dürften ähnliche Verhältnisse gelten, was bestätigt, dass das „Doppelverdienertum“ meist aus wirtschaftlichen Erwägungen erfolgt. Allerdings muss man damit rechnen, dass in wirtschaftlichen Notzeiten eine sogenannte Reservearmee verheirateter Frauen auftaucht, welche sich wieder zur Erwerbsarbeit genötigt sieht, wenn der Ehemann arbeitslos geworden ist oder nicht mehr genügend verdienen kann. Aus der Statistik lässt sich dies nicht abschätzen, denn die zusätzlichen Arbeitskräfte sind keiner Arbeitslosenkasse angeschlossen und suchen oft nur Gelegenheits- oder Heimarbeit, ohne sich bei den Arbeitsämtern zu melden. Je mehr die Berufsbildung und Er-

¹⁸ Schweizerische Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft, Heft 4/5, 1949.

werbstätigkeit der jungen Mädchen zur Regel wird, desto zahlreicher werden die verheirateten Frauen, die in ihrer Jugend einen Beruf erlernt haben und in den wirtschaftlichen Notzeiten als ernst zu nehmende Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt erscheinen können. Diese Reservearmee könnte sich umso gefährlicher auswirken, je weniger man sich für den Grundsatz des gleichen Lohnes in der Schweiz einsetzt.

3. Die Rechtfertigung des Doppelverdienertums.

Ausser dem wirtschaftlichen Zwang gibt es für eine verheiratete Frau zwei andere mögliche Beweggründe zur Berufstätigkeit.

- a) Die Art des Betriebes des Ehemannes kann einen Ergänzungsbetrieb, den die Ehefrau selbständig führt, wünschbar erscheinen lassen. Doch diese Mitarbeit im familieneigenen Betrieb sollte nicht zum Doppelverdienertum gezählt werden, denn sie erfolgt aus anderen als rein wirtschaftlichen Gründen, und sie hängt auch kaum von der Dauer der Ehe oder der wechselnden Wirtschaftslage ab.
- b) Die Berufstätigkeit der Ehefrau kann dem persönlichen Bedürfnis entspringen, die beruflichen Fähigkeiten oder die zur Verfügung stehende Zeit voll auszunützen. Vor allem die liberalen Berufe, welche aus einer natürlichen Begabung ergriffen worden sind, werden von vielen Frauen auch nach ihrer Verehelichung ausgeübt. Solche Frauen erklären sich häufig von ihrer Berufsausübung so völlig befriedigt, dass es grausam erschiene, würde man ihnen darin Beschränkungen auferlegen. Dazu gehört, dass bei diesen Ehefrauen die Vereinigung von Ehe und Beruf nicht zu einer Doppelbelastung führt, solange der Frau für die Kindererziehung immer noch genügend Zeit bleibt und die Hausarbeit dank der gehobeneren Stellung der Familie einer Hausangestellten übertragen werden kann.

Wer von „Doppelverdienertum“ spricht, denkt meistens an einen oder mehrere ihm bekannte Ausnahmefälle, wo der Verdienst der Ehefrau für zusätzliche Luxusausgaben aufgewendet wird. Doch die wahren Hintergründe für das Zustandekommen dieses ihm bekannten „Doppelverdienertums“ sind auch ihm zumeist verborgen geblieben. Es könnte z. B. sein, dass bei einem solchen Ehepaar kein vollkommenes Einvernehmen herrscht, so dass sich die Frau

durch berufliche Arbeit und Luxus abzulenken sucht; oder die Ehefrau möchte gerne ihre Familie, wie Eltern oder Geschwister, unterstützen, wozu das Einkommen des Ehemannes nicht ausreicht.

Im allgemeinen muss immer wieder betont werden, dass in der Schweiz die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen unter der Industriearbeiterschaft am häufigsten ist, so dass der Doppelverdienst volkswirtschaftlich nicht als unerwünscht gelten kann, denn er trägt zur Sicherung des Familienunterhalts bei. Das „Doppelverdienertum“ erscheint also nicht als Ursache, sondern eher als Folge der Krise, also als eine Begleiterscheinung unter vielen anderen wirtschaftlichen Schäden.

Wenn z. B. auch behauptet wird, die Erziehung der Kinder leide unter der Berufstätigkeit der Mutter, so muss man dagegen halten, dass gerade eine arbeitsame Mutter ihren Kindern als Vorbild dienen kann. Der Vorwurf, die sogenannte „Doppelverdienerin“ könne Gattin- und Mutteraufgaben nicht sorgfältig genug erfüllen, trifft leider, wenn auch nicht ohne Berechtigung, die hart und anstrengend arbeitenden Frauen, die, wenn sie müde von der Arbeit nach Hause kommen, den Haushalt selbst besorgen müssen. Der Schweizer Ehemann hat sich im allgemeinen bis heute seiner Gattin bei der Verrichtung der Hausarbeiten noch nicht hilfreich erwiesen. In aller Kameradschaftlichkeit könnte sich hierin manches bessern.

Bei der Betrachtung des „Doppelverdienertums“ fallen auch die öffentlichen Bestimmungen ins Gewicht. Beispielsweise wird die Steuerbelastung grösser, sobald die Ehefrau mitverdiemt, denn das Einkommen von Mann und Frau wird zusammengerechnet und mit einem der Steuerprogression entsprechenden höheren Satz belastet. Der Staat weigert sich meistens, verheiratete Beamtinnen zu beschäftigen, und arbeitet damit dem „Doppelverdienertum“ entgegen.

Ein Verbot des „Doppelverdienertums“ ist jedoch ebenso unmöglich wie unwirtschaftlich. Die Entlassung der Ehefrau könnte z. B. bewirken, dass sich die Stellenlose auf anderem Wege eine Arbeitsmöglichkeit sucht und so als Schwarz-, Heim- oder Gelegenheitsarbeiterin den Lohn drückt. Erst in diesem Momente würde sie in verhängnisvollem Masse zur illoyalen Konkurrentin des Mannes.

In einigen wenigen, äusserst seltenen Fällen wäre es allerdings denkbar, während einer Krise die Erwerbstätigkeit jener Ehefrauen zu verhindern, welche sich in gesicherter finanzieller Lage befinden und durch ihre Tätigkeit einem Familienvater das Einkommen wegnehmen, so dass dieser der Arbeitslosenkasse und dem Staate zur Last fällt. Aber auch in diesem Fall ist eine gesetzliche Regelung

des „Doppelverdienertums“ wegen der grossen Härten, die damit verbunden sind, auf keinen Fall zu empfehlen. Es würde auch einen Verstoss gegen die Moral, Sitte, Freiheit und Gerechtigkeit bedeuten, weil dann die Frau, welche Zeit und Geld an ihre Ausbildung verwendet hat, ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nur verwerten könnte, wenn sie auf das verzichtet, was immer noch das Leben des Staates garantiert: auf Ehe und Familie. Die sittlichen Gefahren, die sich hieraus ergeben könnten, erscheinen naheliegend. Ein Verbot der Berufsausübung in jenen Fällen, wo keine materiellen Gründe dafür vorliegen, hätte eine schwere Beeinträchtigung der Rechtsstellung der Frau zur Folge. Auch deshalb wäre der Kampf gegen das „Doppelverdienertum“ ungerecht, weil er sich gegen das Arbeitseinkommen ganz bestimmter Personen, nicht aber gegen das arbeitslose Einkommen richtet. Die Auffassung, dass die Arbeitslosigkeit durch die Ausschaltung der Ehefrau aus dem Erwerbsleben verhindert werden kann, beruht also auf zwei grundlegenden Irrtümern, einerseits auf der Unkenntnis der wahren wirtschaftlichen Zusammenhänge, andererseits auf der Minderbewertung und Missachtung der Frauenerwerbsarbeit.

E. Krisenmildernde Möglichkeiten für den Arbeitsmarkt

Neben dem Ruf nach Ausschaltung des „Doppelverdienertums“ wurde während der Weltwirtschaftskrise auch gelegentlich die Forderung nach Einschränkung der weiblichen Berufsarbeit im allgemeinen laut. Dies kann aber kaum ernst genommen werden, da fast alle weiblichen Berufstätigen auf ihren Verdienst ebenso angewiesen sind wie die Männer.

Hingegen würde vielleicht die Verkürzung der Arbeitszeit in Krisenzeiten zu einer erheblichen Milderung der Arbeitslosigkeit führen, obwohl in der Praxis dieser Massnahme grosse Schwierigkeiten entgegenstehen. So ist z. B. die dann notwendige Einstellung von arbeitslosen Facharbeitern nicht überall möglich. In gewissen Fällen müsste wohl zu vermehrter, technischer Rationalisierung gegriffen werden, wodurch die Wirkung auf dem Arbeitsmarkte illusorisch würde. Die praktische Durchführung einer umfassenden Kürzung der Arbeitszeit hätte auch mit grossen organisatorischen Hindernissen zu kämpfen. Doch ist die Ersetzung der ausgefallenen Arbeitsstunden durch die Einstellung neuer Kräfte gerade in Depressionszeiten möglich. Diese Neuordnung verlangt gewöhnlich auch keine Neuinvestierungen, da in wirtschaftlichen Notzeiten die

Betriebsanlagen ohnehin nicht voll ausgenützt werden. Deshalb bestünde bei der Arbeitszeitverkürzung auch die Möglichkeit, die Ehefrauen und Mütter, bei gleichem Stundenlohn, weniger lang als die Männer zu beschäftigen.

Der Gedanke einer zwangsweisen Arbeitszeitverkürzung begegnet allerdings auch in Arbeiterschaftskreisen einem gewissen Widerstande, da die ausgefallenen Arbeitsstunden nicht vergütet werden. Doch wird immerhin die Kurzarbeit einem Stundenlohnabbau vorgezogen.

In der Depression können die psychischen Krisenfolgen durch die Kurzarbeit vermindert werden. Es werden infolgedessen mehr Arbeiter beschäftigt, die Lasten verteilt, die Ehefrauen vermehrt ihren Haushalts- und Mutterpflichten zugeführt und vor allem wird das Beschämende, Arbeitslosenunterstützung anzunehmen, mehr oder weniger verhindert.

Folgerungen

Die Frauenerwerbsarbeit wird im allgemeinen weniger hart von den Konjunkturschwankungen betroffen als die der Männer. Allem Anschein nach hat Samuelson recht, wenn er betont: „Die Stellung der Frau zeigt eine stetige Verbesserung. In der Tat gibt es Beweise dafür, dass Frauen sich in diejenigen gehobenen Büroarbeiten und Dienstleistungsgewerbe emporarbeiten, die am wenigsten für die Schwankungen des Konjunkturzyklus anfällig sind und die günstigere, langfristige Entwicklungsrichtungen haben als der Sektor der Produktion schwerer Kapitalgüter in der Wirtschaft, in dem die Männer das Übergewicht haben“¹⁹.

Die Arbeitslosigkeit bildet eines der wichtigsten, sozialpolitischen Probleme. Als Folge der Wirtschaftskrise war sie eine vorübergehende Erscheinung, jedoch wäre es falsch, nach dem Konjunktumschwung eine solche Frage einfach beiseite zu schieben. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist solange nicht beseitigt, als die Schwankungen der wirtschaftlichen Produktion fortbestehen. Das Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 22. Juni 1951, wie auch das am gleichen Datum zustandegekommene Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung, sollen etwaigen künftigen Krisen vorbeugen.

Eines aber scheint besonders wichtig: In Zeiten des Arbeitsmangels sollten bei der Arbeitsvermittlung die für eine Arbeit am

¹⁹ „Volkswirtschaftslehre“, S. 97.

besten geeigneten Personen berücksichtigt werden. Die Frauenerwerbsarbeit muss aus der unwürdigen Verkettung mit der Arbeitskonjunktur gelöst werden, denn die Frau, sei sie ledig oder verheiratet, hat grundsätzlich den gleichen Anspruch auf Arbeit und Verdienst wie der Mann.

II. Der zweite Weltkrieg 1939—1945²⁰

A. Allgemeine Bemerkungen

Obwohl sich die Schweiz ausserhalb der kriegerischen Auseinandersetzungen halten können, ist ihre Wirtschaft den gleichen tiefgreifenden Einflüssen ausgesetzt gewesen wie die der kriegsführenden Staaten. Ein Vorteil erwuchs ihr lediglich daraus, dass sie von Verlusten an realem Volksvermögen und Menschenleben verschont geblieben ist. Da der vergangene Krieg nicht nur ein Krieg der Waffen, sondern ebenso sehr ein Wirtschaftskrieg war, wurde auch unsere schweizerische Wirtschaft rasch in Mitleidenenschaft gezogen.

Das spezifische Kennzeichen der Kriegswirtschaft ist die Güterverknappung, welche zwar die einzelnen Märkte verschieden stark heimsucht, jedoch ganz allgemein den Begriff Mangelwirtschaft verdient. Da Überlegungen der Landessicherheit eine unbedingte Priorität des Wehrbedarfes erheischen, müssen dessen Ansprüche auch auf Kosten des privaten Verbrauchs gewährleistet werden. Eine intensivierte Nutzung der nationalen Produktivkräfte sollte die Güterverknappung mildern. Dies geschah in der Schweiz durch eine zweckmässige Lenkung der Rohstoffe, durch die Rohstoffbeschaffung aus eigenen Quellen mittels Mehranbau und durch die Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte aus Arbeitsmarktreserven. Die dafür geeigneten Mittel, deren sich der Staat bediente, waren der Arbeitseinsatz, ferner die Übertragung der Verfügungsberechtigung über die wesentlichen Rohstoffe an die kriegswirtschaftlichen Organisationen, verbindliche Aufträge an die Privatwirtschaft und direkte Beteiligung oder Subventionierung an Neuproduktionen. Daneben oblag dem Staat noch die Pflicht, für eine gerechte Verteilung der verfügbaren Gütermengen besorgt zu sein, was mittels Rationalisierung und Kontingentierung erreicht wurde.

Heute erscheint es aus der Retrospektive beinahe als Wunder, dass die schweizerische Aussenhandelspolitik trotz der unerhörten

²⁰ Siehe Näheres Diss. Bürgi.

Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Situation nach der Störung des traditionellen Mächtegleichgewichts an unseren Grenzen ihren Anspruch auf Handelsverkehr mit beiden kriegsführenden Mächtegruppen hat durchsetzen können. Zum grossen Teil ist es den Bemühungen von umsichtigen und zähen Handelsvertragsunterhändlern zu verdanken, dass aus den wenigen Trümpfen der Schweiz ein unter den gegebenen Umständen möglichst wirkungsvolles Instrument geschmiedet werden konnte. So gelang es inmitten der doppelten Blockade, einen Teil der unentbehrlichen Industriestoffe einzuführen und den Exportindustrien eine relativ gute Verbindung zu den Absatzmärkten zu sichern. Selbstverständlich liessen sich beide Kriegsparteien bei der Gewährung des schweizerischen Aussenhandels von sehr realen Erwägungen leiten.

Die gewaltigen Ansprüche des Staates an beinahe alle Wirtschaftszweige und die daraus sekundär erwachsende Kräftigung der Konsumgüternachfrage brachte bei Beginn des Krieges die ganze Wirtschaft in einen raschen konjunkturellen Aufschwung. Nur die rein auf den Export angewiesenen Branchen, sowie auch das Baugewerbe, erlitten gewisse Einbussen, die, mit Ausnahme des letzteren, aber nicht lange andauerten. Die erste Phase der Kriegskonjunktur nahm nach dem Zusammenbruch Frankreichs und der Abschnürung der Schweiz von lebenswichtigen Importquellen ein unvermitteltes Ende. Doch wurde der drohende Zerfall der Konjunktur durch den nach wie vor mächtigen Staatsbedarf und die davon begünstigte Belebung der Konsumgütermärkte aufgehalten. Vor allem nahm die Industrie an der konjunkturellen Erholung einen führenden Anteil.

B. Die Beschäftigungslage während des zweiten Weltkrieges

1. Die Industrie.

Im Laufe der Entwicklung nahmen die beiden Geschlechter an der Erholung des industriellen Arbeitspotentials verschieden starken Anteil. Nach Kriegsausbruch wurden erwartungsgemäss mehr Frauen beschäftigt, jedoch bedeutend weniger als man annehmen könnte.

Für die den Fabriken zuströmenden Frauen war, wie immer, das Motiv der materiellen Sicherheit der Familie ausschlaggebend. Im Verlaufe des Krieges ging der Arbeiterinnenanteil leicht zurück, was hauptsächlich von der Schrumpfung der Baumwollindustrie herrührte. Trotz der Mobilmachung stellten die Männer das Haupt-

kontingent der neuen Fabrikarbeiter, wobei nicht übersehen werden darf, dass die Fabrikstatistik Abwesenheit durch Militärdienst nicht erwähnt.

In der Textilindustrie nahm, durch den Rohstoffmangel bedingt, die Arbeiterschaft bis 1945 stetig ab, wogegen der Metall- und Maschinenindustrie nahmhafte Verstärkungen zuströmen konnten. In der Maschinenindustrie hat die Frauenarbeit stets ein bescheidenes Dasein geführt und wird auch heute nur in bestimmten Apparateabteilungen verwendet. Die gute Exportlage für Apparate und die Ausweitung der Inlandsproduktion schufen aber während des Krieges eine günstige Vorbedingung für eine vermehrte Beschäftigung der Frau in diesem Zweige.

Die prozentual stärkste Zunahme an Neuarbeitern erreichte die chemische Industrie, die sich dank der teilweisen Abschliessung der Schweiz von den traditionellen Produzenten glänzend ausgebreitet hat. Einen ähnlichen Auftrieb erhielten die Papier- und Holzbearbeitungsindustrie aus dem Ausfall ausländischer Güter, was sich im Ansteigen der Arbeiterzahlen manifestierte.

Ganz allgemein gilt, dass die Fabrikarbeiterinnen wesentlich dazu beigetragen haben, die industrielle Tätigkeit trotz vielen Störungen und Schwierigkeiten weiterzuführen und wo nötig noch zu steigern.

2. Das Gewerbe.

Durch die Mobilmachung entstand auch in den verschiedenen Zweigen des Gewerbes ein lebhafter Bedarf nach Ersatzarbeitskräften. Vorübergehend musste oftmals die zurückgebliebene Ehefrau einspringen, um ein Minimum an Geschäftstätigkeit zu ermöglichen.

Im wichtigsten Berufe des Frauengewerbes, der Damenschneiderei, ist während des Krieges der Geschäftsgang sehr zufriedenstellend abgelaufen. Infolge der umfangreichen und vorsorglichen Stoffeinkäufe genoss die Massschneiderei vielfach den Vorzug vor der Konfektion. Aber auch andere frauengewerbliche Berufe wurden durch die kriegsbedingten Einflüsse angeregt. So stiegen z. B. Arbeit und Einkommen der Kunststopferinnen, und die Gärtnerinnen wurden als Gartenbaulehrerinnen und Kursleiterinnen nachgefragt.

3. Handel und Verwaltung.

Auch im Handel und der Verwaltung entstand eine starke Nachfrage nach weiblichen Angestellten, besonders als sich einige Wochen nach Kriegsausbruch zeigte, dass der Geschäftsverkehr aufrecht erhalten werden konnte, und als die kriegswirtschaftlichen Ämter beim Bund und den Kantonen ihr Personal vermehren mussten.

Allerdings handelte es sich zu einem grossen Teil nur um Aushilfsstellen. Kehrte der Inhaber des betreffenden Postens aus dem Militärdienst zurück, konnte der Aushilfe gemäss Bundesbeschluss vom 13. 9. 40' auf 4 Tage gekündigt werden. Diese zum Schutze der militärdienstpflichtigen Angestellten getroffene Regelung scheint durchaus in Ordnung. Sie bedeutete aber auch andererseits für manche Bürolistin, besonders für die nicht mehr jungen Angestellten, eine schwere Belastung. Immerhin haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des zweiten Weltkrieges dazu geführt, dass die Frau heute im kaufmännischen Beruf und etwa auch bei der Post als Arbeitskollegin vermehrte Achtung und Anerkennung geniesst.

4. Die Landwirtschaft.

Am schwierigsten waren die einberufenen Landwirte zu ersetzen. Wenn auch improvisierte Notgemeinschaften im Rahmen der Gemeinde zu helfen suchten, so verblieb die Hauptlast doch der Bäuerin. Der Pflichtenkreis der Frau wuchs durch den Krieg also besonders in der Landwirtschaft, und die Bäuerin wurde in den kleineren und mittleren Betrieben beinahe über ihre Kräfte beansprucht. Deshalb wurde die dringend notwendige Entlastung möglichst rasch durch junge Haushalthilfen aus der Stadt angebahnt.

Im Februar 1941 wurde vom Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamt die Zentralstelle für die Bäuerinnenhilfe geschaffen, welche die Organisation des zivilen Frauenhilfsdienstes, der Landfrauenverbände und Frauenvereine zur Zusammenarbeit nach einheitlichen Richtlinien vereinigte. Laut Bundesratsbeschluss vom 11. 2. 41 musste auch jedermann in der Landwirtschaft verbleiben, der bis zu diesem Datum darin tätig war und nicht einen anderen Hauptberuf nachweisen konnte. Diese Bestimmung betraf vor allem die Bauern-töchter, welche nun vorläufig auf jede anderweitige Berufsausbildung verzichten mussten.

Laut statistischen Angaben waren die Frauen unter den landwirtschaftlichen Aushilfskräften in der Überzahl. Dies hat wahrscheinlich seinen Grund darin, dass die Mitarbeit der Ehefrau,

Tochter etc. als Aushilfsarbeit bezeichnet wird. Auch gestattet es die landwirtschaftliche Arbeit, in weitem Umfange jugendliche Arbeitskräfte zu verwenden.

In der Periode 40/45 fielen beinahe drei Jahresimporte an Nahrungs- und Genussmitteln aus und mussten aus eigenem Boden ersetzt werden. Die Ausdehnung der offenen Ackerfläche war dafür entscheidend. Der von Prof. Wahlen geschaffene landwirtschaftliche Produktionskataster²¹ legte das Aufbauprogramm fest. Die offene Ackerfläche nahm auf Grund dieses Planes von 201 301 ha im Jahre 1939 auf 355 293 ha im Jahre 1945, also um rund 70 %, zu. Die unmittelbar wirksamen Bodenverbesserungen trugen merklich zur Ertragsteigerung bei.

Neben dem Umbruch von Wiesland und der Bereitstellung von technischem Material wurde die Beschaffung der Arbeitskräfte zum schwierigsten Problem der „Anbauschlacht“. Auf Grund der bundesrätlichen Verordnung vom 17. Mai 1940 über den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft konnte jedermann vom sechzehnten Altersjahr an zum Arbeitsdienst im Interesse des Landes verpflichtet werden, Männer bis zum 65., Frauen bis zum 60. Altersjahr. Der Arbeitseinsatz beschränkte sich zunächst auf die Erwachsenen, wurde aber später noch auf die Schüler und Lehrlinge ausgedehnt. Die Formen des Einsatzes waren recht unterschiedlich. Neben dem Einzeleinsatz wurden auch Gruppen gebildet, die unter der Leitung einer hierzu ausgebildeten Kraft standen und tagsüber bei den einzelnen Bauern arbeiteten. Die Zentralstelle für die Bäuerinnenhilfe organisierte diese zweckmässige Entlastung.

Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft trug wesentlich zur Sicherung der Landesernährung bei. Von 1942—45 stieg die Zahl der Eingesetzten stetig.

Tabelle 10.

Die im Landdienst zusätzlich eingesetzten Hilfskräfte

Jahr	Männer	Frauen	Total
1942	49 681	13 603	63 204
1943	91 705	35 910	127 613
1944	95 189	50 111	145 300
1945	81 202	48 868	130 070 ²²

²¹ Siehe Näheres Wahlen, „Unser Boden heute und morgen, Etappen und Ziele des Schweizerischen Anbauwerkes“, Zürich 1943.

²² Siehe Diss. Bürgi.

Die durchschnittliche Dauer des Einsatzes betrug für Erwachsene 30—40 Tage, für Jugendliche 20—25 Tage.

5. Das Hotel- und Gastgewerbe.

Dem Ausfall des Fremdenverkehrs aus dem Ausland vermochte in den ersten Kriegsjahren die Inlandfrequenz kein Gegengewicht zu bieten. Die Folge war eine beträchtliche Personalabwanderung, besonders aus der Hotellerie, welche den verschiedensten Wirtschaftszweigen zugute kam.

Eine besondere Schwierigkeit erwuchs dem Gastgewerbe aus der Handhabung der Lebensmittel- und Mahlzeitencoupons, der Einteilung der fleischlosen Tage und anderen kriegsbedingten Einschränkungen.

C. Spezifische Merkmale der Kriegswirtschaft in der Schweiz

Im allgemeinen sah man von Entlassungen ab, um nicht alle Arbeitskräfte zu verlieren. Innerhalb der Betriebe wurden Überholungsarbeiten am Produktionsapparat, Renovationen und kleinere Erweiterungsarbeiten eingeschaltet, um tote Momente zu überbrücken. Auch die Einschaltung von Kurzarbeit drängte sich häufig auf. Dieser sehr elastische Beschäftigungsregulator war besonders zur Überwindung von Rohstoff- und Energiekrisen gegeben.

Die Kriegswirtschaft zog eine Produktivitätsverminderung nach sich, welche aus

- der gesunkenen Qualität der Arbeitskräfte,
- dem raschen Wechsel der Belegschaft,
- der Zunahme der Verwaltungsarbeiten als Folge der Rationierung,
- der Förderung der unproduktiven Aufwendungen,
- der Mangelwirtschaft und
- der ungenügenden Ausnützung des Produktionsapparates

entstand.

Ferner wurden in der Schweiz während des Krieges Frauen im Tram- und Busbetrieb, sowie bei der Post eingestellt. Das weibliche Personal bewährte sich ausserordentlich; trotzdem mussten bald nach Kriegsende Billeteusen und Briefträgerinnen ihren männlichen Kollegen wieder Platz machen. An den Postschaltern jedoch arbeiten auch heute immer mehr Mädchen.

Während des Krieges hatte die ledige Schweizerin ebenfalls ihre Wehrpflicht zu erfüllen, sei es im F. H. D., im passiven Luftschutz oder als Hilfskraft in den Militäranstalten. Dies erwies sich als Notwendigkeit, weil überall dort, wo eine Frau an einer militärischen Stelle eingesetzt werden konnte, ein Soldat für den Felddienst frei wurde. Zur Zeit der ersten Rekrutierungen für den F. H. D. war man sich noch durchaus nicht im Klaren, welche körperlichen und geistigen Anforderungen man an die F. H. D. stellen würde. Mit der Zeit bildete sich aber eine gewisse Routine heraus, und man machte sehr gute Erfahrungen mit den Angehörigen des Frauenhilfsdienstes, sei es nun im Späherdienst, beim Ski-F. H. D., den F. H. D.-Fahrerinnen oder beim Hausdienst-F. H. D.

Schlussbemerkungen

Im Kriege ist man viel leichter bereit, jede Arbeit anzunehmen und sich umzustellen. Es hat sich im letzten Kriege auch erwiesen, dass es den Frauen leichter fällt als den Männern, sich umzustellen, anzupassen oder sich an etwas Neues zu gewöhnen. Dieser Vorzug ist in solchen Zeiten sehr wertvoll und trägt mit dazu bei, dass die Frauen im grossen Ganzen weniger stark von der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

In den kriegführenden Ländern mussten die Frauen zu Hunderttausenden ihre Friedensberufe aufgeben und kriegswichtige Arbeiten übernehmen. So arbeiteten sie in manchen Berufen, die vor dem Kriege nur den Männern offen standen. Der Krieg ist also in den meisten Ländern den Frauen bei der Erfüllung ihrer Forderungen zu Hilfe gekommen. Von der Schweiz lässt sich dies nicht sagen; hier sind die Frauen, obwohl sie zahlenmässig die Mehrheit bilden, der schwächere Volksteil. So hoch ihre Arbeitskraft eingeschätzt werden muss, so klein ist ihr persönliches und politisches Interesse. Für die Grosszahl der Schweizerinnen wird das politische Selbstvertrauen erst mit der politischen Gleichberechtigung kommen. Schumpeter stellt mit Recht fest, dass die Zuerkennung von „Reife“ Ansichtssache sei. „Ohne Absurdität oder Unaufrichtigkeit ist durchaus die Ansicht möglich, dass die Reife an der Fähigkeit, sich seinen eigenen Unterhalt zu sichern, gemessen werden kann. Der springende Punkt ist der, dass Disqualifikationen auf Grund der wirtschaftlichen Stellung, der Religion und des Geschlechts in die gleiche Klasse fallen, wie Disqualifikationen, die wir alle als mit der Demokratie vereinbar betrachten“²³.

²³ „Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie“, S. 387.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Vorbemerkungen

1. Das Problem des gerechten Lohnes.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich unter dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit und unter dem der Zweckmässigkeit betrachten und beurteilen. Es ergeben sich daraus zweierlei, unter Umständen gegensätzliche Forderungen, so dass Kompromisslösungen im Rahmen des „wirtschaftlich Möglichen“ gesucht werden müssen.

Theoretisch wird der Produktivitäts-, bzw. Leistungslohn vom Unterhalts-, bzw. Soziallohn unterschieden. Der Produktivitätslohn hängt von der Leistung ab und entspricht der Grenzproduktivität des Arbeiters, der Soziallohn hingegen richtet sich nach den Lebenshaltungskosten. Die Praxis hält sich weder streng an die eine noch an die andere Lohnart. Der Arbeitsmarkt kennt nämlich sehr unterschiedliche Lohnsysteme, welche auf der verschiedenen Bewertung der Stellenanwärter beruhen. Samuelson z. B. spricht von wirtschaftlichen Minderheiten und meint damit die Neger, Frauen und ältere Leute. Auch betrachtet er den Familienlohn als Grundprinzip der Entlohnung; er hält eine geschlechtsmässige Diskriminierung jedoch für unnötig, die den Männern für die gleiche Arbeit höhere Lohnansätze zugesteht²⁴.

Was unter einem gerechten Lohne zu verstehen sei, lässt sich also nicht ohne weiteres festlegen.

2. Die Komponenten der Lohnbildung und der Lohnhöhe.

Die Lohnhöhe hängt von mehreren Voraussetzungen ab: von der Person des Arbeitnehmers, von seiner Ausbildung und seinen Leistungen, und andererseits von der finanziellen und technischen Stellung, vom Standort des Unternehmens, von der Sozialgesetzgebung des Landes und der Macht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

Seitdem die Möglichkeit kollektiven Handelns besteht, sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zum treibenden

²⁴ „Volkswirtschaftslehre“, S. 95.

Faktor für die Neugestaltung der heutigen Lohn-Preisbildung geworden. Tarifverträge und Teuerungszulagen sind Ergebnisse solcher kollektiver Verhandlungen geworden.

Dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen muss, wird heute allgemein zugegeben. Die richtige Fragestellung ist daher nicht, ob sich der Staat überhaupt an den wirtschaftlichen Problemen beteiligen darf, sondern nach welchen Grundsätzen, in welchem Grade und auf welchem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens er direkt und indirekt seinen Einfluss ausüben soll. Der staatliche Einfluss auf die Lohnhöhe ist ein sehr heikles Problem; denn wenn ein Staat Gesetze erlässt, muss er auch für deren genaue Durchführung Gewähr bieten.

I. Gleicher Lohn für Männer und Frauen?

Gleiche Entlohnung bedeutet gleiche objektive Bewertung der gleichen oder gleichwertigen Arbeit, unabhängig davon, ob sie von einem Mann oder von einer Frau geleistet wird.

Die Frauen in der Schweiz machen fast ein Drittel der unselbstständig Erwerbenden aus, und Produktion und wirtschaftliches Wohlergehen beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf ihrem Fleiss und ihren Leistungen, weshalb die Frage der gleichen Entlohnung volle Aufmerksamkeit verdient.

Es gibt zwei Ansatzpunkte zur Kritik an der üblichen Bezahlung der Frauenarbeit: die Lebenshaltungskosten und die verschiedene Entlohnung von Mann und Frau²⁵.

In den meisten Ländern wird heute dafür gesorgt, dass die Löhne mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten; in der Lohnhöhe jedoch werden allgemein die weiblichen Arbeitnehmer erheblich benachteiligt. S o m b a r t wies seinerzeit nach, dass sich für gleiche Arbeitsleistung der Frauenlohn zum Männerlohn verhält wie 3:5 oder 4:5²⁶. Grund hierfür sollen die andersartigen Leistungen und Interessen der weiblichen Arbeitskräfte sein, eine Folge der verschiedenen Naturen von Mann und Frau. Die Kenntnis der heute international diskutierten Ansichten über das Problem der Frauenlöhne wird ein Urteil erleichtern; deshalb kann der Bericht einer englischen staatlichen Studienkommission ganz gut auch für die Erörterung schweizerischer Verhältnisse als Grundlage dienen. Die englische Studienkommission wurde 1946 gebildet und gab nach eingehenden Untersuchungen einen Mehrheits- und

²⁵ Siehe Näheres „Statut Légal des Travailleuses“, S. 444.

²⁶ „Der moderne Kapitalismus“ Bd. 2, S. 504.

einen Minderheitsbericht über „Equal Pay“ heraus; ihr Inhalt ist ungefähr folgender ²⁷:

A. Die Gründe für die niedrigere Entlohnung des weiblichen Personals

Die Mehrheit der englischen Studienkommission vertritt in ihrem Bericht mit folgenden Argumenten die Auffassung, dass die niedrigeren Frauenlöhne gerechtfertigt seien:

- a) die Leistungen der Frauen sind geringer als die der Männer,
- b) die Frauen werden häufiger durch Krankheit von der Arbeit abgehalten,
- c) sie entwickeln weniger Initiative und Ehrgeiz.

Auch der Minderheitsbericht gibt zu, dass die Leistungen der Frauen manchmal hinter denen der Männer zurückbleiben. Doch stehe die Differenz zwischen den Löhnen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ergebnis der geleisteten Arbeit, besonders da durch Erfindung und Einführung neuer Maschinen die Körperkräfte viel unwichtiger sind als früher. Der Minderheitsbericht nennt folgende Gründe für die niedrigere Entlohnung:

- d) die Frauenverbände sind ungenügend organisiert,
- e) die Arbeitgeber unterschätzen die Frauenarbeit,
- f) die Männergewerkschaften verhalten sich dem Frauenlohn gegenüber feindlich.

B. Die Folgen einer gleichen Entlohnung für Männer und Frauen

1. Im allgemeinen.

Der Mehrheitsbericht nimmt an, dass eine gleiche Entlohnung für die Frauen ungünstige Folgen habe: ihre Leistungen seien geringer, und sie würden den männlichen Arbeitskräften weichen müssen.

Der Minderheitsbericht äussert sich optimistischer. Er glaubt nicht an die Unterlegenheit der Frauenarbeit und meint, dass die Einführung der gleichen Entlohnung Hindernisse beseitige, welche heute noch in manchen Arbeitsgebieten die Einstellung von weiblichen Arbeitskräften erschweren. Der Minderheitsbericht geht sogar soweit, nicht nur keine Krise, sondern sogar einen Aufschwung der Frauenerwerbsarbeit zu prophezeien. Wo freilich die Frauen

²⁷ „Economist“, vom 9. November 1946, S. 740 ff.

weniger leisten, werden sie den Männern weichen müssen; diese Fälle sind jedoch äusserst selten und können niemals die Vorteile der gleichen Entlohnung aufwiegen.

Die Unterschiede in den Arbeitserträgen von Mann und Frau hält der Minderheitsbericht nicht für erwiesen und macht vielmehr darauf aufmerksam, dass die männlichen Arbeitskräfte selbst unterschiedliche Leistungen hervorbringen.

2. Gleiche Entlohnung und Vollbeschäftigung.

Über das Fortbestehen einer Vollbeschäftigung denkt der Mehrheitsbericht pessimistisch: es sei im Augenblick einer wirtschaftlichen Depression gefährlich, die Frauenlöhne den Männerlöhnen anzupassen und dadurch die Lasten der Unternehmer zu erhöhen. Die Minderheit hingegen möchte das Wagnis auf sich nehmen: in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit würden dann mehr Frauen als Männer entlassen, was durchaus tragbar wäre, da durch die Arbeitslosigkeit einer Million Frauen weniger menschliches Leid entsteht, als wenn ebensoviele Männer keinen Verdienst haben.

3. Gleiche Entlohnung auf den verschiedenen Arbeitsgebieten der Frau.

Die Meinungsverschiedenheit der englischen Kommissionsberichte über die Vergleichbarkeit der Leistungen von Mann und Frau besteht nur im Hinblick auf die staatlichen und privaten industriellen Unternehmen. Im Handel, im Verkehrswesen, in der öffentlichen Verwaltung und im Lehramte hat es sich erwiesen, dass die Frauen dasselbe leisten können wie die Männer; die gleichen Löhne erscheinen dort deshalb gerechtfertigt und könnten zu einer Änderung in der Mehr- oder Minderbeschäftigung führen.

II. Die hauptsächlichsten Gründe für die herrschenden Lohnunterschiede zwischen den beiden Geschlechtern

Fünf Hauptgründe sind wohl für die herrschenden Lohnunterschiede verantwortlich:

1. die grössere Bedürfnislosigkeit der Frau,
2. die Einstellung der Frau zu ihrer Arbeit,
3. die geringere, persönliche Machtstellung der Frau,

4. der gesellschaftliche Charakter der Arbeitslohnbildung, d. h. der geringere Einfluss der Frauen in den Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen,
5. die Auffassung, dass die Frauenarbeit in vielen Fällen nur ein Zuschusseinkommen schaffen will.

Der Frauenerwerb muss in den wenigsten Fällen für einen ganzen Familienbedarf aufkommen; in diesem Sinne lässt sich von einer grösseren Bedürfnislosigkeit der Frau sprechen. In den Tarifverträgen werden jedoch besondere Kinder- und Teuerungszulagen berücksichtigt, folglich scheint die verschiedene Einschätzung des Grundlohnes doch auf dem Leistungsprinzip zu beruhen.

Die eigene Einstellung der Frau zu ihrer Arbeit wirkt aber noch entscheidender. Auf Kosten einer passenden Berufswahl und einer gründlichen Ausbildung strebt die Frau einen möglichst frühen, guten Verdienst an. Der Arbeitgeber kann auch tatsächlich mit der weiblichen Arbeitskraft nicht für längere Zeit rechnen, denn die Mehrzahl der Frauen gibt bei ihrer Heirat oder im Laufe der Ehe den Beruf auf. Im allgemeinen ist eben der Beruf für die Frau nur Übergangsstadium und nicht Lebensaufgabe.

Keinerlei Untersuchungen ergeben, dass ein bemerkenswerter Unterschied in der Intelligenz von Knaben und Mädchen besteht. Die Methode Binet-Simon stellt eine starke Abhängigkeit der Kinderintelligenz vom Milieu fest. Zwischen der Befähigung des Mannes und der Frau bestehen gewisse Unterschiede. Es fragt sich jedoch nur, welcher Art diese Unterschiede sind.

Bei den Männern findet man mehr Höchst- und Mindestleistungen, bei den Frauen mehr Mittelleistungen. In vielen Fällen macht die Frau keinen richtigen Gebrauch von den ihr von Natur aus verliehenen Fähigkeiten, so dass diese Gaben vielfach verkümmern.

III. Massnahmen in der Angelegenheit „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

A. Allgemeine Massnahmen

Die Internationale Arbeitsorganisation hat die Ungerechtigkeit und die Gefahr der ungleichen Behandlung von weiblicher und männlicher Arbeitsleistung von Anfang an erkannt und den Grundsatz der gleichen Entlohnung von Mann und Frau als Forderung der sozialen Gerechtigkeit schon in ihre erste Verfassung von 1919

aufgenommen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich, unterstützt von der U.N.O., die Internationale Arbeitskommission an das Studium des gesamten Problems gemacht. Das Internationale Arbeitsamt, die Verwaltungsstelle der I.A.O. hat einen Bericht über die Gesetzgebung und die Praxis der ca. 60 Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Die Internationale Arbeitskonferenz, welche jedes Jahr zusammentritt, beschloss anlässlich ihrer Sitzung vom Juli 1951 die Konvention No. 100 und die Empfehlung No. 90, welche beide das Prinzip der gleichen Entlohnung für gleichwertige Arbeit international als Richtlinie festlegen. Die grundsätzliche Berechtigung dieser Forderung war während der Beratungen übrigens von keiner Seite bestritten worden; man brachte lediglich die bekannten wirtschaftlichen Bedenken vor.

Die Konvention No. 100 fordert, dass der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen und praktischen Mitteln dafür wirken muss, dass die Gleichbehandlung von Mann und Frau auf dem Gebiete der Löhne durchgesetzt und sichergestellt werde. Dieses Übereinkommen setzt offensichtlich einen stark ausgebildeten Staatsinterventionismus voraus. Die Beschlüsse der I.A.O. binden aber nur diejenigen Mitgliedstaaten, die sie ratifiziert und die Ratifikation durch den Generaldirektor haben eintragen lassen. Jedem Mitgliedstaate steht es frei, einen Beschluss zu ratifizieren oder nicht.

B. Die schweizerische Stellungnahme

1. Das schweizerische Lohnniveau.

Die Löhne der Frauen sind infolge des zweiten Weltkrieges und im Zeichen der allgemeinen Lohnnivellierungen prozentual mehr gestiegen als die der Männer; früher waren sie jedoch unverhältnismässig niedriger. Den Vergleich der Lohnsätze gestatten die Tabellen 6 und 8 des zweiten Kapitels; auch die Besoldungsordnung der Bankangestellten setzt z. B. das Lohnmaximum der bestqualifizierten weiblichen Angestellten 32,5 % unter der zweitbesten Kategorie männlicher Angestellter fest.

2. Die Stellungnahme der Schweiz zur Konvention No. 100 und zur Empfehlung No. 90.

Die Ratifikation der beiden Beschlüsse hätte für die Schweiz zur Folge, dass der Bund für das Bundespersonal den Grundsatz

der gleichen Entlohnung anwenden und Kantone, Gemeinden und Privatindustrie dazu ermutigen müsste.

Die liberale und föderalistische Struktur der Schweiz macht aber eine solche Lösung schwierig. Wohl hat der Bund durch die revidierten Wirtschaftsartikel die allgemeine Befugnis erhalten, zum Schutze der Arbeitnehmer Vorschriften zu erlassen. Der Bundesrat hat jedoch erklärt, in der Frauenerwerbsarbeit komme ein staatlicher Eingriff nur dann in Frage, wenn er wegen einer allgemeinen allzu schlechten Entlohnung im öffentlichen Interesse notwendig ist, so wie es z. B. bei der Heimarbeit der Fall war. Aus diesen Gründen lehnten sowohl der Bundesrat wie auch die Schweizerische Nationalversammlung die Ratifikation der Konvention No. 100 und die Empfehlung No. 90 der I. A. K. ab.

Nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich erscheint diese schweizerische Stellungnahme in gewisser Hinsicht verständlich, zumal die Frauen in der Schweiz vielfach in arbeitsintensiven Industrien oder in Berufsgruppen mit geringeren Gewinnmargen beschäftigt werden, so dass eine staatlich befohlene Lohnerhöhung der Konkurrenzfähigkeit dieser Branchen einen empfindlichen Schaden zufügen könnte.

Allerdings mit der Gerechtigkeit haben solche Tatbestände wenig zu tun. Nur solche Staaten können die Konvention No. 100 ratifizieren, welche wie z. B. Belgien und Frankreich, weitgehend eine Beeinflussung der Löhne betreiben. Die Tatsache, dass ein internationales Abkommen mit der Forderung nach der Gleichheit der Entlohnung geschaffen werden musste, beweist, dass die Frauen in allen Ländern noch kaum ihren Leistungen entsprechend eingeschätzt werden.

Schlussbemerkungen

Niemand bestreitet, dass die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ der einfachsten Gerechtigkeit entspricht. Deshalb bemüht man sich in allen Ländern, die Löhne der Frauen an die der Männer anzugleichen. In der Schweiz verzögern Tradition und Vorurteil die Besserung der Position der Frau im öffentlichen und privaten Leben. Wenn die Frauen von der Mitbestimmung an der Verwaltung ausgeschlossen sind und sie der Staat als Arbeitgeber, wenn auch nicht offiziell, so doch in der Praxis, einige Ränge tiefer als ihre männlichen Kollegen einreicht, kann sich auch jeder private Arbeitgeber berechtigt fühlen, an der Leistungsfähigkeit der Frauen zu zweifeln und sie entsprechend zu entlohnen.

Die Verwirklichung des gleichen Lohnprinzips wird vielfach durch die Qualifikation für eine bestimmte Tätigkeit begrenzt, so dass es im allgemeinen schwierig wird, genau zu unterscheiden, ob eine Frau die gleiche oder die gleichwertige Arbeitsleistung wie der Mann vollbringt oder nicht. Die Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt kann nicht allein durch den gleichen Lohn geschaffen werden; die Frauen sollten auch ihre Einstellung zum Berufe und zur Berufsausbildung ändern.

Die weiblichen Arbeitskräfte als Minderheit und jüngerer Teil der Berufstätigen scheinen wirtschaftlich schwächer zu sein. Doch würde eine differenziertere Lohnbemessung im Hinblick auf die Frauenlöhne gerechtere Resultate erzielen. Wenn die Bezahlung der Frau ihrer Leistung, bzw. der Produktivität ihrer Arbeitskraft, entspricht, so kann dies auch auf die schweizerischen Exportindustrien keinen nachteiligen Einfluss haben.

6. Kapitel:

Die weibliche Berufsausbildung

Vorbemerkungen

Die berufliche Ausbildung schafft für die Volkswirtschaft, wie für den Einzelnen, gewisse Vorteile ideeller und materieller Art: Verminderung der Arbeitslosigkeit, bessere Entlohnung der qualifizierten Arbeit und mehr Möglichkeiten zum Vorwärtskommen und Selbständigwerden. Die Statistik beweist, dass in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur relativ weniger gelernte Arbeitskräfte stellenlos werden als ungelernte. Die gelernten Kräfte wechseln auch nicht im selben Masse die Stellen, oder den Beruf, wie es die ungelernten leicht tun. Stackelberg stellt dazu fest: „Wer seit Jahren in einem bestimmten Beruf tätig ist, wird ihn nicht so leicht verlassen, auch wenn sein Lohn gesunken oder der Lohn in einem anderen Beruf gestiegen ist. Die Schwierigkeiten eines Berufswechsels sind desto grösser, je intensiver die Berufsausbildung ist, die die betreffenden Berufe erfordern“²⁸.

Die Berufsbildungsfrage ist auch für die weibliche Erwerbstätigkeit ein wichtiges Problem. Die Frauen haben zwar zu fast

²⁸ „Grundlagen der theoretischen Nationalökonomie“, S. 285.

allen Berufen und Bildungsstätten allmählich Zutritt erlangt. Höhere Posten erhält die Frau aber oft erst nach grossen Anstrengungen. Dies erfordert auch reale Fähigkeiten, was sie sich nur durch eine gründliche Ausbildung aneignen kann.

Das Berufsbildungsproblem tritt heute an jedes junge Mädchen heran, gleichgültig ob es einer wirtschaftlich gehobeneren Schicht entstammt oder nicht. Ausser dem Wunsche, sich an einem Arbeitsplatz behaupten zu können, hat das Bildungsstreben der Frauen andere, tiefer liegende Ursachen: Auch den Frauen geht es um die geistigen Werte, welche die Bildung vermittelt. Der allgemeine Drang nach Erkenntnis liegt im Bildungsstreben der Menschen seit dem 18. Jahrhundert, und immer stärker wird das Bedürfnis, Kultur und Arbeit, Bildung und berufliche Tätigkeit miteinander zu verbinden. Freilich wird dabei heute niemals übersehen, welche grosse materielle Vorteile eine sorgfältige berufliche Ausbildung schaffen kann.

Die natürliche Einstellung eines jeden Mädchens auf Ehe und Mutterschaft erschwert jedoch die volle Hingabe an den Beruf und dessen Ausbildung. Da der grösste Teil der Frauen bei der Heirat die Erwerbstätigkeit aufgibt, kann der Beruf und damit die Berufsausbildung in ihrem Leben nicht die gleiche überragende Stellung einnehmen, wie im Leben des Mannes. Am Anfang seiner beruflichen Laufbahn befindet sich das Mädchen in einer zwiespältigen Stellung. Es sollte sich auf das Erwerbsleben vorbereiten und kann doch jederzeit in die Lage versetzt werden, durch Heirat daraus wieder ausscheiden zu müssen. Deshalb ergreift das junge Mädchen seinen Beruf nicht mit dem gleichen Eifer wie der junge Mann, und trifft oft eine nicht ganz glückliche Berufswahl.

Ganz allgemein wird die Berufswahl durch drei Faktoren bestimmt, durch Neigung, Eignung und Berufsaussichten. Bei den ersten beiden handelt es sich um subjektive, psychologische, beim dritten um objektive, wirtschaftliche Faktoren. Bei einer richtig getroffenen Berufswahl müssten alle drei Faktoren harmonisch zusammentreffen. Je qualifizierter und vielseitiger ein Beruf ist, desto eher kann er dem Berufstätigen Befriedigung bieten. Berufsbildung erfordert in erster Linie Ordnungssinn, Zuverlässigkeit, Sorgfalt und Ehrlichkeit. Durch die Berufsbildung werden einerseits Fähigkeiten und Ansehen erworben; andererseits bietet sie eine Charakterschulung und die Möglichkeit zu innerer Befriedigung.

Berufliche Erziehung vermitteln in erster Linie die Berufsschulen und die Universität. Die Schule erlangte in den vergangenen

hundert Jahren eine solch allgemeine Bedeutung, dass Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses für das allgemeine Bewusstsein mit der Aufgabe der Schule zusammenfallen. Die Schule hat in dem Moment ihre Aufgabe als Erziehungsorgan übernommen, als die traditionellen Erziehungsmassnahmen den Bedürfnissen der Zeit nicht mehr entsprachen.

I. Die historische Entwicklung der Berufsbildung

Im Altertum und im Mittelalter haben die Zünfte der Ausbildung in den handwerklichen Berufen grosse Beachtung geschenkt. Eine oft bis sieben Jahre dauernde Lehrzeit, Lehrlings- und Meisterprüfungen und dazwischen wohlausgenützte Wanderjahre bereiteten den Handwerker auf seine Praxis vor. In dem Masse wie die Zünfte im Monopolismus und Formalismus erstarrten, ging auch ihre erzieherische Wirkung auf den Berufsnachwuchs zurück. Die aufkommende Industrialisierung des 17. und 18. Jahrhunderts und endlich die französische Revolution brachten das Ende der Zunft-herrlichkeit.

In der Schweiz ist nach Abschaffung der Zünfte die berufliche Ausbildung stark vernachlässigt worden. Die Betriebsinhaber sahen oft in den Lehrlingen nur eine billige Arbeitskraft, die sie nach Möglichkeit ausnützten, so dass die Lehrlinge zu Handlangern wurden, mit denen man nach Gutdünken verfahren konnte. Deren Eltern hielten andererseits auch nicht auf eine richtige Lehre; ihnen lag oft nur daran, dass die jungen Leute möglichst rasch einen Lohn nach Hause brachten. Unter diesem beiderseitigen, kurzsichtigen Eigennutz musste natürlich die Ausbildung leiden.

Die Handels- und Gewerbefreiheit brachte auch die Freiheit der Berufswahl und der Ausbildung. Diese Entwicklung hat freilich einen vorübergehenden Niedergang der systematischen und zielbewussten Lehre zur Folge gehabt; der Rückschlag wurde aber vielfach durch die Entfaltung brachliegender Berufskräfte aufgewogen. Angeregt durch die Ideen und Versuche Pestalozzis und seiner Schüler, vor allem E. von Schellenbergs, gründeten im 19. Jahrhundert alle europäischen und gewisse nordamerikanische Staaten Handwerkers-, Landwirtschafts- und Handelsschulen, welche die praktische Lehre theoretisch zu ergänzen suchten.

Neben der Meisterlehre und den Fachschulen erreichte die Einrichtung besonderer industrieller Lehrwerkstätten eine gewisse Bedeutung. In grossen Betrieben mit hoch entwickelter Arbeitsteilung

liegt allerdings in der Einseitigkeit der Ausbildung eines Lehrlings eine gewisse Schwierigkeit.

Lange Zeit blieb die vorherrschende Art der Berufsbildung auf die Lehre im Betrieb selbst beschränkt. Als man zur Einsicht kam, dass bei einer rein privatrechtlichen Regelung die Sonderinteressen leicht den eigentlichen Zweck der Lehre in den Hintergrund drängen, wurde das Verlangen nach einer staatlichen Regelung der Berufsbildung laut. In der Schweiz wurde dies durch das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930 erfüllt. Dieses Gesetz hat bereits eine nachhaltige Wirkung auf das Denken und die Einstellung aller Kreise zu den Berufsbildungsfragen ausgeübt. Die klare Ausscheidung der Kompetenzen, die zweckmässigen Einrichtungen für die praktische und theoretische Wissensvermittlung und das Gewicht des eidgenössischen Lehrausweises haben erreicht, dass die Lehre heute von Eltern und Jugendlichen mit Recht grosses Vertrauen geniesst.

Die beiden Weltkriege und der Kampf um die Weltmärkte haben einen weiteren merklichen Aufschwung aller Bemühungen um die berufliche Ausbildung der Jugend gebracht. Diese gesunde Entwicklung wird bestärkt durch die Bemühungen, der Landflucht, der Verstädterung und der Überfüllung der intellektuellen Berufe entgegenzutreten. Diese Bemühungen werden erst dann Erfolg haben, wenn die manuellen Berufe dank der gründlichen Ausbildung an Wertschätzung gewinnen und bei Eltern und Jugendlichen mit den intellektuellen Berufen konkurrieren können. Es ist eindeutig erwiesen, dass die Anziehungskraft eines Berufes steigt und fällt mit der Sorgfalt und dem Aufwand, die zu seiner Ausbildung verwendet werden. Man kehrt heute also in der Regel zur planmässigen, obligatorischen Berufslehre zurück, ähnlich wie in den Zunftzeiten, nur erfasst die Lehre mehr Berufe, und das Ausbildungswesen ist der Oberaufsicht des Staates unterstellt.

Das moderne Berufsleben steht im Zeichen der Organisation und der kollektiven Lösungen; ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung für das Berufsleben muss ebenso wichtig genommen werden wie die staatlichen Interventionen. In der Schweiz leisteten die Verbände einen wesentlichen Beitrag an die Gesetzesentwürfe und Reglemente für die einzelnen Berufe, wie die Bestimmung der Berufsbezeichnung, die Anforderungen an den Lehrbetrieb, die Lehrdauer, das Lehrprogramm und die Prüfungsanforderungen. Das Kapitel 7 widmet deshalb den Verbänden eine ausführliche Besprechung.

II. Die Berufsberatung

Der verschärfte Konkurrenzkampf und die Tendenz zur Qualitätsverbesserung der Produkte zwingen im Wirtschaftsprozess zu einer stärkeren Berücksichtigung der menschlichen Arbeitskraft. Beides führt zur besonderen Beachtung der Berufsbildung und deren wichtigster Voraussetzung, der Berufswahl. Ohne körperliche und geistige Eignung wird die beste Ausbildung kein befriedigendes Ergebnis zeitigen.

Fast ebenso wichtig wie eine qualitative Auslese ist die quantitative Berufszuweisung. Nicht die qualitative Steigerung der Arbeitsleistung selbst vermindert die Arbeitslosigkeit; ein Haupterfordernis ist die planmässige Einordnung des Berufsnachwuchses in die Nachfrage des Arbeitsmarktes. An diesem Punkte setzt die wichtige Aufgabe der Berufsberatung ein.

Die Berufsberatung muss zweierlei bedenken: Sie muss sich ebenso sehr nach der Wirtschaft und ihren Bedürfnissen richten, wie sie sich um den Berufsanwärter, welcher der Wirtschaft zugeführt werden soll, annimmt. Die Berufsberatung soll aber, wie schon das Wort sagt, nie mehr als lediglich Beratung sein und nicht etwa auf den Berufsanwärter einen Zwang ausüben. Die Berufsberatung gehört zu den Aufgaben der Wirtschafts-, Sozial- und Erziehungspolitik. Aus der Vielgestaltigkeit ihres Aufgabenkreises ergeben sich die besonderen Schwierigkeiten, die sich ihrem organisatorischen Aufbau und ihrer tatsächlichen Ausübung entgegenstellen.

Der Berufsberater und die Berufsberaterin müssen psychologische Praktiker sein, die den richtigen Menschen an den richtigen Platz eingliedern können. Es ist auch von grösster Wichtigkeit, dass die Berufsberatung Kontakt mit dem praktischen Wirtschaftsleben besitzt. Jahr für Jahr steigt der Prozentsatz der Schulentlassenen, die eine Berufsberatungsstelle aufsuchen. 1951 z. B. betrug der gesamtschweizerische Durchschnitt der Ratsuchenden 47 % der Schulentlassenen.

Die weibliche Berufsberatung kennt besondere Schwierigkeiten. Sie muss vor allem im jungen Mädchen den Wunsch wecken, seiner Begabung entsprechend etwas Aussichtsreiches zu erlernen. Die Berufsberatung soll auch versuchen, die Auffassung der Frau von Sinn und Zweck der Erwerbsarbeit so zu lenken, dass sie die Berufswahl ernst nimmt und nicht nur als Provisorium betrachtet. In diesem Sinne hat die Schweizerische Zentralstelle für Frauenberufe,

welche 1923 im Rahmen des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge in Zürich gegründet wurde, schon vorzügliche Dienste geleistet.

III. Die Berufsausbildung der Mädchen

Die Einrichtungen für die weibliche Berufsausbildung in der Schweiz scheinen verwirrend und kompliziert zu sein. Es besteht eine Vielfalt eidgenössischer und kantonaler Gesetze, welche direkt oder indirekt die Berufsbildung beeinflussen. Daneben bleibt vieles der Selbstorganisation überlassen.

Der Aufbau der beruflichen Ausbildung für Mädchen lässt sich schematisch folgendermassen gliedern ²⁹:

A. auf gesetzlicher Grundlage:

1. Berufsbildungsgesetz:

des Gastgewerbes,
die Berufe des Handwerks,
der Industrie,
des Verkehrs,
des Handels,

2. kantonale Schulgesetze:

die Lehrberufe,

3. kantonale und eidgenössische Gesetzgebung: die akademischen Berufe.

B. ohne gesetzliche Grundlage:

1. die hauswirtschaftlichen Berufe,
2. die Pflegeberufe,
3. die medizinischen Hilfsberufe,
4. die Sozialarbeit,
5. die künstlerischen Berufe.

A. Die Berufe auf gesetzlicher Grundlage

1. Die vom Berufsbildungsgesetz erfassten Berufe.

Wenn man von Berufsbildung spricht, denkt man unwillkürlich an die Lehrlingsausbildung. Diese hat auch stets im Vordergrund

²⁹ Siehe Näheres Niggli Gertrud, „Besonderheiten der weiblichen Berufsbildung“.

gestanden, und man hat ihr traditionsgemäss die grösste Bedeutung zugemessen.

Lehrlinge im Sinne des Gesetzes sind Lehrlinge und Lehrtöchter, und die Ausbildungsreglemente gelten gleicherweise für beide. Theoretisch kann also ein Mädchen irgend einen der reglementierten Berufe erlernen. Praktisch kommen aber nur wenig in Frage, weil viele gewerbliche Berufe aus Gründen der Eignung und der Neigung für Mädchen ausser Betracht fallen.

Im Handwerk liegen die wichtigsten von Mädchen erlernten Berufe im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Eine Besonderheit der weiblichen Berufsausbildung im Gewerbe stellt die starke Verbreitung der Lehrwerkstätten neben der Meisterlehre dar. Die Frauenarbeits- und Frauenfachschulen, von denen die bedeutendsten in den Jahren 1879—1895 gegründet worden sind, führten anfänglich nur Nähkurse für den Hausgebrauch durch, sie übernahmen aber bald mit Erfolg die Ausbildung von Lehrtöchtern. Diese Schulen verstanden es, stets den Zeitbedürfnissen zu entsprechen, so dass sie sich später ohne Schwierigkeiten in das System der eidgenössischen Ausbildungsreglemente eingliedern liessen. In den Berufen der Damenschneiderin, der Modistin usw. ist es seit vielen Jahren eine Ermessensfrage der Eltern, ob sich ihre Tochter einer Fachschule oder einer Meisterin anvertrauen soll; für andere Berufsausbildungen, z. B. für das graphische Gewerbe, die Buchbinderei, die Bearbeitung von Edelmetallen, sind die Mädchen auf die Gewerbeschulen angewiesen, da ihnen der Zugang zur Meisterlehre nicht oder höchstens ausnahmsweise offensteht. Auch für die Gärtnerei waren die Mädchen jahrzehntelang auf die Gartenbau-schulen angewiesen. Neuerdings aber wächst die Bedeutung der praktischen Lehre.

Das Berufsbildungsgesetz erstreckt sich auch auf die Industrie-berufe. Die für die Frauen geeignete industrielle Arbeit ist meist irgend eine Teilarbeit und eignet sich wenig für die Schaffung von Berufslehren, sondern eher für die Anlehre. Das Berufsbildungs-gesetz unterstützt diese jedoch weder organisatorisch noch materiell, so dass die Einrichtung der systematischen Anlehre nicht über be-scheidene, von einzelnen Betrieben getragene Anfänge hinaus gediehen ist.

Die im Handel reglementierten Berufe (Büro- und kaufmännische Angestellte, Verkäuferin, Buchhandlungsgehilfin, Schaufenster-dekorateurin etc.) können alle in gleicher Weise von Lehrlingen und

Lehrtöchtern erlernt werden. Je nach Beruf beträgt die Ausbildungszeit $1\frac{1}{2}$ —3 Jahre.

Im Gastgewerbe bestehen eigene Reglemente für die Ausbildung der Köchin und der Serviertochter, andere als für die des Kochs und des Kellners. So wurde z. B. der Lehrbeginn für den Kellner auf 16 Jahre, für die Serviertochter auf 18 festgesetzt; die Lehrzeit des Kellners beträgt 2 Jahre, die des Kochs $2\frac{1}{2}$; die Serviertochter und die Köchin lernen nur $1\frac{1}{2}$ Jahre. Bei der Köchin hat sich der Gedanke einer geregelten, praktischen und theoretischen Berufsbildung rasch durchgesetzt, bei der Serviertochter jedoch muss man voraussichtlich mit einer längeren Anlaufzeit rechnen.

Da sich der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes nicht auf die Transportanstalten des Bundes erstreckt, werden die Telephonistinnen, Telegraphistinnen und Postgehilfinnen nicht von dem Gesetze erfasst. Die Generaldirektion der P. T. T. hat deshalb für die beiden erstgenannten Berufe eine 12-monatige Probe- und Anlernzeit eingerichtet, und die Postgehilfinnen gelangen über den Weg einer 10-monatigen Anlernzeit in die Postämter.

2. Die von den kantonalen Schulgesetzen erfassten Berufe.

Der Bund greift nur mit wenigen Bestimmungen in das Schulwesen ein. Zu diesen Ausnahmen zählen die eidgenössischen Bestimmungen über die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen und die Vorschriften über die Maturitätsprüfungen. Im übrigen ist das Schulwesen Sache der Kantone, weshalb in der Schweiz 25 Schulgesetze bestehen. Über die Ausbildung der Lehrer und die Besonderheiten in der Ausbildung der Lehrerinnen lässt sich deshalb wenig Gemeinsames sagen. Zur Ausübung der Lehrfähigkeit an einer öffentlichen Schule ist das Wahlfähigkeitszeugnis des Kantons erforderlich, wobei die zuständigen kantonalen Behörden die Ausweise bestimmen, welche zur Erlangung des Wahlfähigkeitszeugnisses nötig sind. In der Regel unterhält der Kanton eine eigene Lehrerbildungsanstalt, deren Organisation er selbst bestimmt.

Interessanterweise sind die Lehrerinnenbildungsanstalten die ersten Berufsschulen für Frauen gewesen. 1837 öffneten sich den Frauen das erste Seminar, 1857 wurden zum ersten Mal Mädchen in einer Handelsschule und 1868 an der Universität Zürich aufgenommen.

3. Die akademischen Berufe.

In den von der kantonalen und der eidgenössischen Gesetzgebung erfassten akademischen Berufen unterstehen männliche und weibliche Studierende den gleichen Immatrikulations- und Prüfungsordnungen an allen Fakultäten der Universität und der Eidgenössischen Technischen Hochschule.

B. Die Berufe ohne gesetzliche Ausbildungsgrundlage

Für die hauswirtschaftlichen, die Pflege- und die medizinischen Hilfsberufe, für die Sozialarbeit und die künstlerischen Berufe gibt es noch keine gesetzliche Regelung. Es sind, der letztere ausgenommen, bezeichnenderweise alles Tätigkeiten, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden. Die früher enge Verknüpfung der Ausbildungsfrage mit dem Gewerbe hat eine Prüfung der beruflichen Ausbildung als Gesamtproblem verhindert. Die neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung sind im Jahre 1947 angenommen worden, so dass die Möglichkeiten, welche sich aus dem neuen Artikel 34ter für den Hausdienst ergeben, geprüft und realisiert werden könnten.

1. Die hauswirtschaftlichen Berufe.

Die ganzen Berufsbildungsbestrebungen auf dem hauswirtschaftlichen Gebiet werden bis heute von den Frauen getragen und gefördert: von den Berufsberaterinnen, den schweizerischen und kantonalen Arbeitsgemeinschaften für den Hausdienst und von den Landfrauenorganisationen.

2. Die Pflegeberufe.

Schon viele Jahre bemühen sich die Organisationen der Pflegeberufe, eine eidgenössische Gesetzgebung über die Ausbildung und eine Erweiterung des Artikels 34ter der Bundesverfassung zu erreichen. In den letzten Jahren ist ihnen von anderer Seite Hilfe zugekommen: eine ganze Reihe von Kantonen hat Verordnungen und Gesetze erlassen, welche die berufliche Ausbildung von einer behördlichen Bewilligung abhängig machen. Die älteren Verordnungen umfassen nur die Krankenpflege, die neueren alle Pflegeberufe, wie die Hebammen, die Wochen-, Säuglings- und Kinderpflege. Gewöhnlich wird die Bewilligung generell den Mitgliedern von schweizerischen Berufsorganisationen erteilt. Auf diese Weise

ist zwar die Ausbildung von einer gesetzlichen Regelung unberührt geblieben; aber dadurch, dass die Kantone die geschaffenen Bildungsstätten anerkennen und sie zur Voraussetzung für die Bewilligung eines Berufsausweises machen, haben die anerkannten Schulen doch eine wesentliche Stärkung erfahren. Während die Krankenpflege im 19. Jahrhundert fast ausschliesslich in Ordens- und Diakonissenhäusern erlernt werden konnte, entstanden um die Wende des 20. Jahrhunderts in grösserer Zahl die freien Pflegerinnenschulen.

3. Die medizinischen Hilfsberufe.

Mit Ausnahme der Laborantinnen fehlt für die Ausbildung medizinischer Hilfskräfte das ordnende Prinzip. Wohl bestehen Richtlinien über die Ausbildung, wie z. B. die Vorschriften, welche vom Schweizerischen Verband medizinischer Laborantinnen und von der Schweizerischen Röntgengesellschaft erlassen worden sind. Art und Umfang der Berufsausbildung werden jedoch ausschliesslich von der einzelnen Schule oder dem Ausbildungsbetrieb bestimmt. Bei der Massage und Fusspflege werden die Zulassungsbedingungen in einigen Kantonen durch die Sanitätsgesetzgebung geordnet, nicht aber die Berufsausbildung.

4. Die Sozialarbeit.

Zur Sozialarbeit zählen die Berufe der Fürsorgerin, der Sozialsekretärin, der Anstaltserzieherin und der Anstaltsmutter. Auf diesem Gebiete sind bis heute die Schulen in Genf, Luzern und Zürich die alleinigen Träger der beruflichen Ausbildung geblieben. Sie werden zwar durch öffentliche Subventionen in ihren Aufgaben unterstützt, doch sind sie in ihrem Bildungsziel unabhängig von behördlichen Erlassen. Auch mit den bestehenden Berufsverbänden sind die genannten Schulen verbunden, aber in keiner Weise an deren Vorschriften gebunden.

5. Die künstlerischen Berufe.

Bei den künstlerischen Berufen wird es voraussichtlich zu keiner gesetzlichen Regelung kommen können. Es wird immer dem Ermessen der Kunstakademie, des Konservatoriums oder der Schauspielschule anheimgestellt bleiben, wie die Künstler auszubilden seien, um sie zur künstlerischen Reife zu führen.

Schlussbemerkungen

Die Jugend von heute ist das Volk von morgen. Die berufliche Ausbildung verdient deshalb besonderen Ernst. An der Berufsbildungsfrage zeigt sich, wie weit es dem Machtbereich der verantwortlichen Organe eines Staates überlassen sein kann, dem Arbeitsprozess die zukünftige Richtlinie zu geben. Die Qualität und das Ansehen der schweizerischen Berufsbildungsstätten kommt den Frauen zugute. Doch müsste auf der weiblichen Seite noch mehr Ernst für die Berufswahl aufgebracht werden.

Durch gewisse arbeitsorganisatorische Neuregelungen kann man den Mangelberufen, etwa der Hauswirtschaft und den Pflegeberufen, grössere Anziehungskraft verleihen und den Andrang zu überfüllten Berufen durch schwierige Fachprüfungen kontingentieren.

Wenn mit der Zeit die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen wachsen, wird vielleicht das junge Mädchen lieber eine gründliche Ausbildung durchmachen, so dass eine berufsbewusste weibliche Generation entsteht.

7. Kapitel:

Die Organisierbarkeit der erwerbstätigen Frauen

Vorbemerkungen

Das zwanzigste Jahrhundert wird oft das „Jahrhundert der Verbände und Kartelle“ genannt, und auch die moderne, grundsätzlich freiheitliche Marktwirtschaft der Schweiz ist mit einer grossen Anzahl wirtschaftlicher Vereinigungen durchsetzt. Die helvetische Republik hat seinerzeit die Prinzipien der französischen Revolution sehr entschieden angewandt und die alten Zünfte aller Vorrechte entkleidet. Inzwischen sind aber andere Verbände entstanden und nehmen heute im schweizerischen Wirtschaftsleben wieder eine massgebende Stellung ein. Die Geschichte der schweizerischen Sozialgesetzgebung zeigt deutlich, dass die Staatseingriffe mindestens ebenso sehr durch die Verbände wie durch die sozialpolitische Doktrin vorbereitet wurden. Eine wirtschaftliche Betrachtung kann infolgedessen die Rolle der Verbände nicht übersehen; im Zusammenhang mit dieser Arbeit interessiert die Einstellung der erwerbstätigen Frauen gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen.

I. Die Schweizerischen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen

„Wer den Staat zur Wirtschaftslenkung braucht, muss politische Kräfte und Organisationsmittel entfalten, um diesen Staat zu beeinflussen“³⁰.

Die Menschen verbinden sich aus den verschiedensten Gründen zu Organisationen. Doch haben der Kampf ums Dasein und die zunehmende Materialisierung unseres Lebens bewirkt, dass ein Motiv heute dominiert: der menschliche Egoismus mit seinem wirtschaftlichen Interesse an Erwerb und Besitz materieller Güter. Die Arbeitsteilung in der Produktion bringt die Gliederung der Werktätigen in verschiedene Berufe mit sich. Die Gemeinsamkeit der Interessen unter den Angehörigen eines Berufes lassen sie Organisationen bilden. Aber auch die gleiche Stellung im Berufe kann Gruppen bilden helfen; so sind z.B. die Arbeiter-, Angestellten- und Arbeitgeberorganisationen entstanden. Gemeinsam ist allen diesen Vereinigungen ihr soziologischer Charakter. Sie sind gruppenegoistische Organisationen. Diese wirtschaftlichen Interessenverbände können bei den Volksabstimmungen selbständig Stellung beziehen und haben im Parlament ihre Vertreter; dadurch entsteht vielfach eine direkte Abhängigkeit der Regierung von diesen geschlossenen Organisationen.

Die wirtschaftspolitischen Eingriffe des Staates wurden durch die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gegründeten ersten Landes- und Spitzenverbände einzelner Wirtschaftsgruppen begünstigt. Der Schweizerische Gewerbeverband wurde im Jahre 1879, der Schweizerische Arbeiterbund, der Vorläufer des heutigen Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, 1887 und der Schweizerische Bauernverband 1897 gegründet. Obwohl er für die wirtschaftliche Position der erwerbstätigen Frauen keine Bedeutung hat, muss an dieser Stelle als wichtiger schweizerischer Landesverband der Schweizerische Handels- und Industrieverein genannt werden. Dieser besteht seit 1870 und gliedert sich in regionale Verbände mit einem immer noch als „Vorort“ bezeichneten Vorstand und einer Schweizerischen Handelskammer als ständigem Organ.

Die wachsenden interventionistischen Bestrebungen und die entstehenden wirtschaftlichen Interessenorganisationen haben sich in der Folge wechselseitig gefördert. Zuerst wurden sie von unten her aufgebaut und entwickelten dann ein System von Haupt- und

³⁰ Gruner Erich, „Wirtschaftsverbände und Staat“, Schweizerische Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft“, Heft 1, 1954, S. 11.

Nebenverbänden, von Konträr- und Komplementärorganisationen mit gegenseitigem Übereinkommen, wie etwa den Gesamtarbeitsverträgen, den Kapitalverflechtungen, den Gesamtlieferungsverträgen u. a. m., ausgebildeter als es die meisten anderen Volkswirtschaften kennen. In vielen Fällen dienen die Verbände und Organisationen dem Allgemeinwohl, namentlich im sozialen Ausgleich, in der Berufsbildung, der Materialbeschaffung und der Materialzuteilung. Zweifellos wirkt die Tätigkeit der Verbände eine Reihe schwerwiegender Probleme auf. Sie verkörpert eine Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, die zwar nicht den kapitalistischen Verschmelzungen und der Konzentration durch Verdrängen der Kleinbetriebe durch die Grossbetriebe gleichzusetzen ist, aber dennoch tiefgreifende Einflüsse auf die Produktion und die Einkommensverteilung, auf die Preise, Löhne und die Konjunktur-entwicklung hat.

II. Die Beteiligung der erwerbstätigen Frauen an den Wirtschafts- und Berufsorganisationen der Schweiz

A. Im allgemeinen

Auch die erwerbstätigen Frauen haben an der oben beschriebenen Entwicklung teilgenommen. Ihren Beitrag haben sie vor allem auf den Gebieten der Sozialpolitik geleistet, auf Gebieten also, welche der Art der Frau und ihren typischen Interessen entsprechen.

Im grossen Ganzen spielt die Frauenbewegung im schweizerischen Wirtschaftsleben eine nicht unwichtige Rolle; sie erschöpft sich jedoch nicht in wirtschaftlichen Zweckverbänden, sondern wirkt auch in den gemeinnützigen, religiösen, politischen und kulturellen Organisationen.

B. Die einzelnen Verbände ⁸¹

1. Die Berufsverbände.

Die gemeinnützigen Frauenvereine haben ihre Wirksamkeit schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts entfaltet, die Berufsverbände entstanden erst etwas später. Als erste sammelten sich 1881 die Kindergärtnerinnen im Schweizerischen Kindergartenverein. 1893 wurde der Schweizerische Lehrerinnenverein gegründet; einige Jahre später folgten die Gewerbe-, Haushaltungs- und Arbeits-

⁸¹ Siehe Näheres Nef Clara, Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Artikel über die „Frauenbewegung“, Bd. 1, S. 452 ff., 1939.

lehrerinnen nach. 1895 bildeten die Hebammen den Schweizerischen Hebammenverein, während erst bedeutend später der Schweizerische Krankenpflegebund, der Wochen- und Säuglingspflegerinnenbund und der Schweizerische Verband der Pflegerinnen für Nerven- und Gemütskranke gegründet wurden. Auch die Post-, Telegraph- und Telephonehilfinnen, das weibliche Hotel- und Wirtschaftspersonal, die Gärtnerinnen usw. schlossen sich zusammen. Ferner bildete sich der Schweizerische Frauengewerbeverband, der für eine einheitliche Vorbildung der weiblichen Lehrlinge eintrat, Fachkurse für Meisterinnen einführte und die gewerbliche Frauenarbeit durch erhöhte Qualitätsproduktion und durch fortgesetzte Aufklärung des kaufenden Publikums zu heben versuchte.

Ausser diesen Verbänden bestehen heute in der Schweiz eine Gruppierung der sozial arbeitenden Frauen, die Gesellschaft Schweizerischer Malerinnen und Bildhauerinnen, der Schweizerische Verband der Akademikerinnen und weitere Vereine und Verbände, welche sich für die Förderung von Kunst, Bildung und gesunden Sport einsetzen.

2. Die Produzenten- und Konsumentenverbände.

Die Landfrauen einerseits und die Hausfrauen andererseits organisierten sich später als die Berufsverbände. Während die ersteren die Interessen der landwirtschaftlichen Produzentenkreise im Auge haben, suchen die Frauen als Konsumenten durch den Zusammenschluss in Konsumgenossenschaften preisliche Vorteile zu erzielen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hausfrau kann im Verlaufe dieser Arbeit leider nicht genügend hervorgehoben werden; bei dieser Gelegenheit sei aber wenigstens auf die wichtige Stellung der Hausfrau in der Verbrauchswirtschaft hingewiesen. Die frühere akademische Volkswirtschaftslehre anerkannte überhaupt nur diese Bedeutung der Frau. Davon zeugt die Abhandlung von Lorenz von Stein, welche trotz ihrem scheinbar umfassenden Titel ausschliesslich der weiblichen Hausarbeit gilt; sie hebt Ordnungssinn und Sparsamkeit der Frau hervor, erwähnt aber mit keiner Silbe die Frauenerwerbsarbeit, die damals (1875) recht beträchtlich war³².

Die grössten Konsumgenossenschaften, der Verein Schweizerischer Konsumvereine und die Migrosgenossenschaft, vertreten die Ansicht,

³² Siehe Näheres v. Stein Lorenz: „Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“.

dass jeweilen auch eine Delegation von Hausfrauen an den Jahresversammlungen teilnehmen sollte. In den genossenschaftlichen Verwaltungen dieser beiden grössten schweizerischen Konsumentenorganisationen begegnet man aber selten einem weiblichen Verwaltungsrat.

3. Vereinigungen zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens in verschiedenen die Frauen betreffenden Fragen.

- a) Dank dem wachsenden Interesse der Frauen an den öffentlichen Angelegenheiten begannen die Vereine, sich mit der Förderung des Frauenstimmrechtes zu beschäftigen. Schon 1896 bildeten sich auf dieses Ziel ausgerichtete Vereinigungen; ihre Zahl nahm rasch zu, und 1909 schlossen sie sich im Schweizerischen Verband für Frauenstimmrecht zusammen. Dieser setzt sich für die Beseitigung der darin enthaltenen Unbilligkeiten gegenüber der Frau ein.
- b) In den meisten Kantonen schlossen sich die örtlichen Verbände zu kantonalen Frauenzentralen zusammen. Diese Vereinigungen gehen überall dort gemeinsam vor, wo es sich um kantonale Aufgaben oder Aktionen handelt.

Die Zunahme der Frauenorganisationen führte zur klaren Abgrenzung der verschiedenen Arbeitsgebiete und zur Zentralisation der gleichartigen Bestrebungen. Aus einem ersten Kongress für Fraueninteressen entstand 1896 die Idee einer Sammlung der Frauen auf schweizerischem Boden, die 1899 zur Gründung des Bundes Schweizerischer Frauenvereine führte.

Der Bund Schweizerischer Frauenvereine ist eine neutrale, übergeordnete Spitzenvereinigung, der ein grosser Teil aller bisher genannten Frauenvereine als selbständige Bundesvereine angeschlossen sind. Trotz seiner politischen und konfessionellen Neutralität haben sich diesem Bunde die katholischen Verbände nicht angeschlossen, jedoch die meisten protestantischen, sowie einige christkatholische und israelitische Vereine.

4. Die katholischen Frauenvereine.

Die katholischen Frauenvereine gründeten ihrerseits im Jahre 1912 den Schweizerischen katholischen Frauenbund, dem weitaus die meisten katholischen Frauengruppen angehören, wie z. B. die schweizerischen Gruppen des internationalen katholischen Verbandes

der Mädchenschutzvereine, der Schweizerische katholische Fürsorgeverein, der Verein katholischer Lehrerinnen, die Schweizerische Vereinigung katholischer Sozialarbeiterinnen, u. a. m. Der Verband katholischer Arbeiterinnenvereine bildet seiner wirtschaftlichen und sozialen Interessenverteidigung wegen eine Einheit mit dem Verband christlich-sozialer Organisationen der Schweiz und dem christlich-sozialen Arbeiterbund der Schweiz.

5. Die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vereine.

Auch die sozialdemokratischen Frauen gehören nicht zum Bund Schweizerischer Frauenvereine. Im Jahre 1890 entstand der Zentralverband Schweizerischer Arbeiterinnenvereine. Er kam zur Überzeugung, dass er nur innerhalb der allgemeinen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung gemeinsame Ziele erkämpfen kann.

Der Hauptunterschied zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Organisation der Frauen besteht darin, dass auf der Seite der Bürgerlichen der Anstoss von den Frauen selbst ausging, die erfolgreich hervortraten, lange bevor die bürgerlichen Parteien sich mit der Frauenfrage befassten, während die sozialistischen Frauenorganisationen von der Partei aus gegründet wurden.

So kennt heute die Schweiz keine gesonderte gewerkschaftliche und politische Arbeiterinnenbewegung mit eigenem Charakter und eigenen Problemen, und die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen sammeln unter vorwiegend männlicher Führung beide Geschlechter. Die Arbeiterinnen in Industrie und Handwerk lassen sich im allgemeinen schwerer organisieren als ihre männlichen Kollegen; die Frauen machen nur 12 0/0 der Mitglieder der Gewerkschaften aus. Dies hat seine Ursache erstens in der Zusammensetzung der weiblichen Arbeiterschaft und zweitens in der Mentalität der Frau. Die weibliche Industriearbeiterschaft rekrutiert sich, wie bereits erwähnt, vorwiegend aus jungen, un- oder angelernten Arbeiterinnen und nur aus verhältnismässig wenigen gelernten Arbeiterinnen. Aber gerade die gelernten Kräfte lassen sich leichter zum Eintritt in eine Gewerkschaft bewegen; sie fühlen sich stärker mit ihrem Berufe verbunden und wollen dank ihrer anerkannten Kenntnisse und als Verbandsangehörige ihrem Arbeitgeber gegenüber sicherer auftreten.

Die gelernten gewerblichen Arbeiterinnen lassen sich schwer organisieren, weil ihr Kontakt mit den anderen Arbeiterinnen gering

und der mit dem Arbeitgeber eng ist; zudem besteht für die Arbeiterin des Kleinbetriebes die Möglichkeit der späteren Verselbstständigung, was das Bewusstsein der Arbeitnehmerschaft schwächt und die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen vermindert.

Gerade die jungen Mädchen in der Schweiz hoffen immer, durch die Ehe von den Nachteilen des Erwerbslebens befreit zu werden; dieser Umstand lässt bei ihnen kein grosses Interesse an den gewerkschaftlichen Organisationen aufkommen. Die älteren, unverheirateten Frauen fürchten, man könne sie wegen einer Verbandsangehörigkeit eher entlassen, oder sie scheuen die Beitragszahlung. Die verheirateten Frauen endlich zeigen eine ausgeprägte Abneigung gegen die Gewerkschaften, denn sie widmen sich in der Freizeit lieber ihren Familien als dass sie Vereinsabende besuchen. Trotz all diesen Schwierigkeiten wird anerkannt, dass die Frauen oft wertvolle Beiträge zu leisten vermögen, wenn sie sich einmal zum Beitritt zu einem Verbands entschlossen haben. Im allgemeinen ziehen die Frauen die Gewerkschaften mit konfessionellem Charakter den neutralen gewerkschaftlichen Verbindungen vor.

Den Frauen fehlt leider oft das Solidaritätsgefühl und die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder gelten als Konjunkturmitglieder, d. h. sie treten in wirtschaftlichen Blütezeiten leichter den Gewerkschaften bei, wenn leicht positive Erfolge, wie Lohnerhöhungen und Ferien, zu erobern sind. Sie verlieren aber sofort ihr Interesse an der gewerkschaftlichen Verbundenheit, wenn die wirtschaftliche Ungunst die Führung von Bewegungen erschwert. Diese Haltung trifft man vielfach bei den an- und ungelernten Arbeitern beiderlei Geschlechts; nur die gelernten, männlichen Kräfte sind berufsbewusster.

Über die Mitgliederbeitragsätze der Frauen erlassen die Gewerkschaften abweichende, der durchschnittlich kürzeren Mitgliedschaft der Frau entsprechende Bestimmungen. Die Frauen haben geringe Bedürfnisse, sind wenig fähig und gewillt, sich zu wehren, und besitzen im allgemeinen wenig Urteilsfähigkeit über die Natur der Arbeitsverhältnisse; im unorganisierten Zustand können sie sich deshalb leicht gefährlicher als die unorganisierten, männlichen Arbeiter für die Gewerkschaften auswirken.

Die beiden Geschlechter sind in verschiedener Verteilung bei den Verbänden des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vertreten. Die frauenreichen Verbände, wie z. B. der Textilarbeiterverband,

der eine Industrie mit verhältnismässig vielen Arbeiterinnen organisiert und daher grosses Gewicht darauf legt, auch die Mehrzahl der Frauen zu erfassen, bilden den einen Typus der Gewerkschaftsbewegung, der Lithographenbund, der keine weiblichen Mitglieder hat, gehört zum andern. Im Textilarbeiterverband besitzen z. T. die männlichen Textilarbeiter wegen des Übergewichts der Frauenarbeit einige jener Eigenschaften, die sonst für weibliche Mitglieder typisch sind. Sie sind meistens an- oder ungelernt, werden relativ schlecht bezahlt und scheinen den gewerkschaftlichen Ideen schwerer zugänglich. Da nur ein zahlenmässig kleiner Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern besteht, kann sich die Frau im Verbandsheimisch fühlen.

Die meisten Verbandszeitungen beschäftigen sich regelmässig mit den Fragen der Arbeiterinnen, sprechen eine einfache Sprache und berücksichtigen das weibliche Bedürfnis nach Gemütsnahrung³³.

III. Das Wirken der Organisationen und Frauenverbände für die Besserung der wirtschaftlichen Berufsposition der erwerbstätigen Frauen

A. Im allgemeinen

Betrachtet man die verschiedenen Berufsorganisationen, so fällt auf, dass die Frauen dort, wo sie an ihren Berufsverhältnissen auf lange Sicht interessiert sind, auch in grösserer Anzahl den entsprechenden Organisationen beitreten. Dies gilt z. B. für den Schweizerischen Lehrerinnenverein und für den Schweizerischen Wochen- und Säuglingspflegerinnenbund. Während die Lehrerinnen eine Gleichstellung mit den Lehrern zu erreichen suchen, bemüht sich der Pflegerinnenbund um eine berufliche Ertüchtigung seiner Mitglieder.

Von jeher waren die Berufsverbände die Träger der beruflichen Ausbildung, der Weiterbildung, des beruflichen Erfahrungsaustausches, der mannigfachen kleinen Hilfsleistungen, die aus beruflicher Solidarität geboten werden. Von der Beschäftigung mit der materiellen Seite des Berufes hielt man sich jedoch zurück und überliess dieses Feld den Gewerkschaften. Nach und nach änderte sich dies, und heute sind die Gewerkschaften in ihren Methoden bürgerlicher und die Berufsverbände gewerkschaftlicher geworden. Im Verlaufe der Entwicklung hat sich also die Erkenntnis ver-

³³ Siehe Näheres Diss. Ragaz Christine.

stärkt, dass dank der Entfaltung der Produktionskräfte die Ziele des sozialen Lebens auch ohne zersetzenden Kampf erreichbar sind. An die Stelle des Wirtschafts- und des Arbeitskampfes tritt in wachsendem Masse die Verwaltungs- und Gestaltungstätigkeit der Verbände.

B. Die Aufstellung von Grundsätzen für die Frauenerwerbsarbeit

27 schweizerische Frauenberufsverbände, unterstützt von sozialen und politischen Frauenorganisationen der verschiedensten Richtungen, haben im Jahre 1946 folgende Grundsätze aufgestellt:

- 1.) Jeder arbeitswilligen Frau soll gleich wie dem Manne der Weg zu jedem Beruf und die Arbeit in jedem Beruf im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten offen stehen. Lediglich die persönliche Neigung und Eignung sollten über den Zugang zu Berufsausbildung und Berufsausübung entscheiden.
- 2.) Jedem, auch dem unbemittelten jungen Mädchen, ist daher Gelegenheit zu geben, eine seiner Begabung entsprechende berufliche Ausbildung zu erwerben, die der Entwicklung seiner Anlagen und Fähigkeiten dient und die Grundlage zur Sicherung des Lebensunterhaltes schafft.
- 3.) Damit die Frau auf keinem Gebiet lohndrückend wirke, sollen Mann und Frau für gleiche oder gleichwertige Arbeit grundsätzlich den gleichen Lohn erhalten. Als Grundlage für die Lohnberechnung hat die Arbeitsleistung zu gelten. Soweit soziale Zulagen gewährt werden, sollen Männer und Frauen unter den gleichen Voraussetzungen die gleichen Zulagen erhalten.
- 4.) Auf dem Arbeitsmarkt sind die weiblichen Arbeitskräfte gleich wie die männlichen zu behandeln. Wenn die Entwicklung des Arbeitsmarktes Umschulungsmassnahmen notwendig macht, so soll auch bei den Frauen die individuelle Eignung und Neigung und die Berufserfahrung berücksichtigt werden.
- 5.) In Zeiten des Arbeitsmangels sind bei der Arbeitsvermittlung die für eine Arbeit am besten geeigneten Personen zu berücksichtigen, und unter diesen an erster Stelle solche, die auf Erwerb für sich und eventuell für Angehörige angewiesen sind, seien es Mann oder Frau. „Das Arbeitslosenproblem kann nicht einfach dadurch gelöst werden, dass man die

weibliche Arbeitskraft zugunsten der männlichen aus dem Produktionsprozess entfernt“. (Zwischenbericht des Bundesrates vom 20. Mai 1944).

- 6.) Die verheiratete Frau soll auf dem Arbeitsmarkt keinen einschränkenden Bestimmungen unterworfen sein. Durch Stärkung des Verantwortungsgefühls der Ehegatten und durch Entwicklung der Sozialversicherung soll jedoch alles getan werden, damit sich die Mutter vor allem ihrer Familie widmen kann.
- 7.) Die Beschäftigung von Frauen in Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, ist zu fördern durch Massnahmen zur Verbesserung der Ausbildung und der Arbeitsbedingungen und wo nötig durch Herabsetzung der Ausbildungskosten.
- 8.) Um ein von Vertrauen, Sachkenntnis und Loyalität getragenes Zusammenwirken von Männern und Frauen in der Erwerbswirtschaft zu erreichen und zu erhalten, sind die bestehenden Berufsorganisationen der Frauen zu stärken, ist die verantwortliche Mitarbeit der Frauen in den beide Geschlechter umfassenden Berufsorganisationen zu fördern und ist, wo sie noch fehlen, die Gründung von Berufsorganisationen anzustreben.

*C. Die Erledigung von behördlichen Spezialaufgaben,
welche die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage
der erwerbstätigen Frauen betreffen*

Da der Staat durch die Erweiterung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben mehr und mehr in das Familienleben und das Berufsleben eingreift, ist er auf die Mitwirkung der Frauen angewiesen. Deshalb wurde den Frauen das passive Wahlrecht für die Erledigung von gewissen behördlichen Spezialaufgaben eingeräumt.

1. Die Aufgabe der Geschäftsstelle des B.S.F.V.
in Zürich.

- a) Vor 38 Jahren (1918) wurde die Schweizerische Zentralstelle für Frauenberufe in Zürich gegründet, um die Berufsberatung und die Berufsbildung der Mädchen zu fördern, die Frauenberufsverbände in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Interessen der berufstätigen Frauen zu vertreten. Die Zentralstelle für Frauenberufe hat später ihren Aufgabenkreis erweitert. So wurde sie zum Schweizerischen Frauensekretariat

und vor ungefähr drei Jahren bildete sie sich zur Geschäftsstelle des Bundes Schweizerischer Frauenvereine. In einer besonderen Abteilung werden dort Frauenarbeits- und Frauenrechtsfragen behandelt, und zwar neutral, sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite.

- b) Unter dem Patronat des Bundes Schweizerischer Frauenvereine entstand auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für den Hausdienst.
- c) Ferner beschäftigt sich der B. S. F. V. mit Fragen der nationalen Erziehung, verwendet sich für staatsbürgerlichen Unterricht in den höheren Schulklassen und arbeitet hierfür Leitfäden und Lehrpläne aus.
- d) Als Glied des 1888 gegründeten internationalen Frauenbundes unterstützt er alle Bemühungen für zwischenstaatliche Beziehungen, für Frieden und Völkerverständigung.

2. Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Arbeitsrechtes.

Die Berufsorganisationen bemühen sich um ein einheitliches schweizerisches Arbeitsrecht, das bis heute mangels allgemeiner eidgenössischer Zielsetzung noch nicht zustandegekommen ist. Unter den gegenwärtigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in der Schweiz lassen sich unterscheiden:

- a) die Arbeitsschutzgesetzgebung,
- b) das Dienstvertragsrecht,
- c) die Gesamtarbeitsverträge.

Zur Arbeitsschutzgesetzgebung gehört neben den kantonalen Bestimmungen als Hauptwerk das Bundesgesetz über die Arbeit in den Fabriken vom 18. Juni 1914. Dieses sucht durch Sondervorschriften über die Beschäftigung weiblicher Personen die Gesundheit und Arbeitskraft der Frau zu schonen. Das Dienstvertragsrecht findet seine Regelung im Schweizerischen Obligationenrecht durch die Artikel 319 ff. Im letzten Jahrzehnt wurden die arbeitsrechtlichen Regelungen der Gesamtarbeitsverträge ausgebaut. Diese enthalten eine vertragsmässige, rechtsverbindliche Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Sie sind immer mehr zu einem Instrument nicht nur des Interessenkampfes, sondern auch der sozialen Ordnung geworden, und es gelang damit den Organisationen, selber, ohne staatliche Einmischung, den Arbeitsfrieden zu erhalten. Solche G. A. V. sind in grosser Zahl in Industrie

und Gewerbe abgeschlossen worden, wobei die weiblichen Arbeitnehmergruppen zwar berücksichtigt wurden, ohne jedoch viel zu ihrer Gestaltung beitragen zu können. Von grosser Wichtigkeit sind insbesondere für den Hausdienst und die Pflegeberufe die auf dem Dienstvertragsrecht basierenden Normalarbeitsverträge geworden. Die Mehrzahl der Kantone hat z. B. die N. A. V. für Hausangestellte, teilweise sogar besonders für bäuerliche Dienstboten, in Kraft gesetzt.

3. Die Sozialversicherung.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung schaltete sich der Bund Schweizerischer Frauenvereine ebenfalls aktiv ein. Auf seine Bemühungen hin wurde seinerzeit die Wöchnerinnenversicherung in die ordentlichen Krankenkassen aufgenommen. Ferner setzte er sich für die Sanierung der Heimarbeitsverhältnisse, für die Familienzulagen, für die Alkoholgesetzgebung und für jede Art der Sozialversicherung, wie die Unfall-, die Arbeitslosen-, die Alters- und Hinterlassenen-, die Invaliden- und die Mutterschaftsversicherung ein. Während z. B. die Unfallversicherung erfolgreich den Weg der bundeseigenen zentralen Anstalt (S. U. V. A.) beschritten hat, zog man die Alters- und Hinterlassenenversicherung z. T. an die Ausgleichskassen der bestehenden Wirtschaftsverbände heran. Das A. H. V.-Gesetz enthält auch Besonderheiten für die weiblichen Versicherten. So haben ledige, verwitwete oder geschiedene Frauen nach Vollendung des 65. Altersjahres Anspruch auf eine einfache Altersrente. Verheiratete Frauen hingegen besitzen keinen selbständigen Anspruch, sondern die Ehepaarsaltersrente wird an den Mann ausgerichtet. Nur wenn der Mann nicht für die Frau sorgt oder wenn die Gatten getrennt leben, kann die Frau für sich halbe Ehepaarsrenten beanspruchen. Für Witwen, die beim Tode des Mannes das 40. Jahr zurückgelegt haben und die mindestens 5 Jahre verheiratet waren, sind besondere Renten vorgesehen.

Leider klaffen bei unserem schweizerischen Sozialversicherungssystem immer noch zwei bedenkliche Lücken: die Invaliden- und die Mutterschaftsversicherung. Während zur Schaffung der Invalidenversicherung bisher so gut wie nichts unternommen wurde, sind auf dem Gebiete der Mutterschaftsversicherung immerhin einige Anläufe zu verzeichnen. Den Anstoss hierzu gab der im November 1945 in der Volksabstimmung gutgeheissene Familienschutzartikel 34 quinquies der Bundesverfassung, welcher u. a. bestimmte:

„Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung die Mutterschaftsversicherung einrichten. Er kann den Beitritt allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären, und es dürfen auch Personen, die nicht in den Genuss der Versicherungsleistungen kommen können, zu Beiträgen verpflichtet werden. Die finanziellen Leistungen des Bundes können von angemessenen Leistungen der Kantone abhängig gemacht werden“.

In der Folge arbeitete eine vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement bestellte Expertenkommission mehrere Entwürfe aus, deren letzter vom 21. Juli 1952 datiert und mit dessen Studium eine grosse Expertenkommission beauftragt wurde, welche ihren Bericht am 3. Februar 1954 dem Bundesrat unterbreitet hat. Da dieser Entwurf zu bewegten Auseinandersetzungen Anlass gibt, sei sein Inhalt kurz skizziert:

Die Expertenkommission war sich darüber einig, dass die im Rahmen der allgemeinen Krankenversicherung bestehende Wöchnerinnenversicherung zu einer eigentlichen Mutterschaftsversicherung auszubauen sei. Dagegen gingen die Meinungen auseinander, ob diese Versicherung auf obligatorischer Grundlage durchgeführt werden solle oder nicht. Die Mehrheit der Kommission vertrat die Auffassung, dass die Verhältnisse bei der Mutterschaftsversicherung anders liegen als bei der Krankenversicherung, für die bekanntlich kein eidgenössisches Obligatorium besteht. Mit ihrem Hauptzweck, die Familie nach Möglichkeit vor wirtschaftlichen Sorgen im Falle einer Geburt zu bewahren, bildet die Mutterschaftsversicherung die Grundlage und den Ausgangspunkt des Familienschutzes. Die Leistungsdauer ist unabhängig von derjenigen der Krankenversicherung und erstreckt sich auf zwei Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft. Die Versicherungspflicht besteht ohne Rücksicht auf den Zivilstand und den Gesundheitszustand. Sie beginnt mit dem 19. Altersjahr und endet mit dem Kalenderjahre, in welchem die Frau das 50. Altersjahr vollendet. In Unternehmerkreisen ist dieser Gesetzesentwurf recht unwillig aufgenommen worden. Kennzeichnend dafür ist die Stellungnahme des Zentralverbandes der Schweizerischen Arbeitgeberorganisationen, der in seinem Jahresbericht vom Jahre 1953 namentlich an dem vorgesehenen Teilobligatorium der Mutterschaftsversicherung Anstoss nimmt und kritisiert, dass die damit verbundene Belastung der öffentlichen Hand die heute dem Bunde gegebenen Möglichkeiten übersteige. Aber auch auf der Arbeitnehmerseite wurde bereits

Kritik laut. So bemängelt man, dass der Gesetzesentwurf der Experten keine Erwerbsausfallentschädigung vorsieht. Noch heute steht es nicht fest, ob die Mutterschaftsversicherung, welche fast in allen Kulturländern längst zu den stehenden Einrichtungen gehört, auch in unserem Lande in absehbarer Zeit als Obligatorium eingeführt werden kann.

4. Probleme der Heimarbeit.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung nahm sich schon früh der Organisierung der Heimarbeiterinnen an; der Anteil der Heimarbeit an der Schweizer Industrie war anfangs so gross, dass die Gewerkschaften sich genötigt sahen, auch dort Fuss zu fassen. Heute besitzt die Heimarbeit nicht mehr die gleiche Bedeutung, aber die Arbeiterbewegung verfolgt ihre Entwicklung mit grosser Aufmerksamkeit, da sie von dieser Seite immer lohndrückende Einflüsse fürchtet. Das Heimarbeitsgesetz vom Jahre 1940, das am 1. April 1942 in Kraft getreten ist, brachte endlich eine umfassende arbeitsrechtliche Lösung, die auch den Gewerkschaften einigermassen annehmbar erschien.

Schlussbemerkungen

Das moderne Berufsleben steht im Zeichen der Organisation und der kollektiven Lösung von Arbeits- und Berufsfragen. Einerseits hat der Mensch naturgemäss ein Bedürfnis, sich in der Gemeinschaft Gleichgesinnter oder Gleichgestellter zusammenzuschliessen; andererseits sollen durch die Verbände die Unvollkommenheiten des liberalen Wirtschaftssystems behoben werden. Die Arbeitsteilung zwischen Parteien und staatlichen Organen einerseits und privaten, wirtschaftlichen Organisationen andererseits entspricht den demokratischen Einrichtungen der Schweiz.

Die Frauen nehmen in diesem Aufgabenkomplex keine führende Rolle ein. Sie setzen sich massgeblich für bestimmte Teilfragen vorwiegend sozialpolitischer Natur ein, überlassen aber die Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Leitung der schweizerischen Spitzenorganisationen den Männern. Die Frauen haben aber gelernt, dass ihnen nichts geschenkt wird, wenn sie sich nicht selbst darum bemühen. Deshalb setzen sich auch viele nichterwerbstätige Frauen für die wirtschaftlichen und sozialen Fragen ihrer berufstätigen Schwestern ein. Im Gegensatz zur herrschenden Meinung gehört der

Grossteil der organisierten Frauen in der Schweiz nicht etwa der Industriearbeiterschaft an, sondern er entstammt den gehobeneren Berufen oder den nichterwerbstätigen Ehefrauen. Doch sollten sich die Industriearbeiterinnen in vermehrtem Masse den Gewerkschaften anschliessen, denn für die Schweiz gilt genau das Gleiche, was Gertrud Williams für England feststellt:

„The men organised themselves for their own protection and, in many industries, obtained very much better conditions for themselves through trade union negotiation than were obtained for woman by law“ ³⁴.

Wollen die Industriearbeiterinnen also tatsächlich wirtschaftliche Ziele erreichen, dann müssen sie sich Organisationen anschliessen, denn wo keine Organisation besteht, verhallt die Stimme des Einzelnen ungehört.

³⁴ „Women and Work“, S. 26.

Schlussbetrachtungen

1. In der Schweiz bildet die Frauenerwerbsarbeit eine Voraussetzung zur industriellen und kommerziellen Entwicklung, da das Land an Arbeitskräften wie an Rohstoffen Mangel leidet. Die Schweiz könnte es sich niemals leisten, ihre weiblichen Arbeitskräfte brach liegen zu lassen, oder sie auf wenige Arbeitsgebiete zu beschränken.
2. Die erwerbstätige Frau selber ist meist auf ihren Erwerb angewiesen; ihre Bereitschaft zur Berufsarbeit verschafft dem Lande wesentliche Einkünfte, verhindert einen Rückgang des Lebensstandards der Schweizer Familie und entlastet den Staat von Unterstützungspflichten.
3. Die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen bildet in den schweizerischen Verhältnissen nicht den Normalfall. Wenn aber die verheiratete Frau einem Erwerb nachgeht, entspringt es meist wirtschaftlichen Erwägungen oder, wie in den gehobenen Berufen, einer starken beruflichen Neigung. Es besteht deshalb keine Veranlassung, das „Doppelverdienertum“ anzugreifen.
4. Die Frauenerwerbsfrage wirft heute keine dringenden wirtschaftlichen Probleme mehr auf.

Soziologisch bildet sie aber immer noch ein ungelöstes Problem: Die Frau ist zum Mutterberuf geboren, und in der Familie sehen wir die lebenspendende Quelle im sozialen Organismus, obwohl sie leider viel von ihrer Bedeutung verloren hat. In der Familie wurzeln und gedeihen die sittlichen Werte, welche die Gemeinschaft von innen zusammenhalten. Diese Tatsache nun erschwert die volle Hingabe der Frau an den Beruf. Weil der grössere Teil der Mädchen bei der Heirat die Erwerbstätigkeit aufgibt, kann der Beruf der Frau nie so viel bedeuten wie dem Mann. Dies schliesst freilich nicht aus, dass die Frauen durch ihre Erwerbstätigkeit finanzielle Unabhängigkeit und berufliche Befriedigung gewinnen können. Viele Frauen wissen heute, dass ihre Tätigkeit möglicherweise nicht nur kurze Zeit währt, sondern dass sie für die Dauer des Lebens notwendig werden könnte.

5. Die Frau scheint selbständiger geworden zu sein und hat gelernt, vielfach den Zusammenhang von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu sehen. E u c k e n ' s Meinung ³⁵, Staatsverfassung und Gesellschaftsordnung bestünden jeweils in gegenseitiger Abhängigkeit, gilt durchaus für die schweizerischen Verhältnisse. Ob man die Berufsarbeit der Frau für wertvoll und notwendig hält oder ob man sie zwar als nützlich anerkennt und doch ihre Qualität unterschätzt, hängt mit der Vorstellung zusammen, die man sich über Stellung und Aufgabenverteilung von Mann und Frau in der Gesellschaft macht.

Jede wirtschaftliche Begründung und mag sie auch noch so stichhaltig sein, kann in der Schweiz nicht überzeugen, solange allgemein die Idee von der Vorrangstellung des Mannes verbreitet ist. Die schwerbewegliche schweizerische Mentalität wird noch viele praktische Erlebnisse und Erfahrungen brauchen bis sie so umgestimmt ist, dass sie die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen annehmen kann. Die einzelne Frau ist noch zu sehr mit der Verbesserung ihrer persönlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Positionen beschäftigt und interessiert sich zu wenig für das gesellschaftliche Gesamtproblem.

6. Die Frauenerwerbsarbeit hat sich während der vergangenen fünfzig Jahre quantitativ im Verhältnis zur Männerarbeit vermindert, wenn auch nur unbedeutend. In ihrem qualitativen Aufbau hat sie jedoch grosse Wandlungen durchgemacht: Die Frau steht heute in zahlreicheren, differenzierteren und besser bewerteten Berufen als früher; aus untergeordneten Positionen arbeitet sie sich langsam in gehobene Stellungen empor.
7. Auch die Frauenerwerbsarbeit unterliegt mehr [a) und b)] oder weniger [c) und d)] den allgemeinen Gesetzen der Wirtschaftsentwicklung und macht ihre grossen, folgeschweren Veränderungen mit:
- a) In positivem Sinne profitiert sie von der gesteigerten Produktivität und den verbesserten, sozialen Einrichtungen. Sie nimmt Anteil an der Berufsbildung und der Reduktion der Arbeitszeit und erzielt Lohnverbesserungen, obwohl das Postulat „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch der Wirklichkeit harret.

³⁵ „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, S. 183.

- b) Im negativen Sinne treffen sie auch die Nachteile unserer Zeit. Die erwerbstätige Frau ist vielfach wie der Grossteil der Arbeitenden dazu verurteilt, in einer äusserst einseitigen, mechanisierten und entpersönlichten Tätigkeit ihr Leben zu fristen und wird durch das Spezialistentum in Gefahr gebracht, geistig zu verarmen. Die Löhne zu verbessern oder die Betriebe in den Dienst der „human relations“ zu stellen, hilft leider dieses Problem nicht vollständig zu lösen.
 - c) An der Umwandlung des freien Unternehmertums des Früh- und Hochkapitalismus zum Managertum des heutigen Spätkapitalismus sind die Frauen aber kaum aktiv beteiligt. Der qualitative Entwicklungstrend der Frauenerwerbsarbeit verläuft in einer ansteigenden Linie, von untergeordneten in gehobene Positionen. Charakteristisch für diese Entwicklung ist, dass für den in der Schweiz von den jungen Mädchen am wenigsten gesuchten Beruf der Hausangestellten Ausländerinnen herbeigezogen werden müssen.
 - d) Infolge ihrer natürlichen Anlagen nehmen die weiblichen Erwerbstätigen leider einen viel geringeren beruflichen Anteil an der Entwicklung der heute so wichtigen Berufe der Techniker und Ingenieure.
8. Von den wirtschaftlichen Notzeiten, Krieg und Krise, werden auch die erwerbstätigen Frauen betroffen. Es fällt ihnen aber leichter, sich umzustellen und an etwas Neues zu gewöhnen. Von der Arbeitslosigkeit der Krise werden die Frauen deshalb weniger in Mitleidenschaft gezogen, weil sie in jenen Berufszweigen arbeiten, welche für die Schwankungen des Konjunkturzyklus nicht so stark anfällig sind, und im Kriege passen sich die weiblichen Erwerbstätigen relativ leicht der veränderten Situation an.
 9. Die Organisationen sind kennzeichnend für unsere heutige Zeit. Auch die Frauen haben deren Bedeutung z. T. erkannt, sollten sich jedoch noch vermehrt zusammenschliessen, um als wirtschaftliche Macht auftreten und ihren Forderungen Geltung verschaffen zu können.
 10. Die Saffa (schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit), welche nach 30 jähriger Pause im Jahre 1958 in Zürich stattfinden wird, kann ebenfalls der Frauenarbeit der Schweiz zu höherem Ansehen verhelfen*.

* 1. Saffa: 26. August bis 30. September 1928 in Bern.

2. Saffa: voraussichtlich 21. Juli bis 14. September 1958 in Zürich.

Die natürlichste und harmonischste Zusammenarbeit von Mann und Frau wird aber immer aus der Verbindung des männlichen Zweckdenkens mit dem weiblichen Empfinden entstehen. Kultur bleibt unter den Menschen nur lebendig, wenn beide Geschlechter sie gemeinsam pflegen; in diesem Sinne darf die Frau sich rühmen, manchen ausgleichenden, versöhnenden Beitrag zum Arbeitsleben geleistet zu haben, etwa in der Verinnerlichung der Arbeit und in der Pflege der menschlichen Beziehungen. Über die zukünftige Entwicklung dieser Zusammenarbeit sagt die Basler Psychologin Th. Wagner-Simon³⁶:

„Die Frau wird sich auf allen Gebieten des Lebens nicht vom Manne fort oder gegen ihn entwickeln können, sondern nur mit ihm“.

Ein Volk wird deshalb immer nur dann seine höchste wirtschaftliche und geistige Leistungsfähigkeit erreichen, wenn die Kräfte seiner Männer und Frauen zur vollen Entfaltung kommen;

„denn nur der grosse Gegenstand vermag den tiefen Grund der Menschheit aufzuregen, im engen Kreis verengert sich der Sinn, es wächst der Mensch mit seinen grössern Zwecken“³⁷.

³⁶ Artikel „Ist die Schweizerin glücklich?“, N. Z. Z. 4. 12 43.

³⁷ Schiller, Friedrich: Prolog zu „Wallensteins Lager“.

LITERATURVERZEICHNIS

I. Allgemeine Literatur:

- Burckhardt, Jakob*: Grösse, Glück und Unglück in der Weltgeschichte, Insel Bd. 126, Darmstadt 1950.
- Carrard, A.*: Praktische Einführung in die Probleme der Arbeitspsychologie, Zürich 1949.
- Eucken, Walter*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen 1952.
- Harrold, R. F.*: Die Internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Dalp, Bd. 40, Bern 1947 (?).
- Samuelson, Paul A.*: Volkswirtschaftslehre, Köln 1952.
- Schumpeter, Joseph*: Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Bern 1950.
- Sombart, Werner*: Der moderne Kapitalismus, Leipzig 1902, 2 Bde.
- v. Stackelberg, Heinrich*: Grundlagen der theoretischen Nationalökonomie, Bern/Tübingen 1951.
- Statistisches Institut der Universität Oxford*: Vollbeschäftigung, 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, Einleitung von Edgar Salin, Bern, 1946.

II. Spezielle Literatur:

A. Dissertationen:

- Adam, Werner*: Frauenarbeit und sogenanntes Doppelverdienertum, Zürich 1944.
- Berlinger, Alice*: Die Rechtsstellung der Ehefrau als Handelsfrau, nach französischem, schweizerischem und italienischem Recht, Bern 1934.
- Bürgi, Paul*: Arbeitsmarkt und Beschäftigungslage in der Schweiz während des zweiten Weltkrieges, Zürich 1948.
- Galli, Beatrice*: Die Schweizerfrau im Handels- und Büroberuf, Bern 1934.
- Köppli, Elisabeth*: Die öffentlichen Rechte und Pflichten der Frau nach Schweizerischem Recht, Zürich 1942.
- Nickler, Otto*: Der gesetzliche Mindestlohn, St. Gallen 1950.
- Ragaz, Christine*: Die Frau in der Schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart 1933.
- Renfer, Marie*: Die Organisation der Landfrauen, Bern 1936.
- v. Segesser, Olga*: Die berufliche Ausbildung der Frau im Gewerbe, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Kanton Bern, Bern 1933.
- Stricker, Kurt*: Die berufstätigen, verheirateten Frauen in der Schweiz, Zürich 1952.
- Wazniewski, Marguerite*: Theorien zur Frauenbildung im pädagogischen Denken der Schweiz, Zürich 1944.
- Zänglerle, Hortensia*: Die öffentlich-rechtliche Stellung der Frau in der Schweiz, Freiburg 1940.

B. Artikel, Broschüren, Bücher und Vorträge:

- Amonn, Alfred*: Das Lohnproblem, Bern 1945.
- Baumgarten-Tramer, Franziska*: Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften, aus „Gesundheit und Wohlfahrt“, H. 11, Zürich 1949.
- Bebel, August*: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1891.
- Berges, Grete*: Der Kampf um gleiche Löhne, Artikel in der National Zeitung, Basel, 19. 5. 1951.

- Böhler, Eugen*: Möglichkeiten der Krisenbekämpfung, Zürich 1933.
- Bösch, Rose Emilie*: Die Frau im schweizerischen Arbeitsrecht, Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, Bd. 1—50, Zürich 1952.
- Bratschi, Robert*: Staat und Wirtschaft in „Völker an der Arbeit“, Bd. II, S. 123 ff., Zürich 1951.
- Bücher, Karl*: Die Frauenfrage im Mittelalter, Tübingen 1882.
- Bund Schweizerischer Frauenvereine*, Kommission zur Bekämpfung der Krisenfolgen für die berufstätige Frau: Frauenarbeit und sogenanntes Doppelverdienertum in der heutigen Krisenzeit, Zürich 1934.
- Burckhardt, Lukas*: Familien- und Kinderzulagen in den Basler Gesamtarbeitsverträgen, in „Wirtschaft und Verwaltung“, 4. 3. 51 Basel.
- Bureau International du Travail*:
1. Die Regelung der Frauenarbeit, Genf 1932.
 2. Le Statut légal des Travailleuses, Genève 1938.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement*: Berichte der Eidgenössischen Fabrikinspektoren, Bern. (Jahresberichte).
- Feld, Friedrich*: Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft, Stuttgart/Berlin 1939.
- Frauenkommission für Arbeitsbeschaffung*: Grundsätze über die Erwerbstätigkeit der Frau, Bern 1946.
- Gaebel, Käthe*: Die Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit, in „Berufserziehung“, Bd. VI, 1. Jahrgang, Juli 1950.
- Gagg-Schwarz, Margarita*: Neueste Einblicke in die Frauenerwerbsarbeit der Schweiz, Vortrag vom 11. Juli 1933, Bern.
- Grob-Schmid, (bzw. Schmid) Dora*:
1. Die Bedeutung der Frauenarbeit für die Volkswirtschaft, Vortrag, Bern 1928. (23. 9. 28).
 2. Schweizerfrau und Volkswirtschaft, Vortrag, Zürich 1946. (21. 9. 46).
 3. Kultur und Wirtschaft, Artikel in der N. N. Z., 18. 12. 47.
- Gsell-Trümpi, Frieda*: Die Frau in Höhern Berufen, Ergebnisse einer Rundfrage, Glarus 1937.
- Hanna, Gertrud*: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit, Referat, Paris, Juli 1927.
- Jaussi, Nelly*: Der wirtschaftliche Aufstieg der Frau, Zürich/Leipzig 1928.
- Jeangros, Erwin*: Lehrmeisterin und Lehtochter, Bern 1947.
- Joneli, Hans*: Frauenberuf und Frauenerwerb im alten Basel, Basel 1928.
- Koller, Albert*:
1. Die verheiratete berufstätige Frau in der Schweiz, in „Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“, Heft 4/5, 1949.
 2. Die Frau im Schweizerischen Wirtschaftsleben, Vortrag 23./24. Juni 1950.
- Krebs, Hanna*: Die Frau im Gewerbe, Zürich 1928.
- Kuhn, Hedy*: Die rechtliche Stellung der Frau in den öffentlichen Verwaltungen der Schweizerischen Kantone, Zürich 1936.
- Lotter, Hedwig*: Leben und Wirken der Frauen in der Schweiz. Sammelwerk unter Mitarbeit zahlreicher Persönlichkeiten aus Berufs-, Sport-, Militär-, Kunst- und Kunstgewerbekreisen, Zürich 1944.
- Louis, Rosa*: Berufstätige Frauen im öffentlichen Leben, St. Gallen 1950.
- Martin, Anna*: Die selbständig erwerbende Frau im schweizerischen Wirtschaftsleben, Vortrag am 28. Oktober 1950 in Bern.
- Mill, John Stuart*: The subjection of women, London 1870.
- Moers, Martha*: Die seelische Eigenart der Frau und Frauenarbeit, in „Berufserziehung“, Bd. VI, 1. Jahrgang, Juli 1950.
- Mürset, Anna*: Arbeitsmarkt und Einschränkung der Frauenarbeit, Sonderabdruck aus dem „Schweizerischen Frauenblatt“, Winterthur 1943.

CURRICULUM VITAE

Ich, Myrthe Rose Kahn, Tochter des Bankiers Hans David Kahn und der Johanna geborene Weil, wurde in Basel am 10. Februar 1923 als Bürgerin von Basel geboren.

1935—1939 durchlief ich in Basel die Primarschule und 1939—1947 das Mädchengymnasium, wo ich im Frühjahr 1947 die Eidgenössische Matura, Typus B, bestand.

Im Sommersemester 1947 immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, wo ich bis zum Frühjahr 1949 vier Semester hindurch Nationalökonomie studierte; darauf trat ich einen zweijährigen Auslandsaufenthalt an; im Sommersemester 1951 nahm ich meine nationalökonomischen Studien an der Basler Universität wieder auf und am 8. Juli 1955 schloss ich diese mit der Prüfung zum Dr. rer. pol. ab.

Während meines Auslandsaufenthaltes besuchte ich Vorlesungen an der Columbia Universität in New York (1949—1950) und den Cours de Doctorat de l'économie politique an der Faculté de Droit in Paris (1950—1951).

Ich besuchte Vorlesungen und Übungen:
an der Universität Basel bei den Herren:

Baumgarten, Brogle, Finckenstein, Furlan, Gantner, Guth, Häberlin, Imboden, Jaspers, Jaeger, Jost, Lewald, Meng, Neumark, Niehans, Ruck, Salin, Simonius, Tschudi, V. F. Wagner, Max Weber, Zwinggi;

an der Columbia Universität, New York, bei den Herren:
Chapman, Loft, Mc Mahon;

an der Faculté de Droit, Paris, bei den Herren:

Bettelheim, James, Laufenburger, L'Homme, Perroux.

Um mit den praktischen Problemen vertraut zu werden, war ich neben meinem Studium in Basel und in New York teils erwerbend, teils als Volontärin, in verschiedenen Berufen und Branchen tätig. Seit dem Tode meines Vaters, im September 1954, wurde ich vor neue verwaltungstechnische Aufgaben gestellt.

Nach der Doktorprüfung unternahm ich bis Ende 1955 eine Studienreise in den nahen Orient. Danach besuchte ich in Basel hauswirtschaftliche Kurse und war verschiedentlich in Deutschland für türkische Auftraggeber bei deutsch-türkischen wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen beschäftigt.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt stehe ich vor meiner Verhehlung mit Herrn Marc Dreyfuss von Basel, in Zürich.
